

Jur. is.

193

p

Jur. is.

1937

Thiel

Mr. is.
193 P

Spiel

Heft II

des vorstehenden Werkes, enthaltend:

Universitäten — Juristische Examina —
Hilfsmittel der juristischen Studien

erscheint später.

Das
wissenschaftlich-juristische
Bildungswesen

dargestellt

von

Adolar Thiel,

Rath am Königlichen Appellationsgericht zu Insterburg.

„Non scholae, sed vitae discimus“.

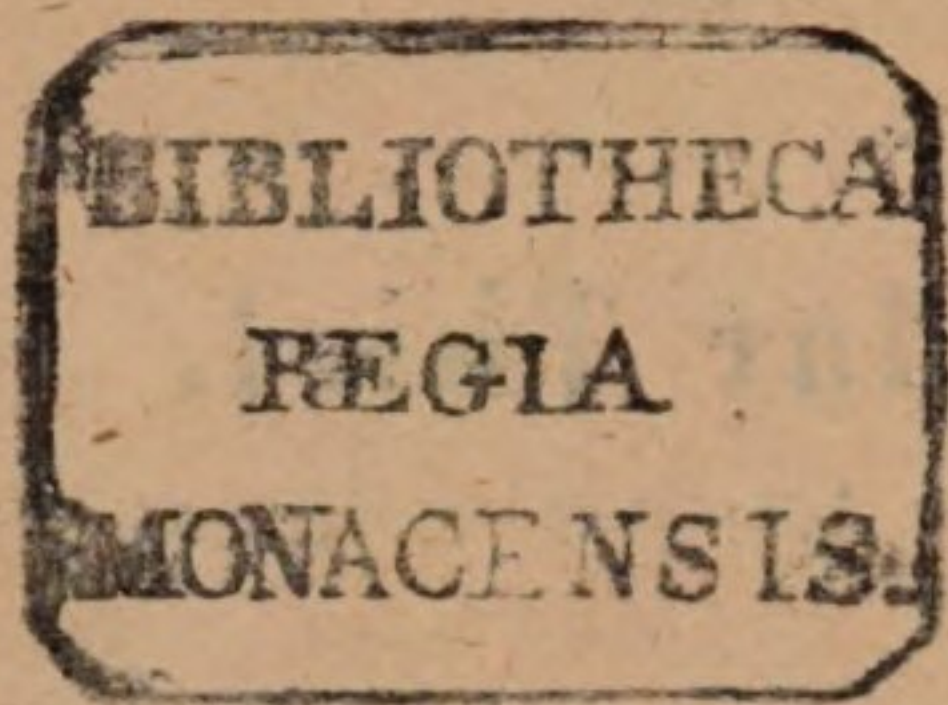
I.

Elementarunterricht und Gymnasien.

BERLIN.

Verlag von Julius Springer.

1869.



Das Recht der Uebersetzung ist vorbehalten.

Den Manen

seines unvergesslichen Vaters und Lehrers

Ernst Friedrich Thiel

dargebracht

von

seinem ihn noch allein überlebenden Sohne

Adolar Thiel.

Vorwort.

Bereits vor dem Jahre 1866 ist die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen in der preussischen Justiz von allen Denen nicht verkannt worden, die sich nicht damit begnügten, das Recht zum Gegenstande ihrer Studien zu machen oder das Gesetz in der Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten anzuwenden, die vielmehr ihren Blick auf die Zukunft richteten und hiebei wahrnahmen, dass dem berechtigten Streben des Volks entsprochen werden müsse, zu einer einheitlichen Gestaltung seines heimischen Rechts zu gelangen.

Drei verschiedene allgemeine Rechtssysteme in demjenigen Grossstaat, dem naturgemäss die Führung Deutschlands beschieden, daneben eine unendliche Fülle von Provinzial- und Localrechten, liessen in der That einen Zweifel daran aufkommen, ob Preussen ein Einheitsstaat sei. Die Versuche der Gesetzgebung, an eine feudalistische Vergangenheit anschliessend, ein verfassungsmässiges öffentliches Leben in Novellenform zu begründen, einzelne Theile des Rechts herauszuziehen und neu zu bearbeiten, während der alte dreigespaltene Stamm des Rechts darüber und daneben bestehen bleiben sollte, haben sich — wie wir meinen —, als nicht genügend erwiesen. Das Jahr 1866 hat in seinen welterschütternden Ereignissen jenes Verlangen des deutschen Volks nach einer einheitlichen deutschen Gesetzgebung nur noch stärker in den Vordergrund treten lassen.

Es ist gelungen, in dem Bundesvertrage vom 26. Juli 1867 einen festen Kern zu schaffen, an den die zum norddeutschen Bunde noch nicht gehörigen Staaten Deutschlands in einer oder der anderen Form krystallinisch anschliessen können. Die bis dahin nur in geistiger Speculation lebende Umgestaltung der Civil- und Strafgesetzgebung in allen ihren Theilen hat mit dem Bundesvertrage einen praktischen Boden gewonnen, auf dem sie zur Einigung aller deutschen Stämme mit Aussicht auf Erfolg getrost fortarbeiten kann.

Auf diesem weiten juristischen Wirthschaftsgebiet ist die Reform der Justizverwaltung eines der dringendsten Bedürfnisse zu einer gedeihlichen Neugestaltung unserer Rechtsverhältnisse.

Selbst die besten Gesetzbücher bleiben leere, wenn auch schöne, Theoreme, so lange es an passenden Organen fehlt, sie ins Leben einzuführen und praktisch zu handhaben. Diesen Gedanken drückt schon die treffliche, vom Grosssiegelbewahrer Lamoignon meisterlich redigirte Ordonnanz König Ludwigs XVI. vom 8. Mai 1788 aus, indem sie sagt:

„Depuis que nous avons porté nos regards sur l'administration de la justice de notre royaume, nous avons été frappé de la nécessité de soumettre à une révision générale nos lois civiles et notre ordonnance criminelle, et la régénération de nos tribunaux s'est d'abord présentée à nous, comme une partie essentielle et un préliminaire indispensable de cette double réforme.”

In welcher Art nun die Justizverwaltung innerhalb des norddeutschen Bundes am besten zu organisiren sei? darüber mögen freilich die Stimmen berufener und bewährter Kenner deutschen Rechts und deutscher Rechtsverfassung oft weit auseinandergehen. In einem aber sind wohl Alle einig, dass eine solche grosse Reform nur mit sorgsamster Berücksichtigung der zwei dominirenden Factoren: der Schule und des Lebens, unternommen werden könne.

Wir wollen nun versuchen, durch unsere Arbeit einen kleinen Baustein zu diesem nationalen Werk heranzubringen.

Wir nehmen die Schule zum Gegenstande unserer Betrachtungen. Und zwar in der Art, dass wir von den Anfängen aller wissenschaftlichen Bildung, der Elementarschule und den Gymnasien, ausgehen, um später zu den Universitäten, den juristischen Prüfungen und den Hilfsmitteln der Rechtsstudien fortzuschreiten.

Mit der Erforschung und Prüfung Dessen, was in kleinen Territorien hier Brauch und Rechtens, haben wir uns nicht aufgehalten. Die Zeit ist vorüber, in der man dergleichen Liebhabereien eines Alterthümlers zum eigenen Vergnügen und zur Erbauung Anderer pflegen durfte. Fortan kann man im Felde, wie im Cabinet nur mit grossen Massen operiren. Dagegen haben wir die Einrichtungen der grossen und alten Culturstaaten, England und Frankreich, vergleichend herangezogen, wo sich Gelegenheit dazu bot. Wir vermögen uns der Ueberzeugung nicht zu verschliessen, dass sich allmählich, wie im alten Römerreich, ein Jus gentium herauszubilden anfängt. Deshalb erscheint es an der Zeit, selbst in einer Arbeit, die nur über die Erziehung zur Wissenschaft und zur Rechtsübung handeln soll, das Auge von jenen Ländern nicht abzuwenden, mit denen uns jeder Tag in neue geistige und materielle Berührungen bringt.

Es wird uns Freude bereiten, wenn diese Arbeit nach den angedeuteten Gesichtspunkten einer eingehenden Kritik unterzogen und als nicht ungeeignet befunden wird, mit redlichem Streben gemeinsame Kenntniss und Erkenntniss in unseren heimischen deutschen Institutionen zu fördern.

Insterburg, 31. October 1868.

Adolar Thiel.

Druckfehler - Verzeichniss.

Seite	5	Zeile	17,	lies	„dankbaren“	statt	„pankbaren“.
„	7	„	22,	„	„Ausbauten“	statt	„Ausbeuten“.
„	17	„	38,	„	„die“	statt	„dem“.
„	20	„	7,	„	„ansprechen“	statt	„versprechen“.
„	22	„	22,	„	„salutem“	statt	„salutum“.
„	26	„	24,	„	„préparons“	statt	„préparens“.
„	30	„	6,	„	„dividundo“	statt	„dividendo“.
„	43	„	26,	„	„L. Blanc“	statt	„Le Blanc“.
„	58	„	21,	„	„savaient“	statt	„savaint“.
„	61	„	5,	„	„votirt“	statt	„notirt“.
„	72	„	40,	„	„dem“	statt	„den“.
„	87	„	9,	„	„ἀρμόττει“	statt	„ἀρμάττει“.
„	118	„	34,	„	„Medicis“	statt	„Medici“.
„	120	„	19,	„	„de l'Hospital“	statt	„de l'Hopital“.
„	137	„	31,	„	„des“	statt	„der“.
„	143	„	17,	„	„Lebensberuf“	statt	„Lebenslauf“.
„	148	„	29,	„	„Remuneration“	statt	„Renumeration“.

Inhaltsverzeichnis.

Vorrede	Seite. V
-------------------	-------------

Erstes Buch.

Der Elementarunterricht.

Erstes Kapitel. Der Primärunterricht in Preussen.

Vorbetrachtungen	1— 2
Die katholische Kirche	2— 3
Die Reformation	3— 5
König Friedrich Wilhelm I.	5— 6
König Friedrich II.	6— 7
General-Land-Schulreglement vom 12. August 1763	7— 8
Das Allgemeine Landrecht Theil II. Titel 12	8—11
Antinomien	11—12
Die Verfassung vom 31. Januar 1850	12—13
Die Gratuität des Unterrichts in der öffentlichen Volksschule	13—15

Zweites Kapitel. Fortsetzung.

Die Schulregulative vom 1.—3. October 1854	15—16
Die Volksschulbill. Inhalt	16—18
Analyse des Gesetzentwurfes	18—20
Kirche und Schule	20—26
Zwölf Thesen. Thesen I—V. Allgemeine Grundsätze über öffent- liche Volksschulen und Lehrer	26—27
Classen und Unterrichtsstunden	27—28
Thesen VI und VII	28—29
Auseinandersetzung im Vermögen zwischen Kirche und Schule	29—30
Schulgemeinen	30—31
Entlastung der Grundbesitzer	31—32
Ablösung der Reallasten und Abgaben	32—33
Schulsteuern und Zuschüsse	33—35
Lehrerbesoldungen	35—36
Schulgeld	36—37
Thesen VIII—XII	37—38
Abschluss	38—40

Drittes Kapitel. Der Primärunterricht in Frankreich.

Die letzten drei Könige vor der Revolution	40—43
Die Revolution von 1789	43—44
Napoléon I.	44—47
Das Gesetz vom 28. Juni 1833 über den Primärunterricht	47—51
Das Elementarschulgesetz vom 15. März 1850 und die Novelle vom 10. April 1867	51—59
Resultate des französischen Primärschulwesens	59—62

Viertes Kapitel. Die Erhaltung der Schulkenntnisse und deren staatliche Anerkennung.

Repetitionscurse älterer Zeit	63—64
Cours d'adultes	64—66
Preussische Militärschulen	66—70
Die Gegenleistungen des Staates: a) Das allgemeine Stimmrecht	70—71
b) Anstellungen gedienter Militärpersonen im Civil-Justizdienst	71—79

Zweites Buch.

Die Gymnasien.

Fünftes Kapitel. Zweck der Gymnasien.

	Seite.
Vorbetrachtungen	80— 81
Die classische Bildung	82— 83
Entfernung theokratischer Einflüsse	83— 87
Die Scheidung vom Utilitätsprincip	87— 88

Classicismus und Realismus.

Französisches Bifurcationssystem	88— 89
Preussisches Bifurcationssystem	90— 93
Wiederherstellung einheitlicher Gymnasien	94— 95

Sechstes Kapitel. Leistungen der Gymnasien.

Einheitlicher Lehrplan in den deutschen Gymnasien	96— 97
Das Maass der Kenntnisse bei den Abiturienten-Prüfungen	97
Das Abiturienten-Prüfungs-Reglement vom 4. Juni 1854	97— 99
Kritik desselben	99—100
Stellung der Examinatoren zu den Provinzial-Schulcollegien und den königlichen Prüfungs-Commissarien	100—101
Bedingungsweiser Erlass des mündlichen Examens	101—103
Keine Compensation zwischen Lehrgegenständen	103—105
Die Totalität der Prüfungsgegenstände	105
Die Quantität und die Qualität der Kenntnisse	105—110

Siebentes Kapitel. Vorschläge zur Reform des Gymnasial-
Unterrichts.

Die Verwendung der Zeit zum Erwerb der Kenntnisse nach einem speciellen Lehrplan	110—111
Bedenken gegen den Lehrplan	111
Erziehung des Körpers	112—114
Erziehung des Geistes	114
Die schriftlichen Arbeiten	114—116
Das Missverhältniss der Lehrstunden in den classischen Sprachen zu den anderen Unterrichtsgegenständen und unter einander	116—121
Der Gymnasialunterricht in anderen Staaten	121
Französische Lyceen	121—122
Der katholische Clerus	122—124
Das Unterrichtsmonopol der Universität	124—126
Französische Aequivalente des deutschen Abiturienten-Examens	126—128
Englische Lateinschulen	128—129
Reformvorschläge für den Unterricht in deutschen Gymnasien	129—134

Achstes Kapitel. Gesamtüberblick über die Verhältnisse
der Lehrer und der Schüler an den Gymnasien.

Lehrer und Schüler an den französischen Gymnasien.

Französische Communalgymnasien (Collèges)	134—136
Französische Staatsgymnasien (Lycees)	136—137
Die Lehrer an den Lyceen	137—139
Die Zöglinge an den Lyceen	139—140

Deutsche Gymnasien.

Selbstverwaltung der gelehrten Schulen	141—142
Das Familienprincip	142—144
Die Gymnasiallehrer	144—146
Die Schüler auf den Gymnasien	146—147
Die Verbesserung der Lehrergehalte	147—149
Zweckmässigere Repartition der Schülerzahl	149—150

Erstes Buch.

Elementarunterricht.

Erstes Kapitel.

Primärunterricht in Preussen.

Vorbetrachungen.

Der Elementarunterricht durch die katholische Kirche. Die Reformation. Bestrebungen zu dessen Einführung unter den Kurfürsten von Brandenburg. Seine Hebung unter den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. General-Land-Schulreglement vom 12. August 1763. Die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts. Antinomien. Fortschritte des Unterrichts bis auf die jetzige Zeit. Die Verfassung vom 31. Januar 1850. Die Gratuität des Unterrichts in der öffentlichen Volksschule.

Die Nationalökonomie lehrt diejenigen Gesetze, nach welchen leibliche Güter erworben werden. Aufgabe der Verwaltungslehre im neueren Sinne ist es dagegen, die Regeln für den Erwerb geistiger Güter vorzuzeichnen. In den Besitz der letzteren gelangen wir durch Kenntnisse. Die Anstalt, welche uns diese Kenntnisse verschafft, ist die Schule.

Vor-
betrachtungen.

Von Hause aus zerfällt die Schule nach den endlichen Zielen ihres Strebens in zwei Theile. Sie gewährt uns entweder wissenschaftlichen oder wirthschaftlichen Unterricht.

Für unseren Endzweck:

„eine Darstellung des juristischen Unterrichts zu geben,“

haben wir es nur mit dem wissenschaftlichen Bildungswesen zu thun.

Die ungeheuere, kaum in einen festen Rahmen einzu-

schliessende Masse des wissenschaftlichen Unterrichts bringt naturgemäss eine weitere Theilung des Gesamtgebiets mit sich. Vom Leichtesten und Einfachsten steigen wir in geordneter Reihenfolge stufenweise zum Höchsten und Schwersten auf. Daraus ergibt sich die Nothwendigkeit einer Theilung des wissenschaftlichen Unterrichts in drei Theile. Wir folgen nur einer allgemein hergebrachten und in sich selbst gerechtfertigten Scheidung, indem wir einen Elementar-, einen Gymnasial- und einen Universitäts-Unterricht als feste geschiedene Theile des gesammten wissenschaftlichen Unterrichtsgebiets betrachten. Das Aufsteigen von einem Zweige des Unterrichts zum anderen wird durch Eintritts- und Schlussprüfungen, innerhalb desselben Gebietes aber durch Classen mit Uebergangsprüfungen vermittelt. Das ganze System dieses Unterrichts kann an sich für den Einzelnen ein Selbstzweck sein. Dann gewährt er nur eine allgemeine humanitäre, theoretische Bildung. Er kann jedoch auch — und das ist unser Vorhaben in dieser Darstellung — als die Hälfte eines grösseren Ganzen, als die Vorstufe zu einer unmittelbar in das Leben eingreifenden Thätigkeit aufgefasst werden. Dann schliesst sich ihm ein zweiter, vorwiegend praktischer Unterricht für eine bestimmte Laufbahn im Staat an.

Hiernach gewährt die Universität den Abschluss des theoretisch-juristischen Unterrichts. Jenseits derselben liegt die Vorbereitung für die juristische Praxis in allen ihren Stadien. Wir beginnen naturgemäss mit der Betrachtung des Elementarunterrichts. Dessen gute Einrichtung ist für alle von gleicher Wichtigkeit. Mögen wir auch nach der höchsten juristischen Ausbildung streben, so können wir darin nicht fortschreiten, wenn wir nicht in einem befriedigenden Elementarunterricht eine gute Grundlage gelegt haben. Vollends unschätzbar ist sein Werth für diejenigen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft, bei denen, wie bei den gerichtlichen Unterbeamten, die Volksschule, allenfalls mit ihrer Potenzirung in der städtischen Bürgerschule, den Abschluss ihrer gesammten wissenschaftlichen Bildung darstellt.

Die katholische
Kirche.

Bei einem flüchtigen Ueberblick der Geschichte ersehen wir, dass im Mittelalter von weltlichen Fürsten für die Förderung des ersten Unterrichts wenig geschehen ist. Hier, wie überall, ragt geistig unerreichbar die Gestalt Karls des Grossen hervor, der im Capitular von Aachen (789) befahl:

„Ut scholae legentium puerorum fiant; psalmos, notas, cautum, computum, grammaticam per singula episcopia et monasteria discant.“

Nur die Kirche nahm sich, zuerst in ihrem Interesse, der Elemente aller Kenntnisse an, wohl wissend, dass der Unterricht stets den Ungebildeten beherrscht. In den Klöstern wurden Schulen für den Elementar-, sowie für den höheren Unterricht aufgethan.

Gelehrte Mönche, besonders aus dem Cistercienser- und Prämonstratenser-Orden ertheilten wissbegierigen Scholaren Unterricht. In den Klöstern fanden sich fast ausschliesslich die seltenen und kostbaren Bücher. Die „Quarta pauperum et scholarum“ sollte wenigstens bestimmungsmässig zu Unterrichtszwecken mitdienen. Aus einer solchen alten, von Prämonstratenser-Mönchen im Kloster Belbuck gestifteten Schule ist der Reformator von Pommern, der hochverehrte Doctor Johannes Bugenhagen, hervorgegangen.

Zweierlei fällt bei diesem kirchlichen Unterricht in die Augen. Die Thätigkeit der Kirche ist zunächst eine freie, insofern, als sie auch andere als die ihrem Dienst sich widmenden Personen ausbildete.

Ihre Arbeit im Felde des Unterrichts beschränkt sich ferner auf die Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft und auf Diejenigen, die sie dahin in ihrem Interesse emporheben wollte.

Die Ausbildung der Massen in den Völkern ist ihr fremd. Diese bleiben unter ihrer Herrschaft blosse Arbeiter, die eines Schulunterrichts nicht bedürfen.

Die Reformation im sechszehnten Jahrhundert hat auch hierin Wandel geschafft. Doctor Martin Luther wandte sich zuerst freilich an die Fürsten, weil er mit praktischem Blick einsah, dass alle früheren Reformationsversuche daran gescheitert waren, dass die Vorreformatoren die weltliche Macht zur Unterstützung ihrer Bestrebungen nicht gewonnen hatten. Die Alleinherrschaft des Papstes in geistlichen Dingen wird unter die Fürsten getheilt. Jeder Landesherr soll oberster Bischof in seinem Territorium sein: Cuius est regio, eius est religio. Dies Territorialsystem finden wir noch jetzt in unserm Allgemeinen Landrecht (II., 11. §§. 113, 143 ff.) wieder. Es ist sogar bei uns von Fürsten, wie von König Friedrich II., praktisch gehandhabt, die auf Kirchlichkeit im eminenten Sinne

Die
Reformation.

keinen Anspruch machen, wenn er in seinem bekannten Rescript sagt:

„Ich als Vicarius Christi und oberster Bischof befehle, er soll die Person heirathen.“

Andrerseits sahen die der neuen Lehre zugethanen Fürsten ein, dass es in ihrem Interesse lag, die Massen für sich zu gewinnen und dass sie Das, was ihrer Partei an Zahl abging, durch die Macht der Wissenschaft in ihren Anhängern ersetzen mussten.

Sie haben zwar die Kirchengüter säcularisirt. Aber sie haben in wenigen Jahrhunderten viel mehr für den Elementarunterricht gethan, als jemals von der Kirche geschehen ist. Die Klöster wurden eingezogen. An ihrer Stelle wurden an einzelnen Orten besondere Schulen angelegt. Mönche ertheilten in den protestantischen Staaten keinen Unterricht mehr. Man bestrebte sich, eigene Lehrer für die erste Unterweisung der Jugend zu gewinnen, so gut, als es eben ging. Man zog den gemeinen Mann nicht etwa ausnahmsweise, wie bisher, zum Unterricht heran oder schloss ihn ganz davon aus. Im Gegentheile bemühte man sich, selbst schon damals im Wege des Zwanges ihm die elementaren Kenntnisse beizubringen, weil man von der richtigen Ansicht ausging, dass ein Einfältiger eine todte Grösse im Staate ist. Mit Hülfe der Buchdruckerkunst gab man den Massen die Bibel und den Catechismus Luthers in die Hand: beides eben so sehr als Mittel zum Unterricht im Glauben, sowie als Elementarlehrbücher.

Die Kirchenordnungen aus dem Ende des sechszehnten Jahrhunderts legen Zeugniß dafür ab, was von den protestantischen Fürsten zur Förderung des Elementarunterrichts geschehen ist. Begreiflich musste die Schule sich damals an die Kirche anlehnen, weil nur in dieser und in ihren, aus einem behäbigen und geistig geweckten Bürgerstande genommenen Dienern eine wirksame Förderung des Unterrichts zu erwarten war. Wir können daher mit gutem Recht behaupten, dass die Kurfürsten von Brandenburg die Bildung der ihnen anvertrauten Volksstämme sich redlich haben angelegen sein lassen. Es ist keine Gelegenheit verabsäumt, um geistig gebildete Leute ins Land zu ziehen. Die Aufnahme der Französischen Réfugiés in den Kurbrandenburgischen Staat nach dem Widerruf des Edicts von Nantes durch das denkwürdige Edict des

Grossen Kurfürsten vom 29. October 1685 (Pufendorf, Res Gestae Frid. Guil. Magni, lib. XIX, §. 17 p. 1232) charakterisirt sich eben so sehr als eine Regierungshandlung voll wahrer Religiosität und Humanität, als ein Akt hoher Politik. Gerade diese glaubenstreuen Flüchtlinge schlossen den besten und unterrichtetsten Theil ihrer Nation in sich.

„En ce point le Prince superstitieux (Louis XIV.) est bien inférieur au Prince tolérant et charitable (Frédéric Guillaume). La Politique et l'Humanité s'accordent à donner sur cet article une préférence entière à l'Électeur.” (Mém. p. serv. à l'hist. de Brandebourg p. 162.)

Diese tüchtigen Anfänge zur geistigen Hebung des Preussischen Volkes in allen seinen Schichten sind unter seinen Königen mit immer wachsendem Erfolg fortgesetzt.

König Friedrich Wilhelm I., hochgepriesen von einem pankbaren Sohn (Histoire de mon temps, chap. II. Vol. I. p. 120; Lettre à Mr. de Voltaire, Insterbourg, le 27. de Juillet 1739 — „dans un pays que je regarde comme le Non plus ultra du monde civilisé” — Suppl. II., 216 svv.) und ungebührlich verkannt von einer wenig anhänglichen Tochter (Mem. auth. de Wilhelmine, Marggrave de Bareith, an 1729 Vol. I. p. 141 svv.) hatte, getreu der von seinem mütterlichen Ahnen dem Grossadmiral von Frankreich, Gaspard de Coligny und den grossen Oraniern überkommenen, vom grossen Kurfürsten auf unserem Boden inaugurirten Hauspolitik dem verödeten Litthauen durch die Ansiedelung der um ihres Glaubens willen vertriebenen Salzburger neue lebendige Culturelemente zugeführt. Sein Sohn, der „Roi Philosophe”, oder, wie er sich bei dieser Gelegenheit selbst zu nennen beliebte, der „Roi très-hérétique” (Lord Dover, Geschichte Friedrichs II., Buch V. Cap. II. Th. III., 271) nahm keinen Anstand, den vom „Roi très-chrétien” vertriebenen Jesuiten in seinem Staate ein gastliches Obdach zu gewähren. Er vertraute ihnen in dem neu erworbenen Schlesien die Erziehung der katholischen Jugend in höheren und niederen Schulen unter dem Titel von „Priestern des Schulinstituts” an.

König Friedrich
Wilhelm I.

Noch in unseren Tagen haben wir gesehen, dass die in ihrem Glauben gefährdeten Zillerthaler in Preussen eine neue Heimath fanden.

Doch hierauf sind die friedlichen Eroberungen König Frie-

drich Wilhelm's I. nicht beschränkt. Das erste grössere Schulreglement, die „Principia regulativa“, ist unter seiner Regierung verfasst (1733). 885 neue Dorfschulen, nur im Bezirk der Ostpreussischen Kriegs- und Domainenkammer zu Königsberg errichtet, (Thilo, Volksschulwesen. 2^{ter} Abdruck, 1867. S. 22 ff.) sind sprechende Zeugen seines ernstlichen Willens, den Volksunterricht zu heben.

König
Friedrich II.

Noch umfassender sind die Bestrebungen König Friedrichs II. auf dem gleichen dankbarsten Arbeitsfelde. Je mehr die Kinder des Volkes in den Schulen lernen, um so geringer sind künftig die Criminalkosten. Das ist die einfache praktische Anschauung, von der dieser König ausging.

Er drückt dies einfach in der Cabinetsordre vom 24. November 1784 (Thilo, Volksschulwesen, Seite 25) aus, indem er sagt:

— „Es muss doch noch an der Erziehung (in Ostpreussen und Litthauen) was fehlen und müssen die Leute da doch nicht so ordentlich unterrichtet und erzogen werden, weil daselbst noch so viel schlechte Sachen und Schelmereien mehr, wie in allen übrigen Provinzen begangen werden.“ —

Noch nach achtzig Jahren weisen amtliche Mittheilungen darauf hin, dass trotz aller auf den Elementarunterricht seitdem aufgewendeten Sorgfalt es nicht gelungen ist, die Keime des Bösen in Litthauen auszurotten. Bei einer Bevölkerung von nur 700,000 Seelen sind in dem Vierteljahr vom 1. Mai bis 1. August 1867 bei den Schwur- und Kreisgerichten des Appellationsgerichts Insterburg 77 Condemnationen wegen aller möglichen Verbrechen erfolgt (Oeffentlicher Anzeiger der Königlichen Regierung zu Gumbinnen vom 28. August 1867 No. 35, S. 625 ff.). Und in dem Quartal vom 1. November 1867 bis 1. März 1868 ist die Zahl der rechtskräftigen Verurtheilungen wegen Verbrechen auf 133 gestiegen, davon 130 auf Zuchthausstrafe; drei wegen Mordes, davon zwei auf Todesstrafe. Bei einem dieser letzteren Fälle ist die erkannte Strafe durch Allerhöchste Gnade in lebenswieriges Zuchthaus umgewandelt. Ausserdem sind zu bemerken: drei Condemnationen wegen Todtschlages, beziehungsweise wegen versuchten Todtschlages, drei wegen Raubes, bezw. Strassenraubes; sieben wegen Brandstiftung; neun

wegen Meineids (Oeffentlicher Anzeiger derselben Behörde vom 11. März 1868 No. 11, S. 173 ff.).

Epochemachend unter König Friedrichs II. langer Regierung ist nun das General-Land-Schulreglement vom 12. August 1763. (Novum Corpus Constit. 1761—1765. S. 265 ff.) Es enthält ein ganz vollständiges Schulgesetz über den Primärunterricht, bis in die kleinsten Details geordnet. Zweck dieses Gesetzes ist es, die jungen Leute auf den Dörfern, die durch „die Unerfahrenheit der mehrsten Küster und Schulmeister in Unwissenheit und Dummheit aufwachsen“, zur wahren Gottesfurcht „und anderen nützlichen Dingen“ anleiten zu lassen, damit „der so höchst schädlichen und dem Christenthum unanständigen Unwissenheit vorgebeugt und abgeholfen werde.“

General-Land-
Schulreglement
vom
12. August 1763.

(Einleitung.)

Demgemäss wird die zwangsweise Schulpflichtigkeit aller Kinder vom zurückgelegten fünften bis zum dreizehnten oder vierzehnten Lebensjahre bestimmt. (§§. 1, 10.) Die Kinder müssen im Winter von Michaelis bis Ostern, mit Ausnahme des Mittwochs und Sonnabends, täglich in sechs, im Sommer täglich drei Stunden zur Schule geschickt werden (§. 5.), bei Ausbeuten im Sommer sogar nur an drei Wochentagen (§. 4). Es ist (§. 19) ein vollständiger Lectionsplan vorgeschrieben. Für diesen Unterricht in der Religion, einschliesslich der biblischen Geographie, im Lesen, Schreiben und Rechnen wird ein wöchentliches Schulgeld, im Winter von neun Pfennigen bis zu einem Groschen (Brandenburgisch); im Sommer von sechs bis acht Pfennigen bezahlt (§. 7). Das Schulgeld für arme Kinder wird dem Lehrer aus dem Klingbeutel, der Schul- oder Dorfkasse bezahlt (§. 8). Zur Anschaffung von Schulbüchern für arme Kinder werden freiwillige Beiträge in den Kirchen gesammelt (§. 9).

Kein Lehrer soll ohne Prüfung angestellt werden. Zu ihrer Ausbildung ist das Kurmärkische Schullehrer-Seminar bestimmt (§. 14). Die Vocation der Lehrer bleibt den Privatpatronen. Es sind aber die Dorf-Elementarschulen in den Dörfern und Amtsstädten der wöchentlichen zweimaligen Visitation der Prediger unterworfen (§. 25). Diese sollen auch mit den Lehrern Schulconferenzen abhalten. Die Lehrer selbst sind auf Anzeige der Superintendenten, Inspectores, Prae-

positi und „Ertz-Priester“ bei schlechter Führung der Remotion durch die Consistorien unterworfen. (§. 13.)

Kein Billigdenkender wird umhin können, dieser Elementar-Schulordnung seinen vollen Beifall zu zollen. Sie hat mehr als eine Schulordnung damaliger Zeit eine gute Verfassung des Elementarunterrichts hergestellt. Sie begründet den heilsamen Schulzwang, ohne den es völlig unmöglich ist, die Bildung der Nation durchzuführen. Sie dehnt das Maass der Elementarkenntnisse so weit aus, dass ein fester Abschluss für die Einen, eine tüchtige Grundlage für die Weiterstrebenden gewonnen wird. Sie verfährt mit billiger Berücksichtigung der wirthschaftlichen Bedürfnisse der Eltern durch Einrichtung der so wichtigen und vielfach noch anderweitig anzuwendenden Halbtagschulen. Sie muthet dem Lehrer nicht zu, auch nur ein armes Kind unentgeltlich zu unterrichten.

Die Unterstützungspflicht für arme Kinder, auch mit Lehrmitteln, wird auf die Grundsätze der Armenpflege mit Recht zurückgeführt.

Sie sichert den Schulen geprüfte, im Lehrerseminar gebildete Lehrer. Endlich lässt sie in den „Inspectores“ nicht schlechthin eine geistliche, sondern auch eine staatliche Aufsicht eintreten. Nimmt man hinzu, dass überall auf die Erziehung der Kinder besonderes Gewicht gelegt, ja sogar eine genaue Ordnung bei den Kirchgängen befohlen wird (§. 23); dass endlich Religion und „nützliche Kenntnisse“ im Gleichgewicht stehen, so kann man wohl zu dem Schlusse gelangen, dass diese Schulordnung in allen Punkten ein würdiges Denkmal ihres grossen Schöpfers ist.

Diesem Reglement hat König Friedrich II. dadurch Nachdruck gegeben, dass er bei seinen Inspectionsreisen im Lande sich überall aufs Genaueste erkundigte, ob dasselbe auch pünktlich befolgt würde. Er hat auch, soweit es die Mittel gestatteten, für die Aufbesserung des Elementarschulwesens sich hülfreich erwiesen. Die zweiprozentigen Zinsen eines den Gutsbesitzern nach dem siebenjährigen Kriege gegebenen Meliorationskapitals von überhaupt einer Million Thalern wurden unter seiner Regierung zur bessern Dotation der Landschullehrerstellen gewidmet.

der Elementarschule als einer Staatsanstalt deutlicher zur Anschauung. (A. L.-R. II. 12. §§. 1—53.)

Alle Kinder sind vom zurückgelegten fünften Jahre bis dahin schulpflichtig, dass sie „die einem vernünftigen Menschen ihres Standes nothwendigen Kenntnisse“ gefasst haben. (§§. 43, 46.) Zum Besten derjenigen Kinder, die den Schulunterricht wegen häuslicher Geschäfte zu gewissen, der nothwendigen Arbeit gewidmeten Zeiten nicht mehr ununterbrochen besuchen können, soll am Sonntag, oder zu andern schicklichen Zeiten Schule gehalten werden. (§. 45.)

Die gemeine Schule wird von allen Hausvätern des Ortes „nach Verhältniss ihrer Besitzungen und Nahrungen“ beim Mangel von Stiftungen unterhalten. Die contribuirenden Hausväter sind gegen Erlegung dieser Beiträge vom Schulgeld befreit. Die Gutsherrschaften auf dem Lande müssen ihre „Unterthanen,“ die zur Aufbringung ihrer Beiträge „eine Zeitlang“ unvermögend sind, nach Nothdurft unterstützen. Da, wo confessionelle Schulen vorhanden, kann kein Einwohner angehalten werden, zur Unterhaltung einer anderen gemeinen Schule, als der von seiner Religionspartei beizutragen. (§§. 29—33.)

Die Schulgebäude werden gleichfalls von den zu einer solchen Schule gewiesenen Einwohnern „als eine gemeine Last“ unterhalten, jedoch so, dass Gutsherrschaften auf dem Lande und die Stadtmagistrate in Beziehung auf die Kämmerereigüter, die an dem Orte, an welchem sich die Schule befindet, gewonnenen oder gewachsenen Materialien unentgeltlich hergeben müssen. (§§. 34, 36.)

Die Direction der Schule steht der Gerichtsobrigkeit zu, die dabei den Geistlichen zuziehen muss, zu welchem die Schule gehört. Die Kirchenvorsteher, in deren Ermangelung Schulzen und Gerichte, sowie Polizeimagistrate sollen unter Leitung der Gerichtsobrigkeit und des Geistlichen die Aufsicht über die äussere Verfassung der Schule und über die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen. (§§. 12—13.) Die Aufsicht über den Unterricht der Kinder, sowie deren und des Lehrers eigener Unterricht fällt jedoch dem Prediger anheim. (§§. 46, 48.)

Eine genauere Betrachtung dieser Vorschriften ergiebt, dass das Landrecht um einen bedeutenden Schritt weiter als das Reglement vom 12. August 1763 gegangen ist.

Die heilsamen Bestimmungen des letzteren über den Schulzwang sind nicht bloss beibehalten, sondern insofern noch erweitert, dass für das Ende der Schulpflichtigkeit keine absolute Altersgrenze, vielmehr relativ die Erfüllung des Maasses der in der Elementarschule zu erlernenden Kenntnisse gefordert wird. Die besonders auf dem Lande damals so wichtige Einrichtung der Halbtagschulen wird beibehalten. Die Schulunterhaltungslast wird der zu diesem Zweck aus den Hausvätern des Orts constituirten Schulgemeinde, nur unter subsidiärer Concurrenz der Gutsherrschaft, auferlegt.

Beinahe wichtiger als alle anderen Bestimmungen ist das klar ausgesprochene Princip, dass die Schule eine Staatsanstalt ist. Es ist nur eine Consequenz aus diesem Grundsatz, dass ein Ortsschulrath eingesetzt wird, in welchem selbstverständlich der Geistliche Sitz und Stimme hat, dass aber der Vorsitzende in diesem ein Laie, „die Gerichtsobrigkeit“ ist.

Damit sind zwei andere wichtige Fragen entschieden, um die vielfach nicht bloss im verflossenen, sondern auch noch im laufenden Jahrhundert gestritten wird. Die Schule ist von der Kirche emancipirt. Sie steht ferner unter Selbstverwaltung der Schulgemeinde.

Immerhin mag dem Geistlichen der Einfluss auf die Interna der Schule, auf die Leitung und Theilnahme am Unterricht der Kinder, auf die scholare Unterweisung des Lehrers selbst geblieben sein. Es mag auch bei der Einschulung der Kinder die Confessionalität eine billige Berücksichtigung finden. Keineswegs ist aber die landrechtliche Gesetzgebung gemeint gewesen, den Unterricht der Kirche unterzuordnen. Dieser soll so lange fortgesetzt werden, bis das Kind „die einem vernünftigen Menschen seines Standes nothwendigen Kenntnisse“ erlangt hat. Es ist damit der Vernunft die ihr gebührende Stelle angewiesen. Man sieht daraus, dass die gelehrten und praktisch geübten Grundsätze von Kant und Friedrich Eberhard von Rochow nicht ohne Einfluss auf den Gang der Gesetzgebung geblieben sind. So hat denn auch im jetzigen Jahrhundert Pestalozzi durch die bei ihm unterwiesenen Schulmänner für die Preussische Volksschule segensreich gewirkt.

Eine Reihe von provinzialen Schulordnungen, zuletzt die für die Provinz Ostpreussen ergangene vom 11. Dezember 1845 (G.-S. 1846 S. 1 ff.) vervollständigen das landrechtliche System

namentlich in Bezug auf die ökonomische Ausstattung der Schule und der Lehrer.

Mit der landrechtlichen Organisation des Schulwesens vom ersten Anfang in der Elementarschule an scheinen uns einzelne erhebliche Satzungen des bürgerlichen und des Strafrechts nicht in Einklang zu stehen.

Wenn allgemeine Schulpflicht eingeführt und der Unterricht so lange fortgesetzt wird, bis das Kind im Vollbesitz der elementaren Kenntnisse ist, also doch gewiss bis zur Zurücklegung des vierzehnten Lebensjahres, möchten wir es nicht für gerechtfertigt halten, dass bei der Anklage wegen eines Vergehens oder Verbrechens einer älter als vierzehnjährigen, aber nicht älter als fünfzehnjährigen Person die Entschuldigung zu gute kommen kann, sie habe „ohne Unterscheidungsvermögen“ gehandelt. (§. 42 St. G. B.) Wozu nützt — möchten wir fragen — die Erziehung, wozu der Unterricht in der Religion, wenn nach achtjähriger Unterweisung noch nicht einmal die Unterschiede des Guten und des Bösen zum vollen Bewusstsein gebracht sind?

Noch weniger würden wir uns damit einverstanden erklären, dass der häufig nur vermeintlich Unwissende vor dem Unterrichteten im Civilrecht begünstigt wird.

Der angeblich Lesens- und Schreibensunkundige (Entsch. Bd. 16 S. 108. Archiv f. R.-F. Bd. 28 S. 209) darf bei Gegenständen über funfzig Thaler contractbrüchig werden, die Schriftlichkeit des Vertrages zu seiner Gültigkeit erheischen. Wer mehr als seinen Namen schreiben kann, muss zahlen, wer nur unterkreuzt, geht frei aus.

Eines gleichen Privilegiums geniessen diejenigen, die der Sprache unkundig sein wollen, in der das Instrument gefasst ist. (A. L.-R. I. 5. §§. 131, 172 ff.) Personen „der niederen Volksklassen aus dem Bauer- oder dem geringeren Bürgerstande“ sollen an alle präjudizirlichen Erklärungen in Prozessen nicht gebunden sein, wenn ihnen deren Folgen nicht zum Protokoll erklärt sind. (Prozess-Ordnung Tit. 25 §. 65.) Die Zeiten dieser Privilegien für die Unwissenheit sind vorüber.

Angesichts des Art. 317. D. H.-G.-B. wird hoffentlich bald die Gültigkeit mündlicher Verträge in allen Mobiliarcontracten ausgesprochen werden; dies umsomehr, als im Wechselrecht jener Einwand der Lesens- und Schreibensunkunde nicht gilt. (Entsch. Bd. 20 S. 354.)

Es scheint gerechtfertigt, in einem eminent deutschen Staate zu fordern, dass Jedermann ohne Ausnahme der deutschen Sprache mächtig ist. Die Trümmer verschwindender Nationalitäten müssen sich diesem Gebote fügen.

In einem so urbanen Jahrhundert, als das unsrige, darf endlich die Rusticität keinen Anspruch mehr auf Berücksichtigung machen. In diesem Sinne nun der freien Selbstverwaltung der Gemeinen in Schulsachen unter staatlicher Oberaufsicht ist bis zur Mitte unseres Jahrhunderts fortgearbeitet worden.

Die Verfassung
vom
31. Januar 1850.

Erst die Verfassung vom 31. Januar 1850 hat theilweise neue und nicht unbedenkliche Bestimmungen in Beziehung auf das Schulwesen eingeführt. Die Artikel 20—26 (Gesetzsammlung 1850. S. 19—20) enthalten die näheren Bestimmungen. Es wird die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre proclamirt. (Art. 20.) Demgemäss wird Jedermann für befugt erklärt, Unterricht zu ertheilen, Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten, der seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat. (Art. 22.) An der Schulpflichtigkeit der Kinder innerhalb des Kreises des Elementarunterrichts wird festgehalten. (Art. 21.) Bei den innneren Angelegenheiten der öffentlichen Volksschulen sollen die confessionellen Verhältnisse möglichst berücksichtigt werden. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften. Die äusseren Angelegenheiten der Volksschule leitet die Gemeinde. Die Lehrer, denen die Rechte und Pflichten der Staatsdiener beigelegt sind (Art. 21), werden unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinde aus der Zahl der Befähigten vom Staat angestellt. Sie sollen ein den Localverhältnissen angemessenes Einkommen erhalten. Der Unterricht in der öffentlichen Volksschule wird unentgeltlich ertheilt. Die Gemeinde und bei deren Unvermögen der Staat, bringt die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der Volksschule auf. (Art. 24, 25.) Ein besonderes Gesetz soll das ganze Unterrichtswesen regeln. (Art. 26.)

Von den wichtigen und interessanten Bestimmungen, welche die Preussische Verfassung in diesen sieben Artikeln zusammenstellt, wollen wir uns bei der Frage des „freien Unterrichts“ (Art. 20, 22.) nicht aufhalten. Dies Paradeross

von Doctrinären ist für Preussen im Ganzen ohne sonderliche Bedeutung. Jene Frage könnte überhaupt bloss bei dem professionellen, nicht bei dem wissenschaftlichen Unterricht, in Betracht kommen. Nur da erlangt sie eine Wichtigkeit, wo entweder — wie in England — der Staat als solcher sich in der Unterrichtsfrage neutral verhält und nur die Hochkirche auf der einen, die freien bürgerlichen Vereine auf der andern Seite in Concurrenz treten, oder wo — wie in Frankreich und Belgien — innerhalb der leitenden Staatsgewalt, die Kirche und die bürgerliche Gesellschaft unter einander darüber im Streit befangen sind, wer von ihnen die Direction des Unterrichts in die Hand bekommen soll. Wohl aber wird bei uns der Artikel 22, und die darin gewährte Freiheit, Unterrichtsanstalten zu gründen, einen guten Schild darbieten, um Ansprüche zurückzuweisen, die zur Errichtung von Universitäten auf der einen Seite unter dem schlechthin nicht anzuerkennenden Deckmantel einer neben der Deutschen berechtigten Nationalität, auf der anderen unter dem einer eben so wenig zu billigenden ausschliesslichen Confessionalität, an den Staat gemacht werden.

Unter den zahlreichen Controverspunkten, zu denen die bezeichneten Artikel Anlass geben, begnügen wir uns, einen hervorzuheben. Er betrifft die verheissene Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule. (Art. 25.) Wir gehören zu Denen, die sich mit diesem Princip nicht einverstanden erklären. Nicht als ob wir die Wichtigkeit eines guten Elementarunterrichts für alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft verkennen. Auch nicht deshalb, weil wir nicht der Meinung wären, dass ein reichlich dotirter Elementar-Unterricht dem Staate tausendfältige Früchte trägt. Aber zum ersten Male sehen wir mit Bedauern den volkswirthschaftlich richtigen und in der altpreussischen Staatspraxis mehr als ein Jahrhundert gehandhabten Grundsatz aufgegeben, dass Diejenigen zunächst den Unterhalt der öffentlichen Anstalten bezahlen müssen, die davon Gebrauch machen, gleichviel, ob aus freiem Entschlusse oder kraft gesetzlicher Nöthigung.

Es scheint uns keine Veranlassung vorzuliegen, die Gratuität des Primärunterrichts zu decretiren, zumal wenn auch hier das allgemeine Stimmrecht zur Anwendung kommt. Es wird damit nicht bloss den Besitzlosen, sondern auch Allen, die

Die Gratuität
des Unterrichts
in der
Volksschule.

ihren Geldbeutel schonen wollen, eine gefährliche Waffe in die Hände gegeben, um die wenigen Wohlhabenderen rücksichtslos zu besteuern. Die illimitirten Steuertarife der kleineren Städte „zu Communalzwecken“ sind ohnehin den verhältnissmässig geringeren Staatsabgaben gegenüber, so hoch heraufgeschoben, dass eine Vermehrung der städtischen Steuerlast unter dem Titel des unentgeltlichen Volksschulunterrichts gerade nicht wünschenswerth erscheint.

Man halte uns nicht entgegen, dass einzelne Staaten der Nordamerikanischen Union, wie beispielsweise der nicht grosse Staat New-York, auf den Volksunterricht aus Staatsmitteln jährlich viele Millionen Dollars verwenden. Die Verhältnisse der Staaten in der neuen Welt und der des alten Welttheils sind völlig verschieden. Auf den europäischen Staaten, namentlich auf denen mit überall offenen Grenzen, wie Preussen, lastet ein keiner Verminderung fähiges, sehr bedeutendes Kriegsbudget. Diese Kategorie der öffentlichen Ausgaben fällt bei den Einzelstaaten der Union ganz fort, da die Ausgaben für den Krieg, ohnehin geringfügig bei der Unwahrscheinlichkeit, theilweise sogar Unmöglichkeit äusserer Angriffskriege, durch die dem Bund vorbehaltenen Zolleinnahmen völlig gedeckt werden. Ausserdem ist der materielle Besitz und Erwerb in den Einzelstaaten dort ein so bedeutender, dass er mit dem verhältnissmässig viel geringeren der Staaten des alten Continents nicht in Parallele gesetzt werden kann.

Sollte endlich nicht auch die Betrachtung einigen Einfluss üben, dass der Landmann in Deutschland häufig davon ausgeht, es sei das nichts werth, was unentgeltlich geboten wird? Gar mancher Bauer in Pommern folgt dem Spruche Tasso's, ohne es zu wissen:

„A rai del sole questo e vile
che a ciascun aver lice.“

Umgekehrt kann man überzeugt sein, dass der Landmann alle Institute mit Eifer benutzt, die er bezahlt oder bezahlen muss.

Wir wünschen deshalb, dass von der Gratuität des Unterrichts auch in der Elementarschule Abstand genommen wird. Hiernach beabsichtigt der Preussische November-Gesetzentwurf I. unseres Dafürhaltens mit Recht, das Alinea 3 des Artikels 25 der Verfassung zu beseitigen und damit der Staats-

kasse eine nicht gerechtfertigte Mehrausgabe von jährlich drei Millionen Thalern (etwa zehn Millionen Francs) für das bisher von den Verpflichteten aufgebrauchte Elementar-Schulgeld zu ersparen. (Centralblatt für Unterr.-Verwaltung Novemberheft 1868. S. 645.)

Zweites Kapitel.

Fortsetzung. Die Schulregulative vom 1. bis 3. October 1854. Die Volksschulbill. Inhalt. Analyse des Gesetzentwurfs. Kirche und Schule. Zwölf Thesen. Thesen I—V. Allgemeine Grundsätze über Volksschulen und Lehrer. Classen und Unterrichtsstunden. Thesen VI, VII. Vermögens-Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schule. Schulgemeinde. Entlastung der Grundbesitzer. Ablösung der Reallasten und Abgaben. Schulsteuern und Zuschüsse. Lehrerbeseoldungen. Schulgeld. Thesen VIII—XII. Abschluss.

Die im Artikel 26 der Verfassung verheissene Vorlage eines Unterrichtsgesetzes ist früher nicht gewährt worden.

Man hat sich begnügt durch die Regulative vom 1. bis 3. October 1854 die Gegenstände des Unterrichts und die Art zu bestimmen, wie er ertheilt werden soll. Das für die ein-klassige Volksschule ergangene Regulativ vom letzten Tage zählt als Unterrichtsgegenstände auf:

„Die Grundlehren der christlichen Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen bis zur Lehre von den Proportionen und Decimalzahlen, vaterländische Geographie und Geschichte, allgemeine Lehren der Naturkunde, Singen und Turnen, soweit man dies von den beschränkten Mitteln der Volksschule erwarten darf.“

Die
Schulregulative
vom
1.—3. October
1866.

Gegenwärtig hat die Regierung dem Landtag ein die Elementarschule umfassendes Gesetz vorgelegt. (II. betreffend Einrichtung und Unterhaltung der Elementarschulen, Centralblatt für Unt.-Verw. Novbr. 1868. S. 658.)

Der im Herrenhause bereits durchberathene frühere Entwurf ist zurückgezogen, der dort zur Aufstellung eines Gegenentwurfes geführt hatte. (Centralblatt f. Unt.-Verw. Nov. 1868. S. 648 ff.)

Der neue Entwurf zerfällt in drei Abschnitte mit Schlussbestimmungen.

Der erste Abschnitt (Art. I—X) enthält die allgemeinen Bestimmungen über die Schulunterhaltungspflicht; der zweite (Art. XI—XIV) besondere Bestimmungen über die bestehenden Schulen; der dritte (Art. XV—XVIII) mit Schlussbestimmungen (Art. XIX—XX) ergänzende Bestimmungen über die allgemeine Schulpflicht.

In der öffentlichen (einklassigen) Volksschule soll ertheilt werden:

1. Unterweisung in der Religion einschliesslich der biblischen Geschichte;
2. Anleitung zum richtigen mündlichen und schriftlichen Gebrauch der deutschen Sprache, jedoch unter Berücksichtigung einer etwanigen anderen Muttersprache der Kinder;
3. Unterricht in der Geschichte, Erdbeschreibung und Naturkunde;
4. Uebung des für das bürgerliche Leben erforderlichen elementaren Rechnens, Messens und Zeichnens;
5. Gesangunterricht.

Knaben sollen ausserdem zu Leibesübungen, Mädchen, soweit es Bedürfniss und die erforderlichen Einrichtungen ausführbar, zu Handarbeiten angeleitet werden. (Art. IV §. 1.)

In mehrklassigen Volksschulen unter einem Hauptlehrer soll ein klassenweise aufsteigender umfassender Lehrplan eingeführt werden. (§. 2.) Nach Massgabe des Bedürfnisses und der Gemeinmittel sind mehrklassige Volksschulen mit einem erweiterten Lehrplan unter Leitung eines Rectors zu errichten. In dieser bilden die deutsche Sprache, Geschichte, Erdbeschreibung und Naturkunde selbständige Unterrichtsgegenstände. Es wird darin Unterricht im Zeichnen, Rechnen und der Geometrie nach den Bedürfnissen des gewerblichen Lebens; facultativ auch Unterricht in fremden Sprachen ertheilt. (§. 3.)

Jede Schulklasse soll höchstens achtzig, ausnahmsweise unter zulässiger Trennung der Kinder in zwei zu verschiedenen Tageszeiten zu unterrichtende Abtheilungen (Halbtagsschule) bis zu 120 Kinder enthalten. (§. 8.)

Alle Kinder vom zurückgelegten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre müssen die öffent-

liche Volksschule besuchen, insofern sie nicht sonst gleichen Privatunterricht empfangen oder nicht bei anderweitiger Regelung des Unterrichts wegen Krankheit davon dispensirt werden (Art. XV, XVI). Bei nicht entschuldigten Schulversäumnissen werden die Kinder zwangsweise zur Schule abgeholt; die in der Aufsicht über sie nachlässigen Eltern und Pfleger aber mit Geldbusse bis zu 10 Silber Groschen für den versäumten Schultag oder mit Gefängniss bestraft. (Art. XVII.) Den bestehenden öffentlichen Volksschulen verbleibt ihr confessioneller Charakter. (Art. XII.) Neue Volksschulen sind der Regel nach nur als christliche, evangelische oder katholische, je nach dem Glaubensbekenntniss der Kinder (Art. IV §. 4); beim Unvermögen der Gemeinen oder wegen zu geringer Anzahl der Kinder eines christlichen Glaubensbekenntnisses aber christliche Simultanschulen einzurichten (§. 5). Die Lehrer an diesen Confessionsschulen müssen dem Glaubensbekenntniss der Mehrheit der Kinder angehören (§. 6). Mehr als funfzehn Kinder in einer solchen Schule, die ein verschiedenes Glaubensbekenntniss als das des Lehrers haben, empfangen besonderen Religionsunterricht (§. 7).

Für eine ausreichende Zahl von jüdischen Kindern können jüdische Schulen mit den Rechten öffentlicher Volksschulen errichtet werden (§. 4, Al. 2).

Die Unterhaltung der bisher bestehenden Volksschulen bleibt zu Lasten der gegenwärtig dazu verpflichteten bürgerlichen Gemeinen und selbstständigen Gutsbezirke (Art. XI).

Es kann jedoch amtlich oder auf Antrag der Schulinteressenten, sowie bei Unzulänglichkeit der bisherigen Schuldotations eine neue Regulirung der Schulunterhaltungslast, unter Umständen mit Beibehaltung confessioneller Schulgemeinen eintreten. Dabei bleibt den Schulen ihr bisheriges Vermögen; in der Provinz Preussen mit Berechtigung des Fiscus zur Ablösung der Schulrente mit dem 25fachen Betrage (Art. XIII, XIV).

Die Pflicht zur Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, bestehend in der Errichtung und dem Unterhalt der Gebäude, der Besoldung der Lehrer und der „Befriedigung der sonstigen Bedürfnisse der öffentlichen Volksschulen“ (Art. III) wird den bürgerlichen Gemeinen und den ihnen gleichgestellten selbstständigen Gutsbezirken (Art. I),

bei deren Unvermögen oder zu geringem Umfang, den zu gemeinsamen Schulen vereinigten Schulverbänden auferlegt (Art. II).

Die Schulunterhaltungskosten werden bei den bürgerlichen Gemeinen mit den Communalabgaben (Art. VI), in den selbstständigen Gutsbezirken, unter subsidiarischer Verpflichtung des Gutsherrn für die Hintersassen, nach Verhältniss der im Gutsbezirk zu erhebenden Grund-, Gebäude-, Classen- und classificirten Einkommensteuer (Art. VII) aufgebracht. Von den schulpflichtigen Kindern kann ein zur Gemeinde- oder Schulkasse fliessendes Schulgeld als Beitrag zu den Schul-Unterhaltungskosten erhoben werden (Art. V).

Elementarlehrer in den Städten unter 10,000 Einwohner erhalten freie Wohnung oder Miethsentschädigung und ausserdem wenigstens 200—250 Thlr. jährlich; Rectoren an Bürgerschulen, Wohnung und wenigstens 400—600 Thlr. jährlich.

In Städten über 10,000 Einwohner können diese Emolumente „nach Bedürfniss“ bis auf das Doppelte erhöht werden.

An mehrklassigen Schulen sind die Gehälter der Lehrer nach dem Dienstalder abzustufen, so, dass der Minimalbetrag im Durchschnitt um ein Drittel überstiegen, bezw. der Minimalsatz in dreissigjähriger Dienstzeit durch steigende Alterszulagen verdoppelt wird (Art. IV §. 9).

Elementarlehrer auf dem Lande erhalten ausser freier Wohnung, Feuerungsmaterial oder Geldentschädigung dafür, ein zu ihrem „standesgemässen“ Unterhalt erforderliches, mit den Provinzial-Landtagen zu verabschiedendes Einkommen an Land, Naturalien oder Geld (Art. IV §. 10). Fixirtes Einkommen aus kirchlichen Functionen wird auf das Schuldienst-Einkommen angerechnet (§. 13 das.).

Dies sind die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs über den Elementarunterricht in der öffentlichen Volksschule und den sich daran anschliessenden in der Bürgerschule.

Analyse des
Gesetzentwurfs.

Wir können uns nur damit einverstanden erklären, dass die Regierung nicht, wie beabsichtigt war (Art. 26 der Verfassung), ein Gesetz über das ganze Unterrichtswesen eingebracht hat. Vielmehr ist es gewiss nur zu billigen, dass sie das ganze sehr bedeutende Material theilt, mit der ersten Stufe des Unterrichts — dem Elementarunterricht — anfängt, um künftig in besonderen Gesetzentwürfen zum Secundär-

und höheren wissenschaftlichen Unterricht fortzuschreiten. Die Regelung des gesamten wirthschaftlichen Unterrichts in dieser naturgemässen Dreitheilung wird dann mit Leichtigkeit mittels abgesonderter Gesetze erfolgen können.

Dagegen glauben wir in der vorliegenden Bill über den wissenschaftlichen Primär-Unterricht nicht das zu finden, was wir erwarteten, einen „revised code.“

Der Entwurf bedarf zunächst unseres Dafürhaltens einer Vervollständigung.

Es fehlt darin das Verhältniss der Lehrer zu den Eltern der ihnen anvertrauten Kinder auf privatrechtlichem; zur Gemeinde, zu den staatlichen Aufsichtsbehörden, zur Kirche, auf publicistischem Gebiet.

Ferner mangeln Vorschriften über die eigene Bildung der Lehrer, über ihre Befähigung zur Ertheilung des Primärunterrichts, ihre Enthebung von dem ihnen anvertrauten Amt im Disciplinarwege oder im Wege des gerichtlichen Verfahrens. Wir vermissen endlich mit Rücksicht auf die den Lehrern beizulegende Qualität als Staatsdiener die befriedigende Regulirung der vermögensrechtlichen Ansprüche im ganzen Umfang in Beziehung auf Beiordnung, Stellvertretung, Gehaltserhöhung, Pensionirung, sowie die Ordnung aller Ansprüche ihrer Hinterbliebenen im Falle ihres Ablebens. Mit der Zubilligung einer Pension an dienstunfähige Lehrer bis zum Maximum von 120 Thalern aus den, erforderlichen Falls durch Umlage auf die Schulunterhaltungspflichtigen zu ergänzenden Mitteln der Schulkasse (§§. 8, 9 des Schulpensions-Gesetzesentwurfs (III. Centralblatt für Unterr.-Verw. Nov. 1868 S. 689); der Gewährung eines Sterbequartals an die Hinterbliebenen des Schullehrers (Art. IV §. 16 des Schulgesetzes I, das. S. 650) und der Zahlung von Wittwen- und Waisenpensionen aus selbstbeschafften Beiträgen der Lehrer (Gesetzesentwurf IV, betr. Wittwen- und Waisenkassen der Elementarlehrer, das. S. 699) möchten diese letzteren besonders wichtigen Punkte schwerlich erledigt sein.

Man kann wohl nicht sagen, dass alle bisherigen gesetzlichen Bestimmungen bei den beregten Angelegenheiten in Kraft bleiben sollen, in denen durch die Schulbill und dem Nebengesetze nicht Fürsorge getroffen ist. Was wir erwarten, das ist gerade ein vollständiges, im ganzen Lande gültiges Gesetz über die Elementarschulen. Es müssen

also alle anderen Anordnungen beseitigt werden, die man in einem allgemeinen, ohnehin nur subsidiären Gesetzbuch, dem Allgemeinen Landrecht, antrifft. Noch mehr alle Provinzialgesetze, die nur eine beschränkte Gültigkeit für einen gewissen partikularrechtlichen Bezirk haben. Gewiss aber alle ministeriellen Verordnungen, die nach dem Erlass eines allgemeinen Gesetzes keine Gültigkeit mehr versprechen dürfen. Wir können uns auch nicht mit den Detailbestimmungen des Schulgesetzentwurfs befriedigt erklären. Es ist in ihm dasjenige unseres Erachtens nicht in Ausführung gebracht, was die Verfassung verheisst. Wir glauben ferner, nachweisen zu können, dass er hinter das Allgemeine Landrecht und hinter das General-Landschulreglement vom 12. August 1763 zurückgeht. Die Schule ist in erster Linie ein Mittel zur Erziehung des Menschen. Daraus folgt, dass ihre Wirksamkeit vor allen Dingen dahin gehen muss, den Charakter auszubilden, Jedermann zu dem Beruf vorzubereiten, zu dem er nach seinen Anlagen und Fähigkeiten geschickt ist, ihm die richtige Stelle im Staat anzuweisen, auf der er künftig stehen soll. Dazu sind freilich Kenntnisse nothwendig. Sie sind aber ein blosses Fundament, auf dem weiter gebaut werden soll. Auf Kenntnisse folgt die Erkenntniss; aus der Erkenntniss richtiges Denken und Handeln. Ueber diese Erziehung des Menschen zum Guten schweigt der Entwurf. Er will nur (Artikel IV §§. 1—3) einen Lehrplan für ein- und mehrklassige öffentliche Volksschulen gewähren.

Es tritt jetzt an uns die Lösung der Frage heran:

„L'église dans l'état" oder „l'état dans l'église?"

Kirche
und Schule.

Der preussische Entwurf räumt der Kirche die oberste Stelle im Staate ein. Er stellt die Religion den Kenntnissen und Fertigkeiten des bürgerlichen Lebens voran (Art. IV §. 1). Er macht sogar (Art. IV §. 4) das katholische oder evangelische Glaubensbekenntniss zur leitenden Richtschnur für die künftig zu errichtenden Primärschulen. In allen Punkten (Tit. I Art. IV §§. 4—7, Tit. II Art. XII, Art. XIV §. 3), in der Haltung der Schule, in der Anstellung der Lehrer, in der Unterhaltung der Schule durch besondere Schulgemeinen, ist die christliche Confessionalität vorangestellt. Die Inspection der Elementarschulen verbleibt den Predigern christlichen Bekenntnisses.

Wir halten dafür, dass dieser Standpunkt historisch nicht

richtig ist, wenn wir auch zugestehen, dass er im Allgemeinen Landrecht (II, 12 §. 30) für den vereinzeltten Fall der Existenz verschiedener Confessionsschulen an einem Ort seine Vertretung gefunden hat. Der westphälische Friede, der die Grundlage unseres modernen öffentlichen Rechts in Deutschland bildet, hält die Confessionalität für Schulen und Lehrer nur bei den Universitäten und Gymnasien aufrecht:

„— At Consistoriales, Sacrorum Visitatores, Professores Scholarum et Academiarum Theologiae et Philosophiae, non nisi eidem Religioni addicti sint, quae hoc tempore quolibet in loco publico recepta est.“ (Instrum. Pacis Osnabrug. de anno 1648. (Artikel VII §. 2.)

Man kann das „Scholarum“ am angeführten Ort, ebenso wenig als kurz vorher (§. 1) anders als mit „gelehrten Schulen“ übersetzen. Elementarschulen — gemeine Schulen, waren im Jahre 1648 nur in sehr geringer Anzahl über ganz Deutschland vorhanden.

Sicherlich nicht solche, an denen „Professores“ lehrten. Dergleichen existiren sogar heutzutage nicht. Für den Elementarunterricht ist also die staatliche Leitung die allein historisch berechnete.

Man hat nun kraft des staatlichen Oheraufsichtsrechts in neuerer Zeit die Confessionalität des Unterrichts mit selbstverständlicher Ausnahme der theologischen Facultäten an den Universitäten beseitigt. Aus welchem Grunde soll sie bei der Volksschule beibehalten werden? Der Unterricht kann unmöglich unten confessionell, oben staatlich sein, schon deshalb nicht, weil er ein Ganzes ist.

Unsere Richtung im Elementarunterricht kann auch keine andere sein, als in anderen grossen Culturstaaten.

Wahr ist es, dass in England viele Primärschulen von der Kirche und kirchlich Gesinnten gestiftet sind und unterhalten werden. Die „anglikanische Kirche“ dominirt dann in der Volksschule. Den Gegensatz bilden aber die vom Nationalverein ausgehenden Schulen, in denen die Dissenters und alle Diejenigen an der Spitze stehen, die eben jenes hochkirchliche Schulregiment nicht wollen. Aber es ist festzuhalten, dass alle diese Schulen ein Werk der freien Vereinsthätigkeit sind. Der Staat verhält sich der Regel nach passiv; im Gegensatz zu uns, wo er activ leitend und beaufsichtigend

eingreift. Und wo das Comité des Geheimen Raths für Schul- sachen, das in gewisser Art unser Unterrichts-Ministerium vertritt — Dr. Gneist, englisches Verwaltungsrecht, 2. Ausg. Bd. II §. 56 S. 747 ff. — kraft der Ermächtigung des Parlaments Subventionen für Schulen gewährt, bestimmt es contractlich ohne Rücksicht auf specielle Kirchlichkeit, wie diese Staatsbeihilfen zu Schulzwecken verwendet werden sollen. Für Frankreich ist der Streit zwischen Staat und Kirche seit beinahe zwei Jahrhunderten zu Gunsten des Staats entschieden. Es ist dabei gleichgültig, unter welchen Formen die Regierung augenblicklich geführt wird. Diese unveräusserlichen und unverjährbaren Rechte des Staats sind durch die bekannte „Cleri Gallicani de Ecclesiastica potestate Declaratio“ (Paris Muguet MDCLXXXIII avec Privilège de Sa Majesté) von 1682 für alle Zeiten gewahrt, sanctionirt durch das Edict Ludwigs XIV. vom März 1682, einregistriert beim Parlament zu Paris am 23. März 1682.

Es wird darin wörtlich bestimmt:

I.

„Primum beato Petro ejusque successoribus Christi Vicariis ipsique Ecclesiae rerum spiritualium et ad aeternam salutem pertinentium, non autem civilium ac temporalium, a Deo traditam potestatem — — — Reges ergo et Principes in temporalibus nulli ecclesiasticae potestati Dei ordinatione subjici.“

Dieser denkwürdige Beschluss, unterzeichnet unter dem Präsidium des Erzbischofs Franz von Paris, von allen hohen Würdenträgern der katholischen Kirche, darunter sieben Erzbischöfe und 27 Bischöfe der gallikanischen Kirche, sichert für immer das Recht des Staats, ausschliesslich über die Schule zu verfügen, da diese doch gewiss zu den „rebus civilibus ac temporalibus“ gehört. Man kann versuchen, diesen Fundamentalsatz von der Personalfrage aus zu umgehen und den Unterricht zu clericalisiren. Dies ist unter dem Ministerium Villèle durch die Ernennung eines Geistlichen, des Bischofs von Hermopolis M. de Frayssinons zum Unterrichtsminister, versucht worden. Aber den Grundsatz selbst muss man in seiner Integrität stehen lassen, dass der Unterricht eine weltliche Staatssache ist.

Nicht minder ist in Oesterreich der Grundsatz der allei-

nigen staatlichen Leitung und Beaufsichtigung des weltlichen Unterrichts, sowie der Erziehung in den Volks- und Mittelschulen durch das Gesetz vom 25. Mai 1868 über das Verhältniss der Kirche zur Schule (Oesterr. R.-G.-Bl. 1868 S. 97) endgültig festgestellt. Darin wird bestimmt (§. 1):

„Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die von ihm gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.“

Dies alleinige staatliche Recht der Leitung und Oberaufsicht über die Volksschule hat auch bei uns seit einem Jahrhundert gesetzliche Anerkennung gefunden.

Es manifestirt sich schon im General-Schulreglement vom 12. August 1763. König Friedrich II. sagt im Eingang: Wir haben „zu Unserem höchsten Missfallen selbst wahrgenommen, dass das Schulwesen und die Erziehung auf dem Lande in äussersten Verfall gerathen und insonderheit durch die Unerfahrenheit der mehrsten Küster und Schulmeister die jungen Leute auf den Dörfern in Unwissenheit und Dummheit aufwachsen.

Es soll daher durch eine „vernünftige sowohl als christliche Unterweisung“ der Jugend auf den Schulen der Grund „zur wahren Gottesfurcht und anderen nützlichen Dingen“ gelegt, der „dem Christenthum so höchst schädlichen Unwissenheit“ ein Ende gemacht werden, um in der folgenden Zeit in den Schulen geschicktere und bessere Unterthanen bilden und erziehen zu können“ (N. C. C. 1763 S. 265). Die Aufsicht über die Schulen kann nicht bloss Geistlichen (Superintendens, Praepositus) sondern auch weltlichen Personen „Inspectoribus“ (§§. 3, 13 a. a. O. S. 267, 271) in Uebereinstimmung mit dem späteren Zusatz 216 §. 1 des ostpreussischen Provinzialrechts, S. 143, übertragen werden. Die Erziehung wird so sehr als der hauptsächliche Zweck der Elementarschule vorangestellt — und hierin glauben wir des Königs eigene Hand zu erkennen —, dass der Schulmeister (§. 19, dritte Vormittagsstunde No. 2 S. 276) den Kindern nachsehen soll, wie sie beim Nachhausegehen sich auf dem Wege betragen, „damit sie nicht durch Leichtsinigkeit und Bosheit in den Wind schlagen, was ihnen mit vieler Mühe beigebracht worden.“ Ja, sie sollen am Sonntag zum Schulmeister geschickt werden, „da denn der Schulmeister mit denselben in

Ordnung zur Kirche hinein- und nach völlig geendigtem Gottesdienst ordentlich und stille wieder hinausgeht" (§. 23 S. 279). Also militärische Ordnung und gute Sitten bei Zeiten!

Weiter geht noch das Allgemeine Landrecht, indem dasselbe als Zweck der Elementarschule, einer Staatsanstalt (A. L.-R. II, 12 §. 1) selbst angiebt (§. 46), dass die Kinder daselbst „die „einem vernünftigen Menschen ihres Standes nothwendigen Kenntnisse" fassen sollen." Mit Recht. Die Eltern sind schuldig, — A. L.-R. II, 2 §. 108 — ihre Kinder „zu künftigen brauchbaren Mitgliedern des Staats, in einer nützlichen Wissenschaft, Kunst oder Gewerbe vorzubereiten." Der Vormund aber, der bei Waisen die Stelle der Eltern vertritt (A. L.-R. II, 18 §. 240) wird vor allen Dingen angewiesen (§. 308), für die Erziehung der Pflegebefohlenen zu sorgen, damit sie durch diese — §. 311 — „zu tugendhaften und brauchbaren Bürgern" möglichst ausgebildet werden. Folgerecht kann der Lehrer, der den Vater in der Fürsorge für die Erziehung zeitweilig vertritt, keine andere Aufgabe haben. Eine specielle Confessionalität des Unterrichts in der Elementarschule ist nirgends geboten, wenn sie auch gestattet sein mag. Es kann auch davon nicht die Rede sein, als das Allgemeine Landrecht, das doch einen absolut und persönlich regierten Staat voraussetzt, an keiner Stelle darüber Aufschluss ertheilt, welcher Confession „das Oberhaupt des Staates" angehören solle. Die Verfassung vom 31. Januar 1850 beabsichtigt nun wohl nur, den absolut regierten Staat in einen verfassungsmässigen mit Zustimmung aller Betheiligten umzuwandeln. Sie empfiehlt — Art. 24 — mit Recht bei der Einrichtung der Volksschulen die confessionellen Verhältnisse „möglichst zu berücksichtigen." Das heisst unseres Dafürhaltens nichts weiter, als bei Einrichtung einer solchen Schule diejenigen Rücksichten zu beobachten, die natürlicher Tact und Sitte auferlegen, nicht aber zwangsweise die Schulen zu „evangelischen oder katholischen" zu machen (Art. IV §. 4 des Entwurfes). Die „religiösen Gesellschaften" haben dabei keine weitere Function als „die Leitung des religiösen Unterrichts" (§. 24 Al. 2 der Verfassung).

In Oesterreich ist dies durch die §§. 2—3 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 für alle Primär- und Secundär-Unterrichtsanstalten ausgesprochen. Die Leitung des Religionsunterrichts allein in den Volks- und Mittelschulen bleibt den betreffen-

den Kirchen oder Religionsgesellschaften überlassen. Der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen ist „unabhängig von dem Einflusse jeder Kirche oder Religionsgesellschaft.“ Staats-, Landes- und Gemeineschulen sind allen Staatsbürgern „ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses“ zugänglich (§. 3). Dem entsprechend sind die Lehrämter an diesen Schul- und Erziehungsanstalten „allen“ hiezu gesetzlich befähigten „Staatsbürgern“ gleichmässig zugänglich. Als Religionslehrer werden aber nur diejenigen angestellt, die von der confessionellen Oberbehörde hiezu für befähigt erklärt sind (§. 6.) Der Kirche und den Religionsgesellschaften bleibt überlassen, confessionelle Schul- und Erziehungs-Anstalten mit Unterwerfung unter die Gesetze über das Unterrichtswesen zu gründen (§. 4).

Sollten wir nun Angesichts dieser Thatsachen nicht zu der Ueberzeugung gelangt sein, dass es etwas Höheres giebt als die Confession, nämlich die Religion selbst? Die Religion ist die Substanz, die Confession aber die Form, unter der jene äusserlich dargestellt werden soll. Mit Recht bemerkt daher Schleiermacher (Ueber die Religion, zweite Rede, Bibl. d. D. Nat.-Literatur, Brockhaus, 1868, Band I. S. 49): „Der ganze Umfang der Religion ist ein Unendliches und nicht unter einer einzelnen Form, sondern nur unter den Inbegriff aller zu befassen.“

Die Religion muss alle Verhältnisse des Staates durchdringen. Ihre wahren Diener in allen Confessionen dürfen sich nicht in dessen Leitung einmischen. Sie sollen sich ihm einordnen und damit dem Unterricht eine höhere, sittliche Weihe ertheilen. Niemand hat dies schöner und poetischer ausgedrückt, als Lessing in der klassischen Parabel von den drei Ringen. Er lässt seinen Nathan sagen:

— — „Wohlan!

So eifere jeder seiner unbestochenen
 Von Vorurtheilen freien Liebe nach!
 Es strebe nun auch jeder um die Wette
 Die Kraft des Steins in seinem Ringe an Tag
 Zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmuth,
 Mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohlthun,
 Mit innigster Ergebenheit in Gott,
 Zu Hülfe! —”

(Dritter Aufzug, Siebenter Auftritt.)

Sprüche, wie dieser, voll ewiger Wahrheit, im Herzen Deutschlands vor bald einem Jahrhundert (1772) ausgesprochen, sollten wohl geeignet sein, irgendwo in der Welt zur praktischen Einführung und Bethätigung in der Volksschule einzuladen. Wir finden sie in der That als Normen für die Volksschule in den vereinigten Staaten von Nordamerika befolgt.

Niemand wird leugnen, der das geistige Wesen dieser Staaten zu erforschen bemüht war, dass dort strenge Religiosität bei äusserster Vermeidung jedes Anstosses vorherrscht, der aus der Confessionalität der Kinder entnommen werden könnte. Ein mit den dortigen Zuständen genau vertrauter Kenner, Eduard Laboulaye, bemerkt darüber dialogisirend in seinem trefflichen Werke: „Paris en Amerique“ (chap. XXVII, l'école, p. 306; 20ème Édit. Paris, 1868):

— „Et naturellement, dis-je, chaque communion vent y dominer? Non, reprit-il, ceci vous étonnera peut-être, nulle influence d'Église n'entre dans ces murs. Chaque leçon commence par l'Oraison dominicale et une leçon de la Bible; mais nulle réflexion l'accompagne. L'enseignement est chrétien par l'esprit de nos maîtres; il n'est ni protestant, ni catholique. Ici nous donnons à nos enfants les moyens de chercher la vérité, nous les armons contre l'ignorance, nous les préparons à combattre le bon combat; quant à l'enseignement dogmatique, c'est à l'Église et aux écoles du dimanche qu'il est réservé. C'est ainsi que nous évitons de troubler ces jeunes consciences et que cependant nous habituons nos enfants à se considérer tous comme Frères en Christ.”

Zwölf Thesen.
Thesen I—V.
Allgemeine
Grundsätze über
öffentliche
Volksschulen
und Lehrer.

Wir erlauben uns nun, unsere Ansichten über die Volksschule und ihr Verhältniss zur Kirche in folgenden Sätzen zusammenzufassen.

I. Oeffentliche Volksschulen und Bürgerschulen sind Staatsanstalten zur Erziehung im allgemeinen religiösen Sinne der zu ihrem Besuch verpflichteten Kinder von dem zurückgelegten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre.

- II. Ihre äusseren und inneren Angelegenheiten werden von den Ortsgemeinen, in denen sie sich befinden, unter staatlicher Aufsicht geleitet.
- III. Den wissenschaftlichen Unterricht ertheilen in ihnen staatlich geprüfte Lehrer. Surrogate des staatlichen Fähigkeitszeugnisses zur Ertheilung des Unterrichts sind unzulässig. Den confessionell-religiösen empfangen die Kinder durch die Religionsgesellschaften ihres Glaubens.
- IV. Als Religionslehrer dürfen in jenen Schulen nur die von den religiösen Gesellschaften dazu Berufenen angestellt werden.

Zur Bekleidung jedes anderen Lehramts ist jeder dazu gesetzlich befähigte Staatsbürger berechtigt. Alle Lehrer an den bezeichneten Schulen geniessen die Rechte mittelbarer Staatsdiener.

- V. Bei Regelung ihrer ökonomischen Verhältnisse kommt eine Besoldung für kirchliche Functionen nicht in Betracht.

Was die Anzahl der in den Volks- und Bürgerschulen zu gebenden Wochenstunden von einem Lehrer anbelangt, so ist die Zahl von dreissig Stunden wöchentlich (§. 14 des früheren Entwurfs) das Höchste, was von einem Mann gefordert werden kann. Wir würden aber in Anschluss an die Ansichten eines bewährten Pädagogen (Seyffarth, die Stadtschulen, Berlin 1867 S. 37 ff.) die einklassige Elementarschule theilen, davon ausgehend, dass in ihr Kinder zusammengehalten werden, die nicht zu einander passen, weil die einen ganz ungebildet eintreten, die anderen schon einen Anfang in den Grundkenntnissen gemacht haben. Daher möchten wir das zurückgelegte zehnte Lebensjahr als diejenige Altersstufe bezeichnen, nach welcher die Kinder in jeder Primärschule in zwei Klassen zu setzen sind. Innerhalb dieser Schulordnung kann füglich das Princip der Halbtagschule als das maassgebende angenommen werden, wenn man erwägt, dass der Lehrer acht volle Jahre zur Mittheilung nur elementarer Kenntnisse vor sich hat: dass ferner die Gesundheit der Kinder in erster Linie, in zweiter die Hülfeleistung für ihre Eltern unumgänglich zu berücksichtigen ist. Dieser Grundsatz hat bisher ausnahmsweise in den Sommerschulen (Gen.-Landschul-Reglement vom 12. August 1763 §. 4. N. CC. 1763

Klassen
und
Unterrichts-
stunden.

S. 267. A. L.-R. II. 12 §. 45. Art. IV No. 8 der Schulbill II. Centralbl. für Unterr.-Verw. 1868. S. 648) Berücksichtigung gefunden. Jetzt soll nach der Gewerbegesetzgebung des Norddeutschen Bundes die Schulzeit für die in den Fabriken beschäftigten Kinder auf drei Stunden täglich herabgesetzt werden. Das nämliche Recht kann daher jedem Arbeiter für seine Kinder nicht versagt werden. Dieselbe Forderung hat schon Dr. Martin Luther vor mehr als dreihundert Jahren aufgestellt. Er äussert:

„Meine Meinung ist, dass man die Knaben des Tages eine Stunde oder zwei lasse zu solcher Schule gehen und nichtsdestoweniger die andere Zeit im Hause schaffen, Handwerk lernen und wozu man sie haben will, dass beides mit einander gehe, weil das Volk jung ist und gewarten kann.“

(An die Rathsherren aller Städte deutschen Landes, Wittenberg 1524.)

Wir würden desshalb alle schulpflichtigen Kinder in den Elementarschulen in zwei Klassen scheiden und den Kindern vom zurückgelegten sechsten bis zum vollendeten zehnten Jahre zwölf,
vom zurückgelegten zehnten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre achtzehn
Stunden wöchentlich Unterricht ertheilen lassen.

Diese wöchentlichen Stunden, zusammen dreissig, möchten in der Art zu geben sein, dass der Lehrer zuerst die älteren, dann die jüngeren, nur an den Vormittagen unterrichtet, damit ihm der Nachmittag zu seinen eigenen Geschäften und zu seiner Erholung frei bleibt.

Will eine Gemeinde zwei Lehrer, einen Haupt- und einen Hilfslehrer, für diese besonderen Klassen anstellen, so kann eine solche Bethätigung des guten Sinnes für die Volksschule nur mit Dank angenommen werden.

Thesen VI, VII.

Hiernach gelangen wir ferner zu den Sätzen:

VI. Kein Lehrer ist verpflichtet, in den öffentlichen Volks- und Elementarschulen mehr als dreissig Stunden wöchentlich und zu einer andern Zeit als am Vormittag, zu geben.

VII. In diesen Schulen erhalten die Kinder Unterricht an den Wochentagen:

bis zum zurückgelegten zehnten Lebensjahre in je
zwei,
von da ab bis zum vollendeten vierzehnten Lebens-
jahre in je drei

Vormittagsstunden.

Wohl unzweifelhaft ist die ökonomische Auseinandersetzung der Schule mit der Kirche und die Begründung der Selbstständigkeit der ersteren (Abschnitte I und II des Entwurfs) zu den schwierigsten Problemen in der Veranlagung, sowie in der Ausführung zu zählen.

Auseinander-
setzung im
Vermögen
zwischen Kirche
und Schule.

Eine solche Auseinandersetzung im Vermögen ist zunächst unerlässlich. Es mag richtig sein, dass die Schule in den Zeiten, in denen das Bewusstsein von der staatlichen Hoheit über alle im Staate nebeneinanderstehenden Institute noch nicht zur vollen Klarheit gekommen war, als „pars et sequela Ecclesiae“ angesehen ist, gerade wie das Römische Pupillartestament (§. 5 Just. de pupill. substit. II. XVI) eine „pars et sequela paterni testamenti“ ist. Diese Zeiten sind für immer vorüber. Die Schule verlangt mit Recht als eine Staatsanstalt ihr Ausscheiden aus dem kirchlichen Verbande, indem sie in ihr der Kirche das lässt, was ihr gehört: den confessionellen Religionsunterricht, aber auch nichts weiter.

Mit der Betrachtung:

„dass Preussen ein paritätischer Staat und demgemäss die Schulen katholische oder evangelische sein sollen,“ kann diese Scheidung nicht aufgehalten werden. Einmal ist dies der Standpunkt blosser kirchlicher Toleranz, wie er dem achtzehnten Jahrhundert geläufig war. Im neunzehnten stehen wir verfassungsmässig (Art. 12 der Verf. vom 31. Jan. 1850) auf dem der staatlichen Gleichberechtigung aller Religionsgesellschaften. Jener sogenannte paritätische Standpunkt für zwei freilich sehr wichtige Religionsgesellschaften enthält in seiner Substanz nichts weiter als die Vertheilung einer absoluten kirchlichen Gewalt unter zwei hervorragende Religionsgesellschaften. Eine historische Parallele findet sich auf weltlichem Gebiet bei der Theilung der königlichen Gewalt im alten Rom unter zwei patricische Consuln nach dem Sturze des Tarquinius Superbus. Wie das ganze Volk in Rom durch diese Vertheilung der obersten Gewalt unter zwei nicht aus ihm hervorgegangenen Magistrate nichts gewonnen, so bleibt die grosse Anzahl der nicht unirten Reformirten und

alle Dissenters von dem durch die Verfassung erlangten Rechtsbesitz ausgeschlossen, so lange das sogenannte kirchliche Paritätsprincip auch bei weltlichen Einrichtungen, wie die Schule, an die Spitze gestellt wird.

Jene angestrebte Auseinandersetzung — eine *actio communi dividendo* auf kirchlich-socialen Gebiet — wird auch die gute Folge äussern, dass Streitigkeiten unangenehmer Art künftig nicht weiter vorkommen, wie sie bei der gleichzeitigen Benutzung von Gebäuden zu kirchlichen und Schulzwecken, sowie von persönlichen Diensten der Lehrer als Kirchenbeamte nicht selten zur richterlichen Entscheidung gediehen sind.

Es wird sich auch, wie wir hoffen, diese Auseinandersetzung nach einfacheren Grundsätzen und auf friedlichem Wege vollziehen lassen.

Die im Entwurf angedeuteten Grundsätze (Abschnitt I. Art. IV §§. 10—13. Art. VI—IX) scheinen uns theils zu complicirt zu sein, theils gewisse Klassen von Schulpflichtigen zu überlasten, die nach unserer Meinung einen wohlbegründeten, jetzt endlich zu realisirenden Anspruch auf Enthebung von einer schwer zu tragenden Bürde haben.

Man muss nur daran festhalten, dass wir Alle reformiren wollen. Wir können also nur über die Mittel und Wege auseinandergehen, auf denen dies gemeinsame Ziel mit Beobachtung der möglichsten Schonung und Billigkeit gegen sämtliche Betheiligte zu erreichen ist.

Schulgemeinen.

Die Grundanschauung des Allgemeinen Landrechts (II. 12 §. 28), dass alle Hausväter zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschule an ihrem Wohnsitz verpflichtet sind, scheint uns die beste Basis für die Bestimmung des Kreises der Verpflichteten zu sein. Die Unterhaltung dieser Schule ist also zunächst eine Gemeinelast. Wenn die Mittel der Gemeinde zur Erreichung dieses Zwecks nicht ausreichen, wird die erforderliche Aushilfe in aufsteigender Stufenfolge nach der politischen Eintheilung des Landes gesucht werden müssen. Subsidiarisch würden hienach der Kreis und die Provinz für die Schulbedürfnisse verhaftet sein. Dagegen wird es der Heranziehung des Staates als des Letztverpflichteten, in dieser Reihe kaum bedürfen, weil schwerlich eine Provinz des preussischen Staates so arm ist, dass sie die Unterhaltung ihrer Elementar- und Bürgerschulen nicht aus eigenen Mitteln besorgen könnte.

Es möchte sich nur darum handeln, auf den Provinzialbudgets Ausgaben zu beschränken, die nicht so nothwendig sind, als dieses geistige tägliche Brod, oder, wenn die Provinzialausgaben in der That das Maass des unumgänglich Erforderlichen bisher nicht überschritten haben sollten, durch angemessene und billig vertheilte Steuerzuschläge dem nie hintanzuhaltenden Bedürfniss nach einem möglichst umfassenden Elementarunterricht ein Genüge zu verschaffen.

Eine umsichtige, aber feste Handhabung des so wichtigen ständischen Rechts der Itio in partes schon auf den Kreistagen jetziger Verfassung möchte genügen, um dasjenige in die Kategorie blosser Wünsche zurückzustellen, was gegenwärtig gar oft und gerade von minder Besteuerungsfähigen als ein unabweisliches Postulat zur augenblicklichen Erfüllung in den Vordergrund gerückt wird.

Unter Denen aber, die auf eine Entlastung unseres Erachtens gegründeten Anspruch haben, glauben wir die Rittergutsbesitzer besonders der östlichen Provinzen in erster Reihe nennen zu dürfen. Erbliche Dynasten auf ihren Hufen bis zur Emancipationsacte vom 9. October 1807, sind sie durch eine im Geiste der Zeit fortschreitende Gesetzgebung fast aller politischen und vermögensrechtlichen Privilegien entkleidet worden. Was ihnen geblieben, das sind die Lasten, die mit jenen aufgehobenen Privilegien correspondirten. Die sociale Grundlage für die Tragung jener Lasten, ein entsprechender Vermögensbesitz ist im Grossen und Ganzen bei ihnen nicht vorhanden, weil die Mittel zur Bestreitung dieses Aufwandes nicht in gleichem Maasse mit den gesteigerten Anforderungen der Zeit gewachsen sind. Jeder Vorurtheilsfreie wird daher dem Wunsch beipflichten, dass ihr Beitrag zu den Schullasten auf das richtige, den Vermögensverhältnissen entsprechende Maass zurückgeführt wird.

Entlastung
der
Grundbesitzer.

Wir halten bei dieser Sachlage für gerechtfertigt, dass das Schulpatronat aufgehoben wird.

In Oesterreich ist dies schon vor einem Jahrzehnt geschehen. Für das Kirchenpatronat ist die gesetzliche Aufhebung bei uns durch Art. 17 der Verfassung zugesagt. Es ist nur eine logische Consequenz, dass das Schulpatronat gleichfalls beseitigt wird, das nichts weiter als eine Nachbildung des kirchlichen Patronats darstellt.

Ablösung
der Reallasten
und
Abgaben.

Selbstverständlich beabsichtigen wir nicht, bloss negative Resultate herbeizuführen, die freilich von dem grössten Theile der Verpflichteten mit Dank angenommen, die berechtigten Institute aber erheblich schädigen würden. Unser Weg ist aber der einer allmählig fortschreitenden Besserung unserer Zustände. Er findet sich im Entwurf zum Schulgesetz selbst angezeigt. Darin wird vorgeschlagen (Art. XIV §. 1), dass Fiscus die den Lehrern in Ostpreussen anstatt des kulmischen Schulmorgens zu zahlende Geldrente mit dem fünfundzwanzigfachen Betrage abzulösen befugt sein solle. Warum Fiscus allein? Warum nur diese Geldrente? Warum mit dem fünfundzwanzigfachen Betrage? Es erscheint räthlich, das Princip zu generalisiren, allen Grundbesitzern anstatt der längst als unhaltbar erkannten Naturalleistungen, die Wohthat der Ablösung der mit jedem Jahre vermöge der Steigerung aller Preise schwerer drückenden Last zu gewähren. Mit dem bezeichneten Ablösungsfuss würde man auf die primitiven Verhältnisse des Jahres 1811 zurückgreifen, bei welchen ein vierprozentiger Zinsfuss damals der richtige sein mochte (Landescultur-Edict vom 14. September 1811, §. 2a., G.-S. 1811 S. 302).

Es würde vielmehr unseres Dafürhaltens zweckmässig sein, wenn nach dem Vorbilde mehrerer süddeutschen Staaten, wie Würtemberg und Baden, auch bei uns ein Complexlasten-Gesetz erginge, das die Ablösung aller Schullasten mitbestimme. Die zu ermittelnde Jahresrente könnte dann von den Verpflichteten durch Baarzahlung des zwanzigfachen Betrages, wenn man die betheiligten Institute den Privaten gegenüber — §. 64 des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 — etwas begünstigen wollte, oder durch Rentenbriefe mittels der wieder zu eröffnenden Rentenbanken abgelöst werden, und zwar im letzteren Falle ohne Unterschied, ob Fiscus oder ein Privatgrundbesitzer der Verpflichtete ist. Das im §. 65 des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 ertheilte Versprechen einer Vorlage über die definitive Ablösung auch der den Schulen zustehenden Realabgaben harrt noch seiner Erfüllung. Das Gesetz vom 15. April 1857 — Gesetzsammlung 1857, S. 363 ff. — enthält eine solche nicht, theils weil es gerade die wichtigsten Leistungen in Körnern und Brennmaterial ausschliesst (§. 2); im Wesentlichen nur Umwandlungen in veränderliche Roggenrenten mit Entrichtung nach den Markt-

preisen gestattet (§. 3) und unter gewissen Umständen (§. 6) sogar eine Ablösung mit dem $33\frac{1}{3}$ fachen Jahresbetrage bestimmt. In Oesterreich sind diese Verhältnisse seit dem Jahre 1848 zur Zufriedenheit aller Betheiligten vollständig und definitiv geordnet. Kaum bedarf es einer Befürwortung, dass diese grosse sociale Massregel zwangsweise vorgenommen werden möchte, damit der vielen, sonst zweckmässigen Culturgesetzen beiwohnende Mangel einer nur facultativen Lösung überlebter Verhältnisse vermieden wird. Es scheint uns nicht thunlich, verfassungsmässig zu regieren und feudale Wirthschaftsverhältnisse beizubehalten.

Gewiss dürfen wir aber hoffen, dass die im Artikel VII, No. 16 des Entwurfs proponirte Anordnung:

dass der Gutsherr für die Schulbeiträge der Bewohner des Gutsbezirks, vorbehaltlich des Regresses an die Verpflichteten, haften solle,

eliminiert wird. Diese mit dem Feudalismus zusammenhängende (A. L.-R. II, 7. §§. 125—127, 130. Tocqueville l'ancien régime et la révol. 4ème Éd. chap. II, p. 80) aus dem §. 33 II, 12. A. L.-R. übernommene, bei der Insolvenz der eigentlich Verpflichteten eine Aussicht auf Ersatz nicht gewährende Bestimmung hat wohl keinen Anspruch mehr auf Beibehaltung. Seit dem Martinitage 1810 existiren in Preussen keine von ihren Gutsherren zu vertretende „Unterthanen“ mehr. Den freien Lohnarbeitern von ihrem Arbeitgeber in dieser Weise eine Zubusse auf dessen Kosten zu gewähren, möchte sich mit der Billigkeit schwer vereinigen lassen. Die Erwägung: „dass der Gutsherr bei der subsidiarischen Verhaftung für seine Leute die Vortheile der Schule indirekt mitgeniesse“ (Motive S. 662)

scheint uns unzutreffend. Die Kinder der Tagelöhner treten erfahrungsmässig sehr häufig ausserhalb des Guts in Dienst, sobald sie freien Schulunterricht auf Kosten des Gutsherrn erhalten haben. Der Spruch:

„Sic vos, non vobis, mellificatis apes“

würde also auch hier zur praktischen Geltung gelangen.

Der Kreis der Verpflichteten zu den Schullasten wird hiernach einfach durch alle Hausväter in der Gemeinde gebildet, in der die öffentliche Volksschule sich befindet. Innerhalb dieses Kreises dürften die Mittel zur Unterhaltung derselben ohne Unterschied, ob zu realen oder personalen Zwecken,

Schulsteuern
und Zuschüsse.

am einfachsten durch eine Schulsteuer nach Verhältniss des Vermögens der Contribuenten aufgebracht werden, insoweit als die Schulen nicht schon eigenes Vermögen besitzen, oder ihnen dieses durch die Ablösung der Reallasten und Abgaben verschafft werden kann.

Wenn in den betreffenden Schulbezirken bereits eine Gemeinesteuer besteht, so erscheint es zulässig, den Bedarf durch Zuschläge zu derselben zu erzielen. Ein Anschluss an die Gemeinesteuer für bestimmte Zwecke findet sich in der Englischen Poor-rate präfigurirt.

Der Gedanke einer solchen „Schulsteuer“ ist nicht neu. Er findet eine zutreffende Analogie in dem vor Jahrhunderten in der Pommerschen Kirchenordnung zum Bau der geistlichen Gebäude in Aussicht genommenen „Kirchenschoss“ (§. 62 des Provinzialrechts für Alt-, Vor- und Hinterpommern — zu A. L.-R. II, 11. §. 714, S. 139). Es ist dies nichts anderes als eine zu speziellen Zwecken bestimmte Einkommensteuer.

Mit dieser Spezialsteuer dürften sich die gewöhnlichen Bedürfnisse der öffentlichen Volksschule befriedigen lassen, gleichviel, in welcher Form sie erhoben werden und zu welchen besonders geschiedenen Zwecken, ob zu realen oder personalen, sie zu verwenden ist. Der reale Theil der Schulkosten zerfällt freilich in die Immobiliarkosten: die Unterhaltung des Schulgebäudes und der Lehrerwohnung, und in die Mobiliarkosten: den Feuerungsbedarf, die Mobiliarausstattung der Schule, den Lehrapparat. Dem personalen Theil der Schulausgaben fällt hauptsächlich die Besoldung des Lehrers anheim. Es dürfte sich nicht empfehlen, auf so zusammengesetzte Maassstäbe, wie die im Art. VII der Schulbill bezeichneten Zuschläge zu Staatssteuern, der Grund- und Gebäudesteuer, der Classen- und classificirten Einkommensteuer zurückzugreifen, zumal da die Erfahrung in Frankreich gelehrt hat, dass die „centimes additionels“ zu den quatre contributions directes für Schulzwecke kein befriedigendes Resultat ergeben haben.

Zu ausserordentlichen, aber in gewissen Zeiträumen wiederkehrenden Bedürfnissen, namentlich zu Schulbauten, müssen freilich besondere Hülfsmittel herangezogen werden. Es empfiehlt sich hier ausser der Bereitstellung von Capital in dem angegebenen Wege, darauf Bedacht zu nehmen, dass die Schulgebäude möglichst nach einem Plane und fabrikmässig gebaut werden. Dies System hat den Vortheil, dass

man von allen Zufälligkeiten eines Baues und willkürlichen Preissteigerungen der Bauhandwerker unabhängig wird.

Danach lässt sich zum Voraus in einer unveränderlichen Ziffer berechnen, was beispielsweise ein Schulgebäude einschliesslich der Lehrerwohnung für eine einklassige Elementarschule auf dem Lande kostet. In dieser Weise bestehen seit längerer Zeit in England Kirchenbaugesellschaften, die für einen festen Preis Kirchen nach einem gewissen Normalplan herstellen. Durch ähnliche Veranstaltungen hat Schottland viele Hunderte von Elementarschulen erhalten und zwar zu verhältnissmässig billigen Preisen, da die dort functionirenden Landbanken für solche gemeinnützige Zwecke Vorschüsse zu billigen Zinsen und mit Abtragung des dargeliehenen Capitals in angemessenen Amortisationsraten bereitwillig hergeben.

Wenn es im Einzelfalle nicht möglich sein sollte, in der Localschulgemeine die erforderlichen Fonds zu Schulzwecken zu beschaffen, so würde der Kreis, in letzter Instanz die Provinz zur Deckung der Fehlsomme heranzuziehen sein. Es erscheint wünschenswerth, dass die Provinzen sich selbst einen Provinzial-Schulfonds bilden, wie in der Kurmark ein solcher unseres Wissens in Vereinigung mit dem Kirchenfonds bereits besteht. Dies kann umsoweniger schwierig sein, wenn zu den Provinzial-Chausséegeldern ein mässiger Aufschlag ausgeschrieben wird. Vor Kurzem ist in Ostpreussen der erwägungswerthe Vorschlag gemacht, einen Provinzialfonds — in gewisser Art einen Provinzialschatz — dadurch zu bilden, dass jeder grössere Grundbesitzer jährlich einen Thaler dazu einzahlt, zunächst um die Wiederkehr so ungewöhnlicher Nothstände, wie im Winter 1867—1868, zu beseitigen und nicht aufs Neue die mit herzlichster Bereitwilligkeit von Arm und Reich gespendeten Liebesgaben von ganz Deutschland in Anspruch zu nehmen. Der Gedanke lässt sich auch für die Volksschule utilisiren. Wenn jeder Grundbesitzer auf dem Lande auch nur einen Pfennig jährlich für jeden Morgen und jeder städtische Hausbesitzer ebensoviel für jeden nutzbaren Raum spendet, so kann durch diese Selbstbesteuerung in nicht langer Zeit ein beträchtlicher General-Schulfonds gesammelt werden.

Wir wollen die allgemeine Aufmerksamkeit für einen Augenblick auf die Besoldungen der Lehrer — Art. IV, §§. 9 ff. des Entwurfs — lenken.

Lehrer-
besoldungen.

Es scheint uns in hohem Maasse dankenswerth zu sein, dass die Normalbesoldung der Elementarlehrer auf dem Lande nur im Einvernehmen mit den Provinzial-Landtagen festgestellt werden soll.

Vielleicht dürfte es zweckentsprechender sein, die in den Provinzial-Landtagen arbitrirten Ziffern zuerst und vorweg an den Landtag der Monarchie zu bringen, damit man ersieht, wieviel jeder Lehrer an den Landschulen in runden Summen künftig erhalten soll. Der Entwurf bietet so lange eine Lücke dar, als die Ziffer des Einkommens der Landlehrer nicht wie bei den städtischen (Art. IV, §§. 9—10), in einem bestimmten Geldbetrage angegeben ist. Es erscheint das um so nöthiger, als sich nur in dieser Weise die Summe fixiren lässt, mit welcher der Schulfonds an den Pauschquanten participirt, die künftig nach dem Vorgange des Hannöverschen Provinzialfonds von jährlich 500,000 Thalern für jede einzelne Provinz auf den Etat gebracht werden sollen.

Schulgeld.

Bei den Besoldungen der Lehrer soll ferner nicht gestattet werden, dass ihnen ausser derselben noch ein Schulgeld für jedes von ihnen zu unterrichtende Kind bezahlt wird. Im Gegentheil wird das Schulgeld zur Gemeinde- oder Schulkasse gezogen (Art. V der Schulbill) und der Lehrer durch seine fixirte Besoldung abgefunden.

Wir nehmen keinen Anstand, nach der entgegengesetzten Seite uns hinzuneigen und demgemäss den Wunsch auszusprechen:

— dass kein preussischer Elementarlehrer ein Kind unentgeltlich unterrichten solle. —

Alle Elementarlehrer leben in einer *honesta paupertas*. Sie sind daher nicht verpflichtet, zu Armensteuern in irgend welcher Form beizutragen. Schleiermacher vertheidigt vor sechszig Jahren (Gelegentliche Gedanken über Universitäten, Berlin 1808, Abschn. 3 S. 86) wie nach ihm Savigny (Vermischte Schriften Bd. 4 S. 205, Recension) die Beibehaltung der Collegienhonorare bei den Universitätslehrern, weil sie das Gefühl ihrer Abhängigkeit vom Staat verringerten. Mit um so grösserem Recht kann dann der Schullehrer sein Schulgeld fordern, bei dem die Abhängigkeit von einer kleinen Commune, wohl gar von einer einzelnen Person darin, um so drückender sich äussern würde. Auch die Betrachtung würde zu berücksichtigen sein, dass in Mecklenburg jeder Advokat

für die Vertheidigung eines unvermögenden Angeschuldigten einen Dukaten aus der öffentlichen Kasse erhält. Um so vielmehr ist der Lehrer seines Lohnes werth, der durch seine Mühe im Unterricht der Jugend verhindert, dass sich die Angeklagtenbank aus seinen ehemaligen Zöglingen rekrutirt.

Wir halten also dafür, dass dem Lehrer von allen zahlungsfähigen Eltern ein Schulgeld entrichtet, für die nicht vermögenden aber ein solches, etwa mindestens ein Thaler jährlich, aus öffentlichen Mitteln gewährt werden sollte. —

Eine dauernde Besserung des Looses der Lehrer in der öffentlichen Volksschule wird sich nur dann bewirken lassen, wenn alle Elementar- und Bürgerschulen in einer Provinz zu einem Schulkörper vereinigt und die Besoldungen darin nach Lustren stufenweise erhöht werden.

Durch eine ähnliche, bei den Kreisgerichten unter der Herrschaft der Verordnung vom 2. Januar 1849 zu allgemeiner Zufriedenheit eingeführte, jetzt nur bei den städtischen Lehrern — Art. IV, §. 9 der Schulbill — partiell in Aussicht gestellte Anordnung ermöglicht sich, dass das nicht ungerechtfertigte Streben nach pecuniär besser dotirten Stellen vermieden und die Lehrer auf den Stellen erhalten werden, auf denen sie wegen ihrer Bekanntschaft mit den örtlichen Verhältnissen am segensreichsten wirken können.

Alle neu zu errichtenden Schulen würden in diesen Schulkörper einzureihen sein. —

Wir schliessen unsere Betrachtungen über den Gesetzesentwurf mit folgenden Sätzen:

Thesen
VIII—XII.

VIII. Es findet eine Auseinandersetzung zwischen Kirchen und Schulen in ihren Vermögensverhältnissen Statt.

Jeder von ihnen wird das für ihre Zwecke bestimmte Vermögen zugetheilt.

IX. Alle Reallasten und Abgaben für Schulzwecke werden in feste Geldrenten umgewandelt. Die Pflichtigen haben diese Geldrenten mit dem zwanzigfachen Baarbetrage der Jahresrenten oder durch Rentenbriefe mit Vermittelung der Provinzial-Rentenbanken nach ihrer Wahl abzulösen.

Die Ablösungs-Capitalien werden den berechtigten Schulsystemen zur ordnungsmässigen Verwaltung und Verfügung überwiesen.

- X. Alle sachlichen und persönlichen Schulbedürfnisse werden von den zur Unterhaltung der Schulen verpflichteten Hausvätern in den Schulgemeinen durch eine Schulsteuer nach Verhältniss ihres Einkommens insoweit aufgebracht, als sie nicht aus den Zinsen des Vermögens jener Institute getragen werden können.

Die nicht beizutreibenden Fehlsummen werden von den Kreisen und bei deren Unvermögen von den betreffenden Provinzen beigesteuert, in denen sich die zu unterhaltenden Schulen befinden.

- XI. Alle öffentlichen Volks- und Bürgerschulen einer Provinz bilden einen Gesamtschulkörper. Die an ihnen wirkenden Lehrer erhalten eine auskömmliche Besoldung.

Diese beginnt mit einem genügenden Minimum und steigt in fünfjährigen Perioden seit der ersten Anstellung bis zu einem bestimmten Maximum.

Die Höhe der Lehrerbessoldungen innerhalb der einzelnen Klassen verabschiedet die Staatsregierung mit den betreffenden Provinzial-Landtagen.

Der endgültig festgestellte Normaltarif wird öffentlich bekannt gemacht.

- XII. Ausser dieser Besoldung zahlen vermögende Eltern schulpflichtiger Kinder an die Lehrer ein provinzenweise zu regelndes Schulgeld.

Für jedes unterrichtete Kind unvernögender Eltern erhalten die Lehrer jährlich ein Schulgeld von einem Thaler aus der Schulgemeinkasse, bei deren Unzulänglichkeit aus der Kreis- beziehungsweise der Provinzial-Schulkasse. —

Abschluss.

Nachdem wir nun die Volksschule in ihren inneren und äusseren Verhältnissen durchgegangen sind, fügen wir nach officiellen Quellen eine Uebersicht ihres Bestandes und ihrer Leistungen in den altpreussischen Provinzen bei.

Es waren vorhanden:

I. **Ende 1861** (Thilo, Volksschulwesen, 2. Abdruck 1867, S. 291, 295): 24,763 öffentliche Volksschulen mit 36,783 Classen, 35,372 Lehrern und Lehrerinnen und — bei einer Bevölkerung von 18½ Millionen — mit 2,875,856 Kindern beider Geschlechter.

An Gehältern für Elementar-Lehrer und Lehrerinnen wurden jährlich aufgebracht (Seite 297 — 298 daselbst) 7,449,224 Thlr.

Davon kamen auf:

- a) durch Schulgeld: 2,320,968 Thlr. = 31,16 pCt.,
- b) durch Gemeineleistungen: 4,799,958 Thlr. = 64,44 pCt.,
- c) aus Staatsfonds: 328,298 Thlr. = 4,40 pCt.

Der Durchschnittsgehalt eines städtischen Elementarlehrers betrug jährlich 281 Thlr., der eines ländlichen 181 Thlr.

II. Ende 1864 (Statist. Nachrichten über das Elementar-Schulwesen in Preussen vom Ministerium für Unterrichts-Angelegenheiten, Berlin 1867, S. VII—XVI): 25,120 öffentliche Volksschulen mit 38,053 Klassen, 36,819 Lehrern und Lehrerinnen, sowie mit 2,938,679 Kindern beider Geschlechter bei einer Bevölkerung von 19¼ Millionen.

An Gehältern für diese Lehrkräfte wurden jährlich aufgebracht incl. der auf Thaler reducirten Gulden:

8,073,493 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Davon kamen auf:

- a) durch Schulgeld: 2,518,228 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. = 31,2 pCt.,
- b) durch Gemeindebeisteuern: 5,253,737 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. = 65,1 pCt.,
- c) aus Staatsfonds: 301,694 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. = 3,7 pCt.

Der Durchschnittsgehalt eines städtischen Elementarlehrers betrug jährlich 294 Thlr., der eines ländlichen 185 Thlr. (S. XIII).

Im preussischen Budgetgesetz vom 24. Februar 1868 (Ausgaben, Tit. VIII, Unterrichts-Ministerium, „Elementar-Unterrichtswesen“ Pos. 23, G.-S. 1868. S. 134) sind für Elementarschulen auf den Etat von 1868 gebracht:

725,109 Thaler, davon künftig wegfallend:

86,990 Thaler.

Die Stadt Berlin, musterhaft bestrebt, ihr Elementar-Unterrichtswesen zu vervollkommen, hat unterhalten:

1. im Jahre 1866:

- a) Civilbevölkerung: 609,243 Seelen,
- b) Classen in öffentlichen Mittel- und Elementar-Schulen: 44,
- c) Lehrer und Lehrerinnen: 468,
- d) Kinder beider Geschlechter: 21,906;

2. im Jahre 1867:

- a) Gesamtbevölkerung: nach neuerer Zählung, incl. Militär- und Strombevölkerung und des diplomatischen Corps: 702,437 Seelen,
- b) Classen in öffentlichen Mittel- und Elementar-Schulen: 46,
- c) Lehrer und Lehrerinnen: 454,
- d) Kinder beider Geschlechter: 26,160.

(Dr. Schwabe, Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender pro 1867, S. 245, 287; pro 1868, S. 185, 251.)

Wir hegen die zuversichtliche Hoffnung, dass diese beifallwürdigen Leistungen im Elementarunterricht durch den rastlosen Eifer der Lehrer, Communen und Behörden alljährlich einer erfreulichen Steigerung entgegengehen.

Drittes Kapitel.

Der Primärunterricht in Frankreich.

Die letzten drei Könige vor der Revolution. Die Revolution von 1789. Napoléon I. Das Gesetz vom 28. Juni 1833 über den Primärunterricht. Elementarschulgesetz vom 15. März 1850. Novelle vom 10. April 1867. Resultate des französischen Primärschulwesens.

Man kann die Güte oder die Mangelhaftigkeit der heimischen Institutionen nicht besser erkennen, als wenn man sie mit denen anderer Staaten vergleicht, die eine hervorragende Stelle im Europäischen Staatensystem einnehmen. Es erscheint deshalb eine Gegenüberstellung des preussischen Elementarschulwesens mit dem französischen nicht unersprießlich, weil wir an der Hand der Geschichte lernen, wieviel unser Staat der Selbstthätigkeit seiner Bürger unter der

Leitung einer Reihe erleuchteter Fürsten verdankt, deren ganzes Leben der Förderung des Wohls ihres Volks in diesem wichtigsten Zweige menschlicher Cultur und Gesittung gewidmet ist.

Die Gesellschaft in Frankreich hat bis in die neuere Zeit hin keine andere Basis als diejenige, die wir überall in den grösseren Culturstaaten unseres Continents antreffen.

Von
Ludwig XIV.
bis zu
Ludwig XVI.

Sie beruht auf den drei Ständen der Geistlichkeit, des Adels und der Bürgerschaft. Die ständische Monarchie endigt aber dort früher, als in Deutschland. Sie schliesst mit dem Jahre 1614 ab, in dem sich zuletzt die États généraux versammelten, um mehr als anderthalb Jahrhunderte später nach einem misslungenen Versuch der Wiederauferweckung im Jahre 1789 für immer zu Grabe getragen zu werden.

Was haben die Könige von Frankreich in diesem langen Zeitraum für den Elementarunterricht gethan, in dem sie als absolute Herrscher schalteten?

Die Antwort lautet: Gar nichts!

Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, dass sie vom Volk nichts anderes wussten, als dass es eine passive Masse von Individuen sei, bestimmt, regiert, besteuert und zum Kriegsdienst herangezogen zu werden. Sie hatten keinen Begriff davon, dass sie selbst nur um des Volks willen existirten; dass das Volk auch die Gesammtheit berechtigter Individualitäten repräsentirt, die von der Regierung Bildung zum Guten und Förderung in ihren Bestrebungen erwarten, wenn die herrschende Persönlichkeit einmal für Alle und für Alles sorgen soll.

Französische Schriftsteller haben das Zeitalter Ludwig XIV. so oft mit dem goldenen Zeitalter der römischen Literatur unter Augustus verglichen. Lassen wir ihnen diesen Ruhm, wenn es ein solcher ist. Theuer genug ist er freilich damit erkaufte, dass das Leben am Hofe jenes Königs nach dem bezeichnenden Ausdruck des Kanzlers d'Aguesseau „une mer de servitude“ war. (Le chancelier d'Aguesseau par Monnier, 2^{ème} Éd. chap. I, p. 49.)

Vergessen wir aber nicht, dass die französische Nation in den Höhen, in denen sich diese Bewegung der Geister hielt, nicht einen Denker aufzuweisen hat, der sich an Universalität des Genies und Tiefe des Wissens unserem Leibnitz ebenbürtig an die Seite stellen könnte.

Die Erziehung des Volks blieb unter jenem König in den Händen der Kirche, denen sie bis dahin anvertraut gewesen war. Vom Staate aus, der im König aufging — *l'État c'est moi* — geschah nichts dafür.

Das königliche Edict vom April 1695 über die geistliche Jurisdiction ordnet die Visitation der Dorfschulen durch die höhere katholische Geistlichkeit auf ihren Rundreisen an. Sie soll (Art. 25) die Kinder im Katechismus examiniren, wenn sie es für zweckmässig erachtet und an Stelle der Dorfschullehrer andere einsetzen, wenn sie mit deren Lehre und Sitten unzufrieden ist. Eine Ordonnanz vom 13. December 1698 schärft diese Vorschriften aufs Neue ein (Art. 9). Dies Alles zu dem offen kundgethanen Zweck, die ihren Eltern entrissenen Kinder der Protestanten in der katholischen Religion erziehen zu lassen (Jules Simon, *l'École*, P. I chap. II, n. 2 p. 26).

Jene Ordonnanz vom 13. December 1698 (Art. 9), die stets ein todter Buchstabe geblieben (Jules Simon, *l'École*, P. I chap. VI, p. 78 n. 1), bestimmt sogar, dass die Einwohner des Schulorts derartig eingeschätzt werden sollen, dass der Lehrer einen für jene Zeiten gewiss bedeutenden Gehalt von 150, die Lehrerin von 100 Livres erhält. Wer sollte diesen Gehalt bezahlen? Die grosse Mehrzahl der Bevölkerung gewiss nicht, die nach dem Bericht von Vauban (J. Simon, *l'École*, P. I chap. II p. 27) soweit heruntergekommen war, dass ein Zehntel von Bettelei lebten, vier Zehntel diesem Zustand nahe, drei Zehntel überschuldet waren und nur der Rest, etwa hunderttausend Familien, kaum in einigem Wohlstand lebten.

Unter dem Nachfolger des „grand Roi“, dem Maharadscha des „Parc aux Cerfs“ konnte füglich von der Bildung des Volks in Schulen nicht die Rede sein.

Man sollte billig erwarten, dass unter einem Fürsten, der selbst persönlich unterrichtet und wohlwollend war, wie unter Ludwig XVI., für den Elementarunterricht etwas geschehen sei. Es mangelte ihm auch nicht an Ministern, die, wie Turgot und Necker, die wahren Bedürfnisse ihrer Zeit sehr wohl aufgefasst hatten.

Gleichwohl weisen sowohl der erste *Compte rendu* von Turgot aus dem Jahre 1775, sowie die folgenden von Necker aus den Jahren 1781 und 1785 keine Ausgaben für Elementar-

schulen auf (J. Simon, l'École, P. I chap. II p. 24—25). Die Gründe dieser Erscheinung sind einfach zu erklären. Journale existirten damals nicht, ausser dem Mercure galant und dem Journal des savants, die in anderen olympischen Regionen weilten.

Und die französischen Philosophen jener Zeit, die den Ton angaben, kümmerten sich herzlich wenig um das Volk. Die ihnen befreundeten Fremden liessen sich bei ihren Besuchen in Paris wohl die Bibliothek und den Jardin des plantes zeigen. Schwerlich würde irgend Jemand unter ihnen den curiösen Einfall gehabt haben, nach den Primärschulen zu fragen.

Die philosophische, speciell encyclopädische Richtung jener Zeit äussert auch ihre Wirkung auf die Machthaber der Revolution. Der Bourgeois in der Législative hasst den Adel, weil er selbst nicht courfähig ist, und verachtet das Volk. Der Citoyen im Convent räumt Adel und Bourgeoisie mit der Guillotine fort, weil sie der Ochlokratie im Wege stehen. Ewig schwankt der Pendel der revolutionären Uhr zwischen dem salonfähigen Herrn von Voltaire und dem Hinterwäldler Jean Jacques Rousseau herum.

Die Revolution
von 1789.

Jener will der Bourgeoisie zur Herrschaft verhelfen, weil sie „Esprit“ hat, wenngleich Niemand besser als er es verstanden hat, den Fürsten zu schmeicheln; er, der für vollwichtige Dukaten bald „Fédéricissimo“, bald „Cathérinissimo“ war (Le Blanc, hist. de la Révol. Franç. l. III chap. I T. I, p. 310 svv.). Rousseau ist ehrlicher. Er liebt den grossen Haufen, weil er selbst ihm angehört. Er muss die alte bürgerliche Gesellschaft auflösen, von der er nichts versteht, um seinem Naturmenschen Platz zu machen. Sein System, wenn er jemals eins hatte, passt ebenso gut auf die Bewohner der Fidschi-Inseln, als auf die Franzosen. Denn nach der Nationalität fragt man nicht weiter, wie seiner Zeit Anacharsis Cloots, „le député du genre humain“, nachwies.

Diesen Oscillationen zwischen Voltaire und Rousseau entspricht die Gesetzgebung der Revolution in Beziehung auf den Elementarunterricht. Die assemblée nationale hatte in der Verfassung vom 3. bis 14. September 1791 decretirt (Tit. 1):

„Il sera créé et organisé une instruction publique, commune à tous les citoyens, gratuite à l'égard des parties d'enseignement indispensables pour

tous les hommes, et dont les établissements seront distribués graduellement, dans un rapport combiné avec la division du royaume."

Der Convent fasste sich kürzer. Er proclamirt in der Verfassung vom 24. Juni 1783 (Art. 22):

„L'instruction est le besoin de tous. La société doit favoriser de tout son pouvoir les progrès, de la raison publique et mettre l'instruction à la portée de tous les citoyens."

Beide Gesetzgebungen laufen auf dasselbe Ziel hinaus, nur auf verschiedenen Wegen. Die höflichere Nationalversammlung will ebenso sehr als der barsch auftretende Convent den unentgeltlichen Primärunterricht. Nur würde die Nationalversammlung durch eine allgemeine Steuer ihren Zweck erreicht haben. Der Convent bedurfte dieser veralteten Formalität nicht. Wenn er sagt:

„L'instruction est le besoin de tous,"

so heisst das soviel, als dass man es Denen nimmt, die noch etwas haben. Es ist der Vorläufer des „Un milliard sur les riches," das wir ja in unseren Tagen gehört haben.

Begreiflich blieb die eine, sowie die andere Phrase auf dem Papier stehen. Nicht nur wegen der Kurzlebigkeit der Machthaber jener Zeiten, sondern hauptsächlich deshalb, weil es an den drei Grundbedingungen fehlte, unter denen eine Schule nur zu existiren vermag:

An Schülern, die etwas lernen wollen;

An Lehrern, die etwas lehren können;

An Geldmitteln, um Schulen herzustellen. —

Napoléon I.

Auf die Ochlokratie — die Revolution in ihrer Ausartung — musste nach dem schon im alten Rom bethätigten Gesetz der historischen Nothwendigkeit Napoléon folgen. Er stellt die zu Gunsten eines Einzelnen confiscirte Revolution dar, aber „la révolution armée de tous ses moyens", wie der russische Gesandte Markoff schon im Jahre 1799 von ihm treffend äusserte.

Nach Aussen hin charakterisirt sich sein System als Militairdespotismus; nach Innen hin als Polizeidespotismus. Er hat im Wesentlichen nichts weiter gethan, als dass er alle Waffen des Despotismus für sich systematisch zurechtgeschmiedet hat, von den Constitutionen der Kaiser in Byzanz und den Ordonnanzen von Ludwig XIV. an bis zu den Zeiten

des Convents herunter, den er beerbte. Und doch ist er besiegt von den „Ideologen“, die er so vielfach verspottet hatte. Warum? Weil, um im Stile der Franzosen zu sprechen, die „Lettres“, als das Höhere, Geistigere, stets die Oberhand über die „Sciences“, das Niedere, Materiellere, behaupten werden. Thatsächlich war sein Sturz entschieden, als in Preussen die Richtung durchdrang, welche, getragen von der Classicität in den oberen, von einer wahrhaften Durchbildung in den unteren Schichten, das ganze Volk unter der Führung des Königs zum Kampfe gegen das auf ihm lastende Joch aufrief; eine Richtung, die durch die Stiftung der Berliner Universität in bedrängtester Zeit ihren prägnanten Ausdruck fand.

— „Vis, consili experts, mole ruit sua!”

Zwei Gesetze sind es nun, die nach dem misslungenen Versuche, den Elementarunterricht im Jahre 1802 zu „organisiren“, uns vor allen Dingen in die Augen fallen.

Das eine, das Gesetz vom 18. Germinal, Jahr X, betreffend die Organisation der Culte, ordnet jeden Gottesdienst und seine Verwalter dem jeweiligen Inhaber der Staatsgewalt polizeilich unter. Der Titel I des Gesetzes, dem das Concordat vom 26. Messidor Jahr IX, zum Grunde liegt, soll das Verhältniss der wiederhergestellten katholischen Kirche zum Staat ordnen. Sie muss sich gefallen lassen, dass sie in ihrem ganzen Kirchenregiment dem Gutbefinden der Staatsbehörden untergeordnet wird. Dafür wird sie Staatspensionärin. Freilich mit so dürftigen Summen: die Erzbischöfe mit 15,000, die Bischöfe mit 10,000, Pfarrer erster Classe mit 1500, Pfarrer zweiter Classe mit 1000 Francs Jahresgehalt (Art. LXIV bis LXVI). Unter der Herrschaft eines protestantischen, wahrhaft religiösen Fürsten wird bei der Neudotation der katholischen Kirche in Preussen (Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821, Abschn.: „Similes autem redditus“, G.-S. 1821 S. 142) den Erzbischöfen ein Jahreseinkommen von durchschnittlich 12,000, den Bischöfen von 8000 Thalern, also mehr als das Dreifache jener Beträge gewährt. Noch stiefmütterlicher sind die beiden protestantischen Culte behandelt. Die Geistlichkeit steht zur Ernennung der Regierung. Ihr Studiengang, ihre Amtsführung, ihre Versammlungen in den Synoden und Consistorien, die Führung aller ihrer äusseren und inneren Angelegenheiten, ist der Genehmigung der Regierung unterworfen.

Der Staat sorgt für die Besoldung der Geistlichkeit aus seinen Mitteln, jedoch so, dass die Einkünfte aus den eigenthümlichen Gütern dieser Kirchen und die Spenden der Gläubigen (oblations) darauf in Anrechnung gebracht werden (art. org. des Cultes prot. tit. I Art. VII tit. III).

Auf dem Gebiete des Unterrichts aber greift das kaiserliche Decret vom 17. März 1808 über die Organisation „der Universität“ wenn möglich noch tiefer ein. In diese Central-Polizeianstalt für das gesammte Schulwesen, die mit den freien deutschen Universitäten nichts als den Namen gemein hat, wird das ganze wissenschaftliche Schulwesen eingeschlossen von den Facultäten an — den „disjectis membris Universitatum“ — „pour les sciences approfondies et les collations des grades“ (§. 5 No. 1) bis herunter zu den „Petites écoles, écoles primaires, où l'on apprend à lire, à écrire, et les premières notions du calcul“ (No. 6).

Was uns an diesem Polizeigesetz auffällt, ist nicht etwa No. 2 des Art. 38, worin als Grundlage eines jeden Unterrichts verlangt wird:

„— La fidélité à l'Empereur, à la monarchie impériale, dépositaire du bonheur des peuples, et à la dynastie Napoléonienne conservatrice de l'unité de la France et de toutes les idées libérales proclamées par les constitutions.“ —

Es ist vielmehr die Clausel in No. 1, desselben Artikels, wonach die „préceptes de la religion catholique“ zur Grundlage des Unterrichts in allen Schulen der kaiserlichen Universität dienen sollen. Wir begreifen nicht, in welcher Weise sich dann ein Akatholik dieser Schulen soll bedienen können, die doch öffentliche, für jeden Franzosen bestimmte, sind und für die Jedermann dort Steuern mitbezahlen muss.

In der That war aber die Hülfe des Staats für den Elementarunterricht im kaiserlichen Frankreich von keiner besonderen Bedeutung. Mitunter findet sich in den Budgets jener Zeit eine Summe von 4250 Francs für das Noviziat der christlichen Schulbrüder. „C'est tout ce qui parut possible ou nécessaire — setzt Jules Simon hinzu, l'École I. P. chap. IV p. 40 — dans un temps où nous étions maîtres de l'Europe.“

Diese freilich sehr kärgliche Beisteuer wird unter der Restauration (Ordonn. du 29. Février 1816 art. 35) auf einen Fonds von jährlich 50,000 Francs, „payables par notre trésor

royal" erhöht. Ein gleich dürftiges Almosen, wenn man bedenkt, dass dies Minimum noch in vier Theile zerlegt und nur einer davon, also 12,500 Francs, zur Belohnung der Elementarlehrer ausgeworfen wurde, die sich am meisten im Gebrauch der neuen Lehrmethoden ausgezeichnet haben. Gewiss mehr als das Zehnfache dieser Summe hat der preussische Staat in der verhängnissvollen Zeit nach dem Jahre 1807 alljährlich aufgewendet, in der seine Existenz wiederholt bedroht war. —

Eine neue günstigere Zeit für das Primärschulwesen schien mit der Regierung König Ludwig Philipps angebrochen zu sein. Schon seit dem Anfang dieser Regierung hatte man die Staatsbesteuer auf die jährliche Summe von 300,000 Francs erhöht.

Das Gesetz vom
28. Juni 1833.

Die Regierung war mit Eifer darauf bedacht, das in der neuen Verfassung vom 14. August 1830 (Art. 69 No. 8) ertheilte Versprechen zu erfüllen, den öffentlichen Unterricht und die freie Lehre durch ein neues Gesetz zu reguliren.

Dies Versprechen erfüllt das Gesetz vom 28. Juni 1833. In seinen trefflich redigirten 25 Artikeln, zu denen ein gutes Ausführungs-Reglement vom 16. Juli desselben Jahres ergangen ist, ordnet es mit Ausnahme eines Punktes die Verhältnisse der öffentlichen Elementarschulen auf eine befriedigende Weise. Es sollen zwei Arten von Elementarschulen eingerichtet werden. Eigentliche Elementarschulen, in denen Unterricht in der Moral und Religion, Lesen, Schreiben, die Anfangsgründe in der französischen Sprache und des Rechnens, das gesetzliche System von Maass und Gewicht gelehrt wird. Alsdann höhere Primärschulen mit grösseren Leistungen, etwa unseren Bürgerschulen entsprechend: Elemente der Geometrie und deren gewöhnliche Anwendung, namentlich im Linearzeichnen und der Feldmesskunst; die Grundbegriffe der Naturwissenschaften und der Naturgeschichte anwendbar auf die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens; Gesang; die Elemente der Geschichte und der Geographie, besonders von Frankreich.

Nach Bedürfniss und nach den vorhandenen Mitteln können diese Lehrgegenstände erweitert werden (Art. 1). Jede Commune muss, entweder allein, oder in Vereinigung mit anderen Communen, wenigstens eine öffentliche Volksschule unterhalten. Wenn die Umstände es gestatten, kann der Mi-

nister des öffentlichen Unterrichts nach Anhörung des Municipalraths die Ermächtigung ertheilen, dass Schulen, die mehr den Cultus einer der vom Staat anerkannten Religionen berücksichtigen, unter dem Titel öffentliche Gemeineschulen eingerichtet werden (Art. 9).

Jeder Lehrer an der öffentlichen Volksschule muss das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben und seine Qualification zum Lehrerberuf durch ein Fähigkeits-Zeugniss nach bestandener Prüfung, sowie durch ein Sittenzeugniss ausweisen (Art. 4, 16).

In jedem Departement von beträchtlicher Ausdehnung oder von verschiedenen Cultusverhältnissen soll nicht nur eine Normal-Primärschule, sondern auch ein Schullehrer-Seminar bestehen (Art. 23 der Instruction).

Als Besoldung wird jedem Communallehrer ausser freiem Local zur Schule und zu seiner Wohnung, ein fester jährlicher Gehalt von 200 Francs, ferner ein monatliches Schulgeld (*retribution mensuelle*) gewährt (Art. 12, 14 des Gesetzes). Kinder armer Eltern müssen unentgeltlich unterrichtet werden. Die Schulkosten werden beim Mangel von Stiftungsvermögen durch eine vom Municipalrath jährlich zu votirende Schulsteuer (*imposition spéciale*) aufgebracht, die jedoch drei Zuschlagscentimes zum Hauptstock der Grund-, Personal- und Mobiliar-Steuer nicht überschreiten darf. Im Falle des Unvermögens tritt das Departement mit zwei solcher Zuschlagscentimen und wenn diese auch nicht hinreichen, der Staat mit seiner Beihülfe hinzu (Art. 13 des Gesetzes).

Jeder Lehrer ist dem Localschulrath untergeben, der aus dem Maire, dem Pfarrer und angesehenen Einwohnern der Gemeinde besteht. Der Maire kann ihn auf Antrag des Gemeineschulraths, vorbehaltlich Berichts an den Schulrath des Arrondissements suspendiren (Art. 17, 21).

Für jedes Arrondissement wird ein Ausschuss zur Ueberwachung und Ermunterung des Primärunterrichts eingesetzt. Mitglieder des Ausschusses sind: der Unterpräfect, der Maire des Hauptortes, ein Friedensrichter, der Staatsanwalt, ein katholischer Pfarrer und der einer anderen Confession, ein Mitglied einer höheren Lehranstalt (Art. 19).

Der Arrondissementsrath ernennt die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen unter Einsetzung des Unterrichtsministers, auf Präsentation des Gemeineschulraths

(Art. 22). Er führt die Untersuchung und erkennt in den Disciplinarsachen gegen Lehrer. Von seinen Entscheidungen findet Recurs an den Unterrichtsminister statt (Art. 23).

Dies ist der wesentliche Inhalt des Schulgesetzes vom 28. Juni 1833.

Man kann bei genauer Prüfung der einzelnen Bestimmungen nur mit dem Urtheil von Jules Simon sich einverstanden erklären (*l'École I. P. chap. VI p. 82*), dass man es nicht genug zu loben vermöge. Es macht ebenso sehr dem Talent und den Kenntnissen, als dem Charakter seines Urhebers, des damaligen Unterrichtsministers Guizot, hohe Ehre. Es weist den Schulen nur geprüfte Lehrer zu. Es begrenzt den Kreis des Elementarunterrichts in einer durchaus angemessenen Weise. Es stellt die Schule unter Selbstverwaltung. Der einzige angreifbare Punkt ist der geringe Gehalt der Lehrer. Darüber darf man dem Minister keinen Vorwurf machen. Die Bestimmung des Salars hängt nicht von ihm, sondern von der Volksvertretung ab. Am wenigsten in Frankreich, wo Alles neu zu schaffen ist.

Gleichwohl konnte sich das Gesetz nicht halten, obgleich eine im Jahre 1833 veranstaltete Enquête den wahrhaft kläglichen Zustand des Elementarunterrichts zur Evidenz darge-
than hatte (*J. Simon, l'École I. P. chap. V, pag. 60 svv.*).

Der Grund dieser Erscheinung liegt vielleicht einem Nicht-franzosen näher, der deutsche Verhältnisse sich angesehen hat und den französischen nicht ganz fremd ist.

Er liegt einmal in der Persönlichkeit des Ministers. Ein Unterrichtsminister in Frankreich, der Protestant ist, darf auf die günstige Aufnahme eines von ihm noch so sorgfältig ausgearbeiteten Unterrichtsgesetzes durch den katholischen Clerus nicht rechnen. Die Gleichberechtigung der verschiedenen Culte steht dort seit 1789 auf dem Papier und ist bis auf den heutigen Tag in das Fleisch und Blut des Volks nicht übergegangen. Am wenigsten war der Clerus gemeint, den kurz zuvor unter der Restauration durch das Ministère des affaires ecclésiastiques et de l'Instruction publique erlangten Unterricht in der öffentlichen Volksschule aufzugeben und sich mit den von ihm zu leitenden écoles libres zu begnügen. Die unbedingte Beseitigung der lettres d'obédience und die alleinige Gültigkeit des staatlichen brevet de capacité — après examen — war gewiss nicht in seinem Sinne.

Das Gesetz hat ferner sehr starke deutsche Anklänge. Es begünstigt die Wissenschaft. Das streitet schon an sich gegen den Zeitgeist. Im achtzehnten Jahrhundert herrschte der Idealismus, im neunzehnten der Materialismus. Man lässt sich daher, zumal in Frankreich, sehr wohl professionelle Schulen aller Arten gefallen von den bescheidenen Anfängen in den Zeichnen- und Handwerkerschulen an bis herauf zur École polytechnique. Mit Kenntnissen, die man in diesen Fachschulen erwirbt, vermag man wiederum Vermögen zu erwerben.

Der Unterricht in der Primärschule bringt unmittelbar nichts ein. Er befruchtet und befähigt nur den Geist, nach allen Richtungen hin sich thätig zu zeigen und in der bürgerlichen Gesellschaft eine oft nur sehr geringe Stelle mit Ehren auszufüllen.

Das Gesetz ist basirt auf Selbstverwaltung. Man muss die bescheidenen Wünsche im „Projet de Nancy“ gelesen haben, um zu wissen, mit welchem geringsten Maass des Selfgovernment selbst gebildete Franzosen sich begnügen. Immer sollen die Principien der „grossen Revolution“ von 1789 nicht angetastet werden. Allein, was ist denn das Facit dieser Revolution? Was anders, als der in neumodischen Formen gekleidete Despotismus Ludwig XIV.? Es schaltet seitdem der Préfect fast mit noch unumschränkterer Machtvollkommenheit, wie in alten Zeiten der Intendant. Ein selbstständiger Gemeine-Schulrath, ein Arrondissements-Schulrath, der auf eigenen Füßen steht und eine solche büralistische Einmischung nicht gestattet, ist mit diesem absoluten Walten eines Beamten unverträglich. Und doch ist dies so bequem.

Vielen Leuten, die möglichst wenig thun, ist es seit Jahrhunderten zu einer „dulcis vitae consuetudo“ geworden, sich von einem Staatsbeamten regieren zu lassen, anstatt das Regiment in die eigene Hand zu nehmen. Einem Deutschen, einem Engländer, oder gar einem Amerikaner, die gern selbst Alles thun, mindestens mitarbeiten wollen, fällt es freilich schwer, eine solche geistige Apathie zu verstehen.

Endlich verlangt das Gesetz, es soll von den Communen und den Departements gegeben, unter Umständen sogar viel gegeben werden. Es müssen Schulen gebaut, Lehrer besoldet, Schulgeld bezahlt, Bücher gekauft werden. Das gefällt den Franzosen in der eminenten Mehrzahl nicht.

„C'est de pain que nos enfants ont besoin, et non pas de livres!" entgegnet ein Municipalrath dem visitirenden Inspector (J. Simon, l'École I. P. chap. V pag 61).

Darin liegt das ganze Geheimniss. Ja, wenn der Staat alles unentgeltlich hergeben wollte, dann würde man sich vielleicht noch herbeilassen, es anzunehmen. Aber wenn der Staat für alle Bedürfnisse sorgen soll, der doch hier nur die Gesammtheit der Steuerzahler repräsentirt, wer zahlt dann schliesslich die Steuern?

Das Gesetz konnte also nicht bestehen, weil nur eine ganz geringfügige Minorität unter den Gebildeten dessen Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit einsah. Die grosse Mehrheit sowohl der angeblich Gebildeten, als aller Ungebildeten wies es von sich.

Was hat man an die Stelle gesetzt?

Wir können die Entwürfe der kurzlebigen Republik von 1848 übergehen, der Republik ohne Republikaner, eines Satyrspiels mitten unter den grossen monarchischen Dramen, die vor ihr und nach ihr auf der politischen Bühne von Frankreich erscheinen. An Verheissungen für die öffentliche Wohlfahrt hat es in ihr wahrlich nicht gefehlt. Man nehme sich nur die Mühe, den daran überreichen Artikel 13 der Verfassung vom 4. November 1848 nachzulesen. In friedlicher Eintracht figuriren da „le développement du travail par l'enseignement primaire gratuit, l'éducation professionnelle, — de travaux publics propres à employer les bras inoccupés", vielleicht etwas zu sehr an die von feudalistischen Epigonen an anderer Stelle versuchte, jetzt halbvergessene Construction des „vierten Standes" erinnernd.

Eine neuere Reorganisation des Französischen Elementarschulwesens findet sich in dem Schulgesetz vom 15. März 1850 und der Novelle vom 10. April 1867 gegeben. In jenem, amendirt durch die Novelle, interessirt uns vor Allem der Titel II, soweit er von den öffentlichen Gemeineschulen für den Primärunterricht handelt.

Das Schulgesetz
vom 15. März
1850 und die
Schulnovelle
vom
10. April 1867.

Der Primärunterricht umfasst:

Moralische und religiöse Unterweisung; Lesen, Schreiben; die Elemente der Französischen Sprache; Rechnen und das gesetzliche System von Maass und Gewicht; die Grundzüge der Geographie und Geschichte von Frankreich (Art. 16 der Schulnovelle vom 10. April 1867. Bull. des lois 1867 p. 464).

Als facultative Unterrichtsgegenstände sind hinzugefügt („Il peut comprendre“): Arithmetik, angewandt auf praktische Operationen; Elemente der Geographie und Geschichte; Grundbegriffe der Naturwissenschaften und der Naturgeschichte, angewandt auf die Bedürfnisse des Lebens; Elementarunterricht im Ackerbau, der Industrie und der Gesundheitslehre; Feldmessen, Nivelliren, Linearzeichnen, Gesang und Gymnastik (Chap. I Art. 23 des Schulgesetzes).

Keine Gemeineschule darf Kinder vor zurückgelegtem sechstem Lebensjahre ohne Genehmigung des Departementalraths annehmen, wenn in der Commune eine Kleinkinder-Bewahranstalt (salle d'asile publique ou libre) sich vorfindet (Art. 21 der Schulnovelle).

Als Lehrer kann jeder unbescholtene Franzose von 21 Jahren fungiren, der mit dem Fähigkeitszeugniss versehen ist. Dies Zeugniss wird ertheilt, wenn der Aspirant sich über den Besitz der Kenntnisse für den obligatorischen Theil des Elementarunterrichts ausweist (Art. 46 des Gesetzes).

Die Stelle eines solchen kann unter anderen auch durch ein Attest über eine dreijährige Stage als Lehrer ersetzt werden (Art. 26, 47).

Als Schulhalter werden alle Diejenigen nicht angesehen, die „in barmherziger Absicht“ (dans un but purement charitable) mit Erlaubniss des Cantonaldelegirten Kinder lesen und schreiben lehren (Art. 29 des Gesetzes).

Die Lehramtsaspiranten sind vom Militäirdienst befreit, wenn sie die Verpflichtung übernehmen, sich zehn Jahre hindurch diesem Berufe zu widmen (Art. 18 des Gesetzes).

Der Unterricht in der Elementarschule kann unentgeltlich, oder gegen Erlegung eines Schulgeldes ertheilt werden (Art. 9 ff. des Schulgesetzes).

Im letzteren Falle sind nur die Kinder unvermögender Eltern von Zahlung des Schulgeldes befreit (Art. 24 daselbst).

Der Lehrer erhält, ausser einem Local für die Schule und zu seiner Wohnung, eine Jahresbesoldung von mindestens 600 Francs. Diese Summe wird aus einer festen Besoldung von 200 Francs, einer ersten Ergänzung nach der Zahl der schulpflichtigen Kinder oder aus dem Schulgeld (rétribution scolaire) und einem zweiten Supplément bis zur Erreichung jenes Minimi, gebildet.

Jedes Dorf (hameau) soll eine, jede Commune muss eine

oder mehrere Elementarschulen haben. In allen Communen, in denen verschiedene vom Staat anerkannte Culte ausgeübt werden, sollen verschiedene Schulen für die Kinder nach deren religiösem Bekenntniss eingerichtet werden (Art. 36 des Gesetzes, Art. 2 der Novelle). Die Gemeineschule leitet der Hauptlehrer, die Dorfschule ein von ihm entlassbarer Adjunct (Art. 34 des Gesetzes).

Die Lehrer sollen von den Municipalräthen aus einer von den akademischen Räthen oder von den durch den Staat autorisirten oder anerkannten religiösen Gesellschaften aufgestellten Liste gewählt, vom Minister des Unterrichts aber eingesetzt werden (Art. 31 des Gesetzes).

Die inneren Angelegenheiten der Schule ressortiren vom Rector der Akademie; die Beaufsichtigung führen die Inspectoren des Primärunterrichts (Art. 18 des Gesetzes).

Der religiöse Unterricht wird von den Geistlichen der betreffenden Religionsgesellschaften überwacht (Art. 44 des Gesetzes).

Die obere Leitung der ökonomischen Angelegenheiten der Schulen gebührt den Präfecten. Nach einer neueren Bestimmung (Gesetz vom 14. Juni 1854, Art. 8) ist diesem Beamten allein, auf den Bericht des Inspectors der Akademie, auch die Anstellung der Elementarlehrer übertragen.

Die Kosten des Elementarunterrichts fallen beim Mangel eines gestifteten Vermögens den Communen zur Last. Sie sind berechtigt, zu diesem Zweck einen Zuschlag von drei Centimen auf den Hauptstock der vier direkten Contributionen auszuschreiben. Bei Unzulänglichkeit dieser Mittel tritt das betreffende Departement mit einer Zubusse bis zu zwei Centimen dieser Contributionen und, wenn auch diese Hülfe ungenügend, der Staat hinzu (Art. 40 des Gesetzes).

Dies sind die Grundzüge der neuesten Französischen Gesetzgebung über das Elementar-Schulwesen. Was uns zunächst dabei in die Augen fällt, das ist das Schwanken der Legislation in dieser wichtigen Materie.

Im Jahre 1833 wird ein Grundgesetz erlassen. Schon im Jahre 1850 wird es nach siebenzehnjährigem Bestehen völlig umgeändert. Nach weiteren siebenzehn Jahren wird das neue Fundamentalgesetz in sehr erheblichen Bestimmungen durch eine Novelle abgeändert und ergänzt.

Uns scheint es, dass man in Preussen besser zu Werk

gegangen ist. Jedes von den grossen Schulgesetzen ist ein Product innerer Nothwendigkeit.

Im Jahre 1763 wird das General-Land-Schulreglement erlassen. Es muss nach dreissig Jahren (1794) durch die Bestimmungen im Titel 12 Theil II des A. L.-R. ersetzt werden, weil das letztere ein vollständiges System des Privat- und öffentlichen Rechts enthält. Wir müssen ferner im Jahre 1868 — nach vierundsiebenzigjährigem Bestehen der landrechtlichen Vorschriften zur Redaction eines neuen Elementarschulgesetzes schreiten. Der absolut regierte Staat hat sich in einen verfassungsmässigen verwandelt.

Auch auf dem Gebiet der Schule vollzieht sich die Wandelung nach diesen neuen Grundsätzen. Nicht minder scheint uns aus jener neuen Organisation hervorzuleuchten, dass die Volksschule in Frankreich allmählig aufhört, eine Staatsanstalt zu sein.

Clerikale Einflüsse treten bald offener, bald verborgener in neuen Keimen hervor, um die Leitung der Schule dem Staate zu entziehen, der in seiner Gesetzgebung dazu die Hand bietet.

Das Princip der Confessionalität des Primärunterrichts wird offen proclamirt in den Artikeln 36, 44 des Gesetzes. Damit ist die religiöse Differenz in die Schule hineingetragen. Die Schulen sind nicht mehr Staatsschulen, sondern nach der Stellung der Confessionen in Frankreich vorwiegend katholische Schulen.

Diesem Kotholicismus der Elementarschule wird mit der Bestimmung der Staatsgewalt in der neuen Legislation ein nicht weiter verhüllter Beistand geleistet. Es mag die Betheiligung des Clerus bei dem Unterricht der männlichen Jugend immerhin noch keine sehr bedeutende sein. Aber bei dem Unterricht der weiblichen Jugend dominirt er jetzt schon kraft der Handhaben, die ihm das Gesetz verleiht. Nach dem Artikel 49 des Gesetzes vom 15. März 1850 sollen bei den weiblichen Erzieherinnen die lettres d'obédience die Stelle des brevet de capacité vertreten. Das Examen der Lehrerinnen ist nicht öffentlich. Präsumtiv bleiben also die dem geistlichen Stande angehörigen Lehrerinnen hinter den Anforderungen zurück, die man an einen französischen Elementarlehrer stellt. Gerade dieser Punkt ist viel erheblicher, als man gewöhnlich glaubt. Denn in

diesen weiblichen, vom Clerus dirigirten Schulen werden die künftigen Familienmütter ausgebildet. Welchen Einfluss aber die Hausfrau gerade in Beziehung auf die religiöse Richtung ihrer Kinder hat, wissen wir Alle.

Wir halten es nun gerade für kein Unglück, dass die „*Voltairiens de bas étage*“ unter den Familienvätern allmählig verschwinden und eine Generation von dückelhaften Halbwissern durch eine wahrhaft religiöse, gründlich gebildete, von ihren Pflichten gegen die Gesellschaft durchdrungene abgelöst wird.

Wenn aber, wie aus öffentlichen Documenten bekannt, mehr als 17,000 Lehrerinnen dem geistlichen Stande angehören, wenn diese ferner 56 Procent aller Schülerinnen in Frankreich unterrichten, so liegt freilich die Besorgniss nicht fern, dass man in nicht zu langer Zeit vollständig in die Bahnen des *ancien régime* eingelenkt haben wird. Der Staat dankt zu Gunsten des Clerus ab.

Die Folgen eines solchen Verfahrens sind von Jules Simon mit warmen Worten geschildert (*l'École*, 2^{ème} P. chap. IV—V, pag. 144 svv.). Es ist aber nicht gelungen, bei der Discussion der Schulnovelle im Corps législatif einer anderen Richtung Eingang zu verschaffen. Das landläufige und sehr wohlfeile Argument des Kostenpunkts kann dann wenigstens nicht durchgreifen, wenn es sich um die höchsten humanitären Ziele der bürgerlichen Gesellschaft handelt.

Wir wollen zugestehen, dass die Stellung jeder französischen Regierung zur Unterrichtsfrage mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Sie begegnet von vorne herein einer weit verbreiteten Unlust in der Bevölkerung, namentlich in den unteren Schichten, die Elementarschule zu besuchen.

Es herrscht ein fühlbarer Mangel nicht nur an gebildeten Lehrern aus dem Laienstande, sondern überhaupt an Lehrern.

Die „grosse“ Revolution hat jeder späteren Regierung nichts weiter als einen vollständig leeren Geldkoffer hinterlassen.

In den Ländern, die der Hauptsitz der Reformation sind, zeigt sich eine erfreuliche Rechtscontinuität zwischen der katholischen Kirche und ihren akatholischen Nachfolgern. Die Reformation hat freilich die Kirchengüter säcularisirt. Aber sie hat nicht etwa, wie ein allzu genauer Erbe die Erbschaft ihrer Vorgängerin *cum beneficio* angetreten. Sie trat sie ohne

Vorbehalt an. Es ist auch hier mehr gethan als von ihrer Vorgängerin. Sie hielt den Grundstock des unbeweglichen Vermögens haushälterisch zusammen, soweit er zu Kirchen- und Schulzwecken bestimmt war. Hiermit sich nicht begnügend, wies sie in den alten Provinzen von Preussen jeder Landschule ihre Specialdotations an (§. 44 Culturedict vom 14. September 1811, §. 101 G. T. O. vom 7. Juni 1821). Im eminent katholischen Frankreich findet sich nach dem rücksichtslosen Verkauf der Kirchengüter, ja sogar der gottesdienstlichen Gebäude, in der Revolution kein General-Kirchen- und Schulfonds vor, viel weniger Specialfonds für einzelne Schulen „Vous voulez être justes, et vous ne savez pas être sages!“ hatte Sieyès bei der Berathung der ungerechtfertigten Aufhebung der geistlichen Zehnten in der Constituante vergeblich den Gesetzgebern zugerufen.

Unerachtet dieser grossen Schwierigkeiten lässt sich doch nicht in Abrede ziehen, dass alle neuen Schulordnungen und alles Experimentiren auf diesem Felde so lange nicht zu einem erspriesslichen Ziele führen kann, als die Regierung sich nicht entschliesst, mit grösserer Strenge durchzugreifen, und den Primärunterricht auf unerschütterlichen, längst bewährten Principien festzustellen.

Dahin gehört in erster Linie die Einführung des Schulzwanges. Mag man diesen immerhin unter der höflichen Form des obligatorischen Unterrichts verbergen, so ändert das an der Sache nichts. Männer, die von sittlichem Ernst für diese wichtigste Angelegenheit durchdrungen, wie Jules Simon, haben sich bisher vergebens bemüht, den Schulzwang in einem Lande durchzusetzen, in welchem von dem Volontärprincip nichts zu hoffen ist, wo Niemand vor allen Dingen zahlen will. Es kann uns nur ein Lächeln abnöthigen, dass die anderswo seit Jahrhunderten feststehenden Grundsätze noch mit den kaum einer Widerlegung werthen Phrasen, wie die von der Freiheit der Eltern, bekämpft werden, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken wollen oder nicht. „Le droit qu'ils défendent avec tant d'énergie n'est autre que le droit à l'ignorance!“ bemerkt Jules Simon treffend (l'École, 3ème Partie. chap. IV, p. 255). Freilich ein neues Grundrecht traurigster Art!

Es mag in der That bei Leuten, die auf jede verständige Belehrung nicht hören wollen, auch nicht viel nützen, dass

man ihnen in der wortgetreuen Uebersetzung das General-Landschulreglement vom 12. August 1763 und die betreffenden Bestimmungen im zwölften Titel des zweiten Theils des Allg. L.-R. (J. Simon, l'École, 3ème P. chap. VI. p. 290 svv.) vorführt, um ihnen einen Spiegel vorzuhalten, wie man es in Preussen angefangen hat, um die Kinder im Wege eines heilsamen Zwanges der Elementarschule zuzuführen.

Nur dadurch möchte zu helfen sein, dass man die Schulpflichtigkeit für ein gewisses Alter decretirt, die Eltern aber, die in ihrer Pflicht säumig sind, die Kinder zur Schule zu bringen, mit angemessenen Strafen belegt, wie dies in unserem Landrecht (Theil II Titel 12, §. 48. Jules Simon, l'École, 3ème P. chap. IV, p. 248) vorgeschrieben ist. Und wenn man bei der mehr oder minder allgemeinen Abneigung, die Kinder zur Schule zu schicken, hiemit noch nicht ausreicht, so würde an der Zeit sein, in ernste Erwägung zu ziehen, ob es nicht rathsam ist, den Maire und die Municipalräthe in Strafe zu nehmen, in deren Communen arge Verstösse gegen die Schulordnung vorgekommen sind. Die Clausel im Art. 21 der Schulnovelle vom 10. April 1867, dass Kinder vor zurückgelegtem sechsten Lebensjahre nicht in die Schule, sondern in die Salles d'asile gebracht werden sollen, enthält bisher noch nicht einmal einen Anfang, eine Schulpflichtigkeit einzuführen.

Bei diesem Hauptmangel entbehren alle Veranstaltungen zu Gunsten der Schule eines dauerhaften Fundaments.

Sie müssen um so weniger zweckentsprechend sein, als jetzt durch die neuere Schulgesetzgebung den Gemeinen jede Art der Selbstverwaltung in der Elementarschule entzogen ist. In Deutschland gereicht es einer Gemeinde oder einem Gutsherrn zu einem wohlberechtigten Stolz, aus eigenen Mitteln und nach eigenem Plan die Elementarschule des Orts erbaut und eingerichtet zu haben. Die Regierung ist ihnen dabei so wenig hinderlich, dass sie sich nur bemüht, bei ihrer Prüfung des Planes die vorkommenden augenfälligen Fehler der projectirten neuen Einrichtung zu verbessern. In Frankreich hängt das Alles vom Préfecten ab.

Die Gemeinde hat damit keinen höheren Werth als den einer Zahlstelle, die sich mit der Aufbringung und Flüssigmachung der Mittel für eine Einrichtung beschäftigt, die nicht sie, sondern ein über ihr stehender und ihr fremder Verwal-

tungsbeamter ins Leben gerufen hat. Bei dieser Sachlage kann es nicht auffallen, dass die Bildung und die äussere Stellung der Elementarlehrer eine sehr unbefriedigende ist. Einmal ist ihre Bildung eine überaus dürftige. Von Schullehrer-Seminarien ist nicht die Rede, die, wie bei uns, über das ganze Land ausgebreitet wären. Man sollte denken, dass wenn Jemand andere unterrichten soll, er mehr wissen müsste, als das Maximum der Kenntnisse seiner Schüler beträgt. Dem ist aber nicht so. Ein französischer Elementarlehrer braucht nichts weiter zu wissen, als seine künftigen Schüler in dem obligatorischen Theil des Unterrichts, also: die Grundbegriffe der Moral und Religion, der französischen Sprache, Lesen, Schreiben, Rechnen, mit der Kenntniss von Maass und Gewicht, sowie die Elemente der französischen Geographie und Geschichte (Art. 46, 23, des Schulgesetzes vom 15. März 1850, Art. 16 der Novelle vom 10. April 1867). Die beiden letzteren Unterrichtsgegenstände sind hinzugefügt, nachdem wir gehört haben, dass in der Julirevolution von 1830 noch Leute existirten, die den „Prince noir“ als das unsichtbare Haupt der Bewegung bezeichneten.

„Ils savent — fügt Louis Blanc hinzu (Hist. de dix ans P. II, chap. IV p. 32) — combien est irrésistible le pouvoir du mystère et combien l'ignorance du peuple est poétique!”

Mit diesen doch wahrlich ärmlichen Kenntnissen kann man das „brevet de capacité“ erlangen. Man ist jedoch mit noch viel Wenigerem zufrieden. Das Fähigkeits-Zeugniss kann durch ein Attest über eine dreijährige Stage als Lehrer-aspirant ersetzt werden (Art. 47 des Gesetzes vom 12. März 1850). Damit ist die Qualifikation zum Lehramt ein blosses Routinegeschäft geworden. Bei diesen geringen wissenschaftlichen Anforderungen an die Lehrer ist auch ihre Besoldung eine offenbar ungenügende. Sie ist auch nur für die wirklichen Lehrer (Instituteurs) eine feste. Die Hülfslehrer (Adjoints), zunächst zur Leitung der neu einzurichtenden Dorfschulen (Écoles des hameaux) nach Savoyischem Muster bestimmt, können auf ein gesetzliches Minimum nicht rechnen. Sie haben vielmehr nur nach einem vagen Ausdruck ein „traitement“ zu erwarten (Artikel 5 der Schulnovelle vom 10. April 1867).

Die eigentliche Besoldung der Lehrer besteht nun im

Anfang ihrer Laufbahn aus 600 Francs neben freier Wohnung. Wenn die Erhöhung auf 700 Francs nach fünfjähriger Dienstzeit zufolge des Decrets vom 31. December 1853 obligatorisch ist, so ist doch die weitere Steigerung auf 800 Francs nach zehnjähriger Dienstzeit, 900 Francs nach funfzehnjähriger Dienstzeit (Decret vom 19. April 1862) nur eine facultative. Denn sie wird nur einem Zwanzigstel der Elementarlehrer und diesem nur als Belohnung nach dem Ermessen des Unterrichtsministers gewährt. Es leuchtet ein, dass damit die Stellung solcher Lehrer eine höchst ungewisse ist, ja, dass sie der Sorgen für ihr tägliches Brod niemals überhoben sind.

Sie dürfen mit Bestimmtheit nur auf eine Jahreseinnahme von 700 Francs rechnen. Das sind aber nur 186 Thlr. 20 Sgr. In dieser Weise ist ein französischer Elementarlehrer schon jetzt weit schlechter gestellt als ein preussischer. Man muss erwägen, dass die Theuerung aller ersten Lebensbedürfnisse in Frankreich viel grösser ist als bei uns. Und doch sollen mit dieser Summe unterschiedlos Elementarlehrer gleichmässig in den Städten, sowie auf dem Lande besoldet werden. Der Gehalt eines Elementarlehrers in den Städten berechnet sich aber in Preussen durchschnittlich auf 281 Thlr., um etwa ein Drittel höher; der eines Lehrers auf dem Lande freilich nur auf 181 Thlr. Bei der letzteren Kategorie ist jedoch nicht zu übersehen, dass unter der Durchschnittssumme von 181 Thlr. eine nicht unbedeutende Quantität von Naturalien enthalten ist, die zu sehr niedrigen Preisen in den Genusszetteln veranschlagt sind. In Zukunft wird sich die Differenz zum Nachtheil der französischen Elementarlehrer noch bei Weitem ungünstiger stellen, da alle Gehalte der Elementarlehrer bei dem neueren preussischen Schulgesetz voraussichtlich einer nicht unbedeutenden Steigerung entgegengehen. Man weiss hier eben den Werth guter Elementarlehrer gebührend zu schätzen.

Wir haben versucht, an der Hand der Gesetzgebung und der bewährtesten Autorität in Schulsachen die Mängel darzustellen, die das französische Elementarschulwesen darbietet. Es sei uns nun noch gestattet, in Zahlen nachzuweisen, wie weit der Primärunterricht dort zurückgeblieben ist.

Nach der officiellen Zusammenstellung (*moniteur du soir*, 23. Févr. 1867, No. 54 p. 214) waren am 1. Januar 1866 36,854 Communen mit Schulen versehen, in 654 fehlten sie

Resultate des
Französischen
Primär-
schulwesens.

ganz. Zufolge anderweitiger Mittheilungen (J. Simon, l'École, P. I, chap. VIII p. 105) hatten 10,704 Communen Mangels eigener Häuser ihre Schulanstalten in gemietheten Localen untergebracht.

Zu jener Zeit waren 73,208 Schulen mit 4,861,189 „unterrichtsbedürftigen“ Kindern — wir würden sagen: „schulpflichtigen“ — vorhanden.

Davon fiel ein Procent beim Schulbesuch ganz aus.

Es besuchten die Schulen:

49, ₈ Procent das ganze Jahr hindurch;	
18, ₈ Procent sechs bis neun Monate	} jährlich.
31 Procent einen bis sechs Monate	

Ein nicht das ganze Jahr hindurch fortgesetzter Unterricht ist bekanntlich werthlos. Man kann also annehmen, dass ungefähr funfzig Procent der Kinder fast ohne allen genügenden Unterricht geblieben sind. In Preussen besuchen vierundneunzig Procent aller schulpflichtigen Kinder die Elementarschulen während des ganzen Jahres (Thilo, Volksschulwesen S. 293—294). Und dieser Ausfall reducirte sich nach den genauen Berechnungen des Ministeriums der Unterrichts-Angelegenheiten (Statist. Nachr. S. X—XI) am Ende des Jahres 1864 auf $1\frac{1}{23}$, ungefähr also auf $\frac{1}{2}$ Procent. Wir begnügen uns, dieses Resultat der Schulpflichtigkeit, der strengen Führung der Schulversäumnisslisten und der unnachsichtlichen Bestrafung aller nachlässigen Eltern kraft des Gesetzes, hier einfach zu registriren.

In dem französischen Budgetgesetz vom 27. November 1867 für das Jahr 1868 (Bull. d. lois 1867, Partie supplém., p. 821 svv.) sind bei dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts ausgebracht:

an Generalkosten, die auf den Etat	
gestellt worden	8,971,700 Francs,
Inspectionskosten für den Primär-	
unterricht	1,236,600 Francs,
(p. 830),	
Schulbaukosten	1,100,000 Francs,
(p. 840).	

Von jenen Generalkosten sollen zu Staatssubventionen $5\frac{1}{2}$ Millionen Francs verwendet werden, um die unzulänglichen Mittel der Communen und Departements zu ergänzen. Ueber die nicht bestimmungsmässige Verwendung der Staats-

subvention wird Beschwerde geführt. Es ist erwiesen (Séance du Corps législatif du 22. Avril 1868, Mon. du soir, 24. Avril 1868. N. 114 p. 482), dass das Seinedepartement statt der gesetzlichen zwei Zusatzcentimen nur sieben Zehntel einer Centime notirt und dennoch einen Staatszuschuss von 365,351 Francs erhalten hat (Interpellation Tillancourt).

Dies ist geschehen, als die Stadt Paris bei dem Crédit Foncier eine Schuldenlast von 394,440,040 Francs 24 C. — etwa $106\frac{1}{2}$ Millionen Thaler — contrahirt hat. Unfähig die verabredeten Tilgungstermine in neun Jahren einzuhalten, trägt sie diese Schuld jetzt in sechszig Jahren mit jährlich 21,574,387 Francs 0,2 C. — ungefähr $5\frac{3}{4}$ Millionen Thaler jährlich — zuzüglich der Zinsen, ab (Assemblée gén. du Crédit Foncier, 27. Avril 1868, Mon. du soir, 6. Mai 1868, N. 126 p. 510).

Unser Preussisches Budgetgesetz vom 24. Februar 1868 (G.-S. 1868. S. 93 ff.), ausgezeichnet durch Klarheit und Uebersichtlichkeit, weist dagegen nach:

Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten (für das Jahr 1868):

Elementar-Unterrichtswesen:

(Tit. 22) Schullehrer-Seminarien	338,536 Thlr.
(Tit. 23) Elementarschulen	725,109 „
(Tit. 24) Turnunterricht	12,160 „
(S. 134)	1,075,805 Thlr.

Und wenn dazu gerechnet wird die Hälfte der für Cultus und Unterricht gemeinsam S. 135 (Tit. 33–36) ausgeworfenen Ausgaben:

(Titel 33) Geistliche und Schulräthe	88,064 Thlr.
(Tit. 34) Baufonds	510,266 „
(Tit. 35) Verbesserung der äusseren Lage der Geist- lichen und Lehrer	176,176 „
(Titel 36) Sonstige Aus- gaben	157,047 „
also im Ganzen	465,774 $\frac{1}{2}$ Thlr.
Total	1,541,581 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Also obwohl die preussische Elementarschule nur in sehr bescheidenem Maasse eine Kostgängerin des Staates ist, verwendet dieser doch für sie in einem Jahre noch in runder Summe $1\frac{1}{2}$ Millionen Thaler oder über fünf und eine halbe Millionen Francs.

Auf dem preussischen Budget finden sich dabei Titel, die auf dem französischen ganz fehlen:

Schullehrer-Seminarien; Turn-Unterricht; besondere Verbesserungen für Lehrer.

Bei anderen Titeln fällt die sparsame Verwaltung der öffentlichen Gelder angenehm auf.

Die Localschulinspection kostet in Preussen nichts; die Revision der städtischen und ländlichen Elementarschulen, sowie die Bearbeitung des Primär-Schuldecernats bei den Regierungen (Ein Viertel von 88,064 Thlrn.):

22,016 Thaler = 82,560 Fr. 75 C.

Die Inspection des Primärunterrichts

in Frankreich kostet dagegen . 1,236,600 „ — „

Bleibt Ersparung an Verwaltungskosten bei diesen Posten

in Preussen 1,154,040 „ — „

Und wenn man mit Rücksicht auf die grössere Bevölkerung von Frankreich

abrechnet ein Drittel . . 384,680 „ — „

Schliesslich noch für Preussen an

Minderkosten seiner Verwaltung . 769,360 „ 50 „

Oder in runder Summe jährlich . 205,000 Thaler.

Angesichts solcher Ergebnisse wird der reale Werth des stereotypen Spruchs problematisch:

„La France marche à la tête de la civilisation!”

Wohl aber wollen wir uns zur Aufmunterung in unserem Bemühen um die Verbesserung des Elementarunterrichts in Preussen den schönen Ausspruch von Jules Simon dienen lassen, der eine ehrende Anerkennung des schon Geleisteten in sich schliesst:

„La Prusse, avec l'instruction obligatoire a vaincu l'ignorance. C'est une victoire dont nous sommes séparés, après trente ans d'énergiques efforts, par près de 900,000 enfants ignorants ou abandonnés.” (L'École, 3ème P. ch. VIII p. 322.)

Viertes Kapitel.

Repetitionscourse älterer Zeit. Cours d'adultes. Preussische Militairschulen.
Die Gegenleistungen des Staats. a) Das allgemeine Stimmrecht. b) Anstellungen gedienter Militairpersonen im Civil-Justizdienst.

Die Erfahrung lehrt, dass alle erlernte Wissenschaft in kürzerer oder längerer Zeit verloren geht, wenn sie nicht fleissig geübt wird.

Repetitions-
course älterer
Zeit.

Diese Uebung kann für Diejenigen durch die Praxis des täglichen Lebens vorgenommen werden, die sich in der Lage befinden, von ihren Kenntnissen häufigen Gebrauch zu machen. Für Diejenigen aber, die um ihres Lebensunterhalts willen gezwungen sind, fast ausschliesslich sich mechanischen Beschäftigungen hinzugeben, müssen Repetitionscourse zu geeigneter Zeit nachhelfend eintreten.

Das Bedürfniss solcher Wiederholungsschulen ist ein altes, seit Jahrhunderten empfundenes. Das Maass der darin aufgefrischten Kenntnisse wird aber den ursprünglichen Schulkenntnissen adäquat sein.

In Preussen — und speciell in unserer Provinz Ostpreussen — finden wir derartige Elementar-Wiederholungscourse schon in der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts eingerichtet. Denn nichts anderes sind die durch den Kirchen-Visitations-Recess für das Insterburgische Amt vom 29. Juni 1639 (Capitel III) — Grube, Corpus Const. Prut. I S. 40 — eingerichteten, mit den „unverständigen Littawen“ abzuhaltenden „Gebetsverhöre“. Die Prediger — heisst es hier — sollen die Dörfer in ihren Kirchspielen in der Zeit von Michaelis bis Advent befahren, jede Person „mit Hülff der Schulmeister“ in allen Stücken des Christenthums und des Catechismus examiniren und die Leute beten lehren. Für ihre Bemühungen empfangen sie von den Bauerwirthen eine freiwillige Abgabe, die später unter dem Namen der „Kalende“ in eine feste Gebühr verwandelt ist.

Es wird hier freilich nur angeordnet, dass die Erwachsenen über ihre Kenntnisse in der heiligen Schrift und im Catechismus sich ausweisen sollen. Dies setzt voraus, dass sie des Lesens kundig sind, so dass beide Bücher ihnen gleich-

zeitig zur Befestigung im Glauben und als Volkslesebücher dienen sollen. Die Kenntnisse haben sich in den Elementarwissenschaften erweitert, sobald im Laufe der Jahrhunderte die Volksschulen eine verbesserte Einrichtung erhielten und die Lehrobjecte auf das Schreiben und Rechnen, die deutsche Sprache, die Anfangsgründe der vaterländischen Geographie und Geschichte ausgedehnt sind. In diesem Umfange sind dann auch die Wiederholungscurse der Sonntagschulen in den Städten, namentlich für die Lehrlinge der Handwerker, jetzt geregelt.

Cours d'adultes.

In einer anderen Richtung bewegen sich die seit etwa funfzehn Jahren eingerichteten „Cours d'adultes“ der grösseren Städte Frankreichs. Das Schulgesetz vom 15. März 1850 kennt allerdings auch Schulen für Lehrlinge unter zwölf Jahren. Es etablirt aber (Capitel VI, Art. 54) Communalschulen für Erwachsene über achtzehn Jahre. Die Lehrer, die in diesen Schulen unterrichten, sollen dafür auf Vorschlag des Préfecten nach Anhörung des Municipalraths, besondere Gratificationen erhalten, die der Unterrichtsminister festsetzt (Art. 7 der Schulnovelle vom 10. April 1867). An sich mag die Idee nicht zu missbilligen sein, die der Einrichtung der „Cours d'adultes“ zum Grunde liegt. Die Elementarschule hat nur den Zweck, die heranwachsende Generation auszubilden. Die gegenwärtige, bereits erwachsene Generation gehört nicht in ihren Bereich. Diese würde für ihre wissenschaftliche Ausbildung verloren sein, wenn man ihr nicht durch ein ausserordentliches Mittel — die Cours d'adultes — Unterstützung gewährte. Im Winter 1867—1868 sind in 26,193 französischen Communen 27,902 Cours d'adultes für Männer und in 4,084 Communen 4,429 solcher Curse für Frauen eröffnet. Darin haben 684,092 Männer und 95,281 Frauen, im Ganzen 779,373 Personen Unterricht erhalten (Mon. du soir, 18. Juill. 1868. N. 198 p. 808).

Wir gehören aber zu Denen, die dieser Organisation der Unwissenheit wenigen praktischen Werth beilegen.

Man muss zunächst berücksichtigen, dass Leute in einem vorgerückteren Lebensalter, wie namentlich die grosse Masse der Arbeiter, nicht mehr recht bildungsfähig sind; dass ihre Zeit durch die mechanische Arbeit vollauf in Anspruch genommen wird, und dass es ihnen an der Gabe fehlt, das Gelernte zu verarbeiten, wenn sie auch einige Kenntnisse sich äusserlich angeeignet haben.

Diese Rücksichten haben es auch zu Wege gebracht, dass man weder in Deutschland, noch in England sich auf ähnliche Veranstaltungen eingelassen hat. Der Elementarunterricht ist in diesen Ländern unzweifelhaft besser und zweckmässiger eingerichtet, als in Frankreich. Es waltet daher von Hause aus kein Bedürfniss ob, dem Mangel an Elementarunterricht auf diese Art abzuhelpen. Alsdann aber greift die Erwägung durch, dass Leute aus den unteren Volksschichten in vorgerückteren Lebensjahren wohl nur einen stufenweise fortschreitenden professionellen oder wissenschaftlichen Unterricht mit Nutzen erhalten können.

Dieser setzt immer voraus, dass der Schüler die Elemente alles Wissens schon vollständig sich angeeignet hat. Diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, giebt man — wir glauben mit Recht — für jede weitere Ausbildung verloren.

Daher werden Einrichtungen, wie Sonntagsschulen, Fortbildungsanstalten für Handwerker in professionellen Kenntnissen, auch populäre Vorlesungen über gemeinnützige Wissenschaften, ihren Zweck erreichen. Schwerlich aber eine Anstalt, in der erwachsene Leute geistig den kleinen Kindern gleich behandelt werden müssen, wenn man ihnen noch etwas beibringen soll. Fühlt Jemand das Bedürfniss, der durch die Gunst der Umstände in eine bessere Lage versetzt ist, seiner vernachlässigten Erziehung nachzuhelfen, so ist es wohl das Beste, dass er dies im Stillen für sich thut, ohne mit seiner Unwissenheit öffentlich auszustehen. Es sind uns solche Leute bekannt geworden, die durch eigene Anstrengung ihre versäumte Erziehung verbessert und sich in den Stand gesetzt haben, die ihnen angewiesene höhere Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft wenigstens leidlich auszufüllen.

Dieses öffentliche Hageprunken mit der eigenen Unwissenheit und deren vermeintliche Correctur ist es, was die Franzosen nicht unterlassen können und was die ganze Sache einem Deutschen verleidet.

Bald sehen wir (Mon. du soir, 23. Août 1867 p. 975) ein kleines Kind im 17. Arrondissement in Paris, das — eine Art alphabetarischer Antigone — seinen alten unwissenden Vater an die Hand nimmt, um ihn zum Cours d'adultes zu führen, wo er von seiner geistigen Blindheit geheilt werden sollte. Bald erhalten Vater und Sohn in einem solchen Curse zu gleicher Zeit Preise im Schreiben (un père et un fils cou-

ronnés ensemble). Bald erhält ein „brave militaire“, der bei seinem Eintritt nicht lesen konnte, einen Preis für seine beharrlichen Anstrengungen („est venu recevoir le prix de ses courageux efforts“). Die letztere Thatsache ist die auffallendste, weil sie zur Genüge darthut, dass entweder gar kein, oder doch nur ein höchst dürftiger Unterricht in den Militärschulen Frankreichs ertheilt wird. Der Herr Präsident bei der Preisvertheilung kann nicht umhin, diese unseres Dafürhaltens sehr beklagenswerthen Facta mit besonderem Geschick und Theilnahme („avec à-propos et émotion“) gebührend hervorzuheben. Wenn es uns nun auch nicht recht begreiflich erscheint, dass ein Mann von den Fähigkeiten und dem feinen Tact, wie Jules Simon, ein solches Verfahren beloben kann, so wollen wir doch gern in seinen Wunsch einstimmen, dass die Cours d'adultes bald geschlossen werden und den „véritables écoles de perfectionnement“ Platz machen mögen (L'École, Ière P. chap. 1 p. 11). Denn nur in den letzteren vermögen wir einen gesunden und naturgemässen Fortschritt zu erkennen.

Preussische
Militärschulen.

Von ganz anderer Art sind unsere Militärschulen. Sie sind in ihrem ganzen Wesen wahre „Cours d'Ephèbes“ (ἐφηβοὶ σὺν τοῖς γυμναστικοῖς ὅπλοις Xenoph. Cyrop. I c. 2 §§. 4, 9 seqq.) bei Weitem weniger blosse Primärschulen als Wiederholungs- und wirkliche Fortbildungsschulen im Grossen und Ganzen.

Die Stellung der jungen Soldaten ist bei uns von Anfang an eine andere und bessere als in Frankreich.

Nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes, die unsere fast sechzig Jahre bestehenden altpreussischen Einrichtungen generalisirt hat, muss Jedermann ohne Ausnahme vom zurückgelegten zwanzigsten bis zum vollendeten zweiunddreissigsten Lebensjahre dienen, drei Jahre unter der Fahne, vier Jahre in der Reserve, fünf Jahre in der Landwehr (Bundesverfassung, Art. 57—59, B.-Gesetz-Blatt 1867 S. 17—18). Jedermann weiss, dass er diese Pflicht gegen das Vaterland erfüllen muss. Es hat sich also jeder darauf einzurichten. Je intelligenter er in den Dienst kommt, um so leichter wird es ihm, dieser Pflicht zu genügen. Kann er es ermöglichen, ein Gymnasium ein Jahr hindurch in Secunda besucht zu haben, so werden ihm zwei volle Jahre an der Dienstzeit unter den Fahnen erlassen: eine sehr gerechtfertigte Prämie für wohlerworbene Kenntnisse. Wer auf

Avancement fortdienen will, steigt nur durch Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen zum Officier auf. Neben der militärischen Tüchtigkeit ist also die Intelligenz der entscheidende Factor in der Preussischen Armee.

Dies ist so allgemein anerkannt, dass ein gewiss unparteiischer Kritiker des Feldzugs von 1866, der Prinz von Joinville, sich dahin ausspricht:

— „mais tout cela le gouvernement ne l'a fait qu'au moyen d'un corps d'officiers instruits, laborieux, appliqués sans relache à un travail jugé souvent excessif, mais ayant la conscience que la supériorité de leur éducation ne leur permettait pas la médiocrité. Ces officiers, les faits l'ont aussi attesté, ont été admirablement secondés par leurs soldats. Sous le drapeau en effet toutes les classes de la société se trouvaient représentées, et l'intelligence venait au secours de la discipline.” (Encore un mot sur Sadowa, p. 47.)

Diese Elemente finden sich allerdings in der französischen Armee nicht vor, die nach einem ganz anderen System zusammengesetzt ist. In Gemässheit des Militärgesetzes vom 21. März 1832 und dessen sehr wesentlichen Abänderungen in der Novelle vom 1. Februar 1868 (Bull. d. lois 1868. p. 95 svy.) ist nicht die ganze Bevölkerung, sondern nur derjenige Theil zum activen Dienst bei der Fahne im Felde verpflichtet, der nach dem jährlich zu votirenden Contingentgesetz dazu ausgeloot wird. Unter diesen kommen noch alle vermögenderen jungen Leute, also präsumtiv die Gebildeteren, in Abzug, die sich durch bezahlte Einsteher vertreten lassen (Nov. vom 1. Februar 1868. Tit. II, Art 4 No. 3). Die so Vertretenen sind nur zu dem weniger erheblichen Dienst in der mobilen Nationalgarde verbunden, die durch ein Specialgesetz (Art. 3 ders. Novelle) zu dem minder erheblichen Dienst in der Vertheidigung der Festungen, der Küsten und Grenzen des Reichs, sowie „au maintien de l'ordre dans l'intérieur” aufgerufen wird. Diese mobile Nationalgarde, deren Organisation vor Kurzem durch eine unserer Preussischen Landwehr-Bezirksordnung nachgebildete Instruction angeordnet ist (Rapport du maréchal Niel à l'Empereur du 28. Mars 1868, Bull. des lois 1868. p. 653 svv.) hat in Frie-

denszeiten jährlich höchstens vierzehntägige Uebungen durchzumachen (Art. 9 No. 2 der Novelle).

Der Dienst in der Linie dauert aber für alle dazu Eingezogenen ausnahmslos neun Jahre, nämlich fünf unter der Fahne, vier in der Reserve. Er ist auch mit anderen, der Norddeutschen Verfassung unbekannten Nachtheilen verbunden, da die Soldaten erst in den letzten drei Jahren des Reservedienstes sich verheirathen dürfen (Art. I, 30 der Nov.). Der davon ganz abgesonderte Dienst in der mobilen Nationalgarde umfasst eine fünfjährige Dauer (Tit. II. Art. 5 der Novelle).

Es kehrt also hier der in unserer neuen Militairorganisation vermiedene Fehler der alten Sechswochen-Rekruten bei der Landwehr in verstärktem Maasse wieder. Die unerlässliche Einheit in der Armee ist aufgehoben. Denn die Feldarmee ist ein besonderes für sich bestehendes Ganzes und die mobile Nationalgarde ist gleichfalls ein abgesonderter tactischer Körper. Ueberdies ist die Feldarmee aus heterogenen Elementen zusammengesetzt: aus denen, die nur ihrer Militairpflicht Genüge leisten und den Einstehern (*remplaçants*), die für Andere dienen. Das Norddeutsche Heer ist dagegen ein Ganzes aus einem Guss. Jedermann dient darin für sich — wie dies in der Ordnung, hintereinander unter der Fahne, in der Reserve und in der Landwehr. Es stellt sich aber noch ein viel grösserer Uebelstand bei der französischen Armee heraus. Die natürliche Folge des Einstehers-Systems ist die, dass sich die vermögenderen und gebildeteren Classen vom Dienst unter der Fahne zurückziehen.

Die geistig ausgebildeteren Elemente des Volkes wird man daher bei der mobilen Nationalgarde zu suchen haben. Das ist an sich keine erfreuliche Erscheinung. Am wenigsten kann aber dann noch von Gleichheit die Rede sein, wo das Vermögen entscheidet, ob Jemand der heiligsten Pflicht gegen sein Vaterland nachkommen muss oder nicht. Die wahre Gleichheit möchte danach wohl beim norddeutschen Heer anzutreffen sein, bei welchem dem Neofeudalismus der Börse nicht geopfert wird und in dessen Reihen, mit dem gleichen Waffenrock angethan, der Sohn des Fürsten neben dem des Tagelöhners steht.

Man mag daher immerhin Männern, die auf den Höhen der französischen Gesellschaft stehen, ihre Meinung lassen,

dass das französische System die Gleichheit ausdrücke und das norddeutsche weit davon entfernt sei (Reden im Senat des Generals, Grafen de la Rue und des Viceadmirals, Grafen Bouët-Willamez, vom 27. Januar 1868. Mon. du soir vom 31. dess. Mts. und J. No. 31 p. 122 svv.). Uns überzeugen sie nicht.

Wir kennen in unserem System der Gleichheit nur einen sachlich wohl gerechtfertigten Unterschied. Das ist der Unterschied der Bildung. Je grösser das Capital der Bildung, das der Soldat zur Fahne mitbringt, um so mehr verkürzt sich die active Dienstzeit. Es mag daher den Franzosen nicht gefallen, dass Männer, wie Carnot und Jules Simon ein im Corps législatif kaum beachtetes Amendement zur Militairnovelle auf Einführung des Instituts der einjährigen Freiwilligen einbrachten. Wir sehen hierbei von unserem Standpunkt aus, dass das, was man dort unter Gleichheit versteht, noch heute diejenige ochlokratische Gleichheit ist, wie sie zum Schrecken der Franzosen selbst der Convent seiner Zeit handhabte.

Kein Wunder, dass unter diesen Umständen von Hause aus die Masse der Eingestellten ohne alle Schulbildung in der französischen Armee bei Weitem grösser ist, als in den meisten anderen europäischen Heeren: auch eine bittere Frucht des mangelnden Schulzwanges. Nach einem Bericht des französischen Kriegsministers aus dem Jahre 1865 (Mon. du 6. Mars 1865) konnte beinahe ein Drittel aller Conscripten nicht einmal lesen. Bei uns wird es dagegen schon für eine auffallende Erscheinung erachtet, dass im Ersatzjahr 18⁶⁴/₆₅ von hundert Eingestellten in den Provinzen Posen, Preussen und Schlesien 16,₃ Procent ohne Schulbildung befunden sind. Es sind dies diejenigen Provinzen, in denen starke Bruchtheile polnischer Bevölkerung sich vorfinden. In den anderen alten Provinzen sinkt das Verhältniss der einer Schulbildung entbehrenden Rekruten bis zu 0,₁₉ Procent herab (Thilo, Volksschulwesen S. 307—8). In der Stadt Berlin fand sich Niemand, der die Elementar-Schulkenntnisse nicht mitgebracht hätte: ein Resultat, das über das in öffentlichen Blättern vielfach gerühmte eines sächsischen Bataillons aus dem Jahre 1866 hinausgeht, in welchem doch noch vier Soldaten ohne Schulbildung angetroffen wurden.

Durch diese gute und nachhaltige Wirkung des Elementarunterrichts der Jugend wird unser Urtheil bestätigt, dass

die Militärschulen im Ganzen mehr den Charakter von Wiederholungscursen an sich tragen, als dass sie zur ersten Erlernung der Elementarkenntnisse bestimmt wären. Man kann in ihnen wahrnehmen, dass nach Beendigung des harten Tagesdienstes am Abend Officiere, Zahlmeister und Feldwebel die ihnen untergebenen Mannschaften im Lesen, Schreiben, Rechnen, in der deutschen Sprache bis zur Fertigung kleinerer Aufsätze, in den Elementen der Geographie, sowie in der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte mit Eifer und Hingebung unterrichten. Für die Unterofficiere und die Unterofficier-Aspiranten sind noch besondere Curse eröffnet, in denen sie in den Grundsätzen des Militairrechts, der Geometrie und des Zeichnens unterrichtet werden. Die Specialwaffen, Artillerie und Pioniere, haben ihre eigenen Lehrurse mit erhöhten wissenschaftlichen Leistungen.

Man sieht hieraus, dass die militärischen Vorgesetzten keine Mühe scheuen, um ihre Eleven mit verbesserten wissenschaftlichen Kenntnissen dereinst der bürgerlichen Gesellschaft zurückzugeben.

Die
Gegenleistungen
des Staats.
a) das allgemeine
Stimmrecht.

Für diese wissenschaftlichen und praktischen Leistungen wird eine doppelte Gegenleistung gewährt. Eine ideale: das allgemeine Stimmrecht; eine reale: nach den Umständen Anstellungen im Civildienst. Sie besteht zunächst auf dem politischen Gebiet im Erwerb des allgemeinen Stimmrechts.

Mit Recht verlangt Stuart Mill in seinen trefflichen „Betrachtungen über Repräsentativ-Verfassung“ (Cap. 8, 2. Aufl. Uebersetzt von Dr. Wille, S. 110), dass das allgemeine Stimmrecht ein intellectuelles Fundament haben müsse. Er findet dies in den nachzuweisenden Kenntnissen eines jeden Wählers vom Lesen, Schreiben, Rechnen; den Elementen der Geographie in allen ihren Zweigen und der Landesgeschichte, sowie den vornehmlichsten Staatseinrichtungen. Ein Wähler, der nichts weiter kann, als den ihm ausgehändigten gedruckten Stimmzettel an der Urne abzugeben, ist die Beute jedes ehrgeizigen Agitators, der sich eines jeden zum eigenen Willen unfähigen Werkzeugs zur Erreichung seiner unlauteren Zwecke bedient. Unwillkürlich mag jener Nationalökonom dabei an seine eigenen Landsleute, die unwissenden und verwahrlosten Irländer, denken, wie sie in Amerika vom Whiskey angefeuert mit dem Stimmzettel in der Hand zur Urne heran-

getrieben werden: ein „voting-cattle“, wie sie der Amerikaner verächtlich nennt.

In der That ist auch der engere Zusammenhang der Elementarkenntnisse mit dem allgemeinen Stimmrecht ein deutlich in die Augen fallender. Das Stimmrecht ist die Gegenleistung des Staats für die Leistungen der Individuen in ihm. Diese Leistungen bestehen in der Pflicht zum Militärdienst und zur Steuerzahlung, ferner in der Pflicht zum Besuch mindestens der Elementarschule, als der geeigneten Stätte zur Schaffung eines geistigen Erwerbes, der für das ganze öffentliche und Privatleben befruchtend und durchdringend wirken soll. Die Erfüllung dieser drei Pflichten ist also die Grundbedingung zur Gewähr und zur erfolgreichen Ausübung des allgemeinen Stimmrechts. Saint-Marc Girardin drückt dies überzeugend aus, indem er sagt:

„En Allemagne, les enfants qui doivent aller à l'école sont designés sous le nom de Schulpflichtige, tenus à l'école. On est Schulpflichtig, comme on est Dienstpflichtig, tenu au service militaire, et Steuerpflichtig, tenu au payement de l'impôt, contribuable. Les citoyens doivent à l'État de savoir lire, comme ils lui doivent de porter les armes et de payer l'impôt“ (De l'Instruction intermédiaire dans le midi de l'Allemagne 1835 p. 70).

Jene Grundsätze über den Einfluss der Elementarkenntnisse auf die Ausübung des Wahlrechts sind bereits jenseits des Oceans zur praktischen Geltung gelangt. Nach dem Amendement XI zur Verfassung von Connecticut vom October 1855 wird Niemand als Wähler zugelassen, der nicht auf Verlangen einen Abschnitt aus der Constitution oder aus irgend einem Gesetze dieses Staates in der Wahlversammlung vorzulesen vermag. Eine vortreffliche Bestimmung, die nach der Bemerkung eines der gediegensten Kenner des öffentlichen Rechts der Vereinigten Staaten (Dr. Rüttimann, Nordamerikanisches Bundesstaatsrecht, I. §. 100 S. 106) den wohlberechtigten Zweck hat, sowohl „illiterati“, als auch die der englischen Sprache unkundigen Neubürger von der Theilnahme an den Wahlen auszuschliessen.

Ausser dieser allgemeinen Gegenleistung auf politischem Felde kann der Staat noch in die Lage kommen, den aus-

b) Anstellungen im Justiz-Civildienst für gediente Militairpersonen.

gedienten Soldaten besondere Gegenleistungen socialer Natur zu gewähren.

Dies geht namentlich die Classe der Unterofficiere bei uns an. Es beruht in der Billigkeit, dass der Staat einen Mann entschädigt, der in einem schwierigen und mühevollen Beruf sich ihm ausschliesslich gewidmet und sich dadurch die Möglichkeit wenigstens verschränkt hat, ausserhalb des Staatsdienstes sein Brod zu erwerben. Seine Lage ist jedenfalls eine schlechtere dem gegenüber, der nur als gemeiner Soldat der allgemeinen Wehrpflicht genügt hat; der, dem bürgerlichen Leben nur für eine verhältnissmässig kurze Zeit entnommen, dahin wieder zurückkehrt.

Ein Unterofficier, der zwölf Jahre bei der Fahne kraft Capitulation gedient und in dieser Zeit als Lehrer des Soldaten sich wirksam gezeigt hat, erwirbt sich damit ein Recht auf Entschädigung für die ihm erschwerte Rückkehr in das bürgerliche Leben und dessen freie Erwerbsverhältnisse mit dem vollendeten dreissigsten bis zweiunddreissigsten Lebensjahr, weil eben seine Erwerbsfähigkeit nur noch eine beschränkte ist. Derartige Rücksichten sind aber mehr in Preussen als in Frankreich maassgebend.

Bei den Fransosen sehen wir in früheren Zeiten das seltsame Schauspiel, dass die Armee sich aus dem Unterpersonale der Gerichte rekrutirt, anstatt dass man sonst überall vom Militärdienst in den Civildienst übergeht. König Ludwig XIII. befahl durch das Edict vom 31. März 1642 (Desmaze, le Parlement de Paris, 2ème Éd. p 256 svv.), dass ein Drittel aller Boten und Executoren (huissiers et sergeants) bei königlichen und Patrimonialgerichten, weil sie doch nichts anderes thäten, als das Volk placken („ils se consomment en fraiz et vexations) zum Heere ausgehoben werden sollte. Die berittenen Executoren wurden verpflichtet, zu Pferde mit einem Carabiner bewaffnet, Kriegsdienste zu leisten. Die zu Hause bleibenden zwei Drittel aus der Kategorie dieser Unterbeamten wurden mit einer mässigen Summe beschätzt („taxez à certaine modique somme”), um das ausrückende Drittel mit Waffen und Unterhalt zu versehen. Eine wunderbar zusammengesetzte Truppe! Freilich sehen wir noch aus einer wenig späteren Zeit, dass der grosse Kurfürst im Jahre 1658 den Lehnkrüger in Floderborn, Neustettinschen Kreises, die Verpflichtung auferlegte „Ihro Kurfürstlichen Durchlaucht allezeit

mit einem Harnisch und mit einem guten Faustrohr versehen, zu Pferde aufzuwarten."

Für die nachfolgenden Jahrhunderte verbot sich aber der Uebertritt ausgedienter Soldaten in den gerichtlichen Civildienst dort von selbst.

Die Boten- und Executoren-Stellen sind in Frankreich käufliche Stellen. Die grosse Revolution von 1789 hat auch in Beziehung auf diesen argen Missbrauch, der die Beamten zum Sportuliren recht eigentlich verführte, nichts weiter gethan, als was L. Tarquinius Superbus dem Abgesandten seines Sohnes Sextus freilich nur symbolisch vormachte, als er die hohen Mohnköpfe in seinem Garten mit einem Stock abschlug (T. Livius I, 54). Die unteren Stellen in der Justiz zählen noch jetzt zu den „offices vénaux." Den Gesamtwertb dieser verkäuflichen Stellen, deren Beseitigung ein Haupthinderniss der jetzt im Zuge befindlichen Justizreform bildet, schätzt man nach einer mässigen Berechnung auf eine Milliarde Francs, also etwa $266\frac{2}{3}$ Millionen Thaler (Raymond Bordeaux, Philosophie de la procéd. civile, chap. XV, p. 230). Aus diesem finanziellen Grunde allein würde es bisher unmöglich sein, dass ein Fremder in den Stand der Justizsubalternen aufgenommen wird.

Es entspricht auch sonst nicht der ganzen Lebensweise der Franzosen, nach Ableistung des Dienstes unter der Fahne ein Unterkommen in dem Justiz-Civildienst zu suchen. Eine effective militärische Versorgung findet ein sonst tüchtiger Linien-Unterofficier wohl hauptsächlich in der Gensd'armie, die bis zu einem Corps von 20,000 Mann in den sechsundzwanzig Legionen angewachsen ist. Im Uebrigen gewährt der Militärdienst selbst durch das Stellvertreter-System dem Soldaten die Mittel, sich wenigstens ein mässiges Vermögen zu erwerben, mit dem er in seinen alten Tagen als Rentier haushälterisch auskommen kann. Nimmt man an, dass der Dienstpflichtige mit dem zurückgelegten fünfundzwanzigsten Lebensjahre seiner eigenen fünfjährigen Militairpflicht Genüge geleistet hat, so bleiben ihm bis zum vollendeten vierzigsten Jahre noch drei Lustren übrig, in denen er für drei andere Conscripte deren Dienstzeit ableisten kann. Wenn man die Loskaufsumme für jede dieser drei Perioden auf nur 2500 Francs berechnet, so ist dem Einstehrer die Gelegenheit geboten, ein Gesamtcapital von 7500 Francs (= 2000 Thalern) zu er-

werben. Mit den Zinsen dieses Capitals ist dem Veteran für den Ueberrest seiner Lebenszeit ein mässiges Einkommen gesichert, zumal wenn man die grosse, nicht genug anzuerkennende Mässigkeit der Franzosen in Anschlag bringt.

Es steht überdies bei dem Eigenthümer eines solchen Capitals, in seinem noch rüstigen Lebensalter die Revenuen durch dessen agricole oder industrielle Anlage bei eigener Thätigkeit zu vermehren.

Ein blosser Capitulant (rengagé) kann freilich auf eine solche in den besten Lebensjahren theuer erkaufte Selbstständigkeit keinen Anspruch machen. Sein Anspruch beschränkt sich zunächst auf den höheren Sold — den Capitulanten-thaler — nach fünfjährigem Dienst unter den Fahnen (Militär-gesetz vom 1. Februar 1868, Art. I. 36. Bull. d. lois 1868, pag. 96).

Jetzt zuerst hat die französische Regierung durch das kaiserliche Decret vom 24. October 1868 (Mon. d. soir 28. Octobre 1868, No. 300, p. 1218) den Anfang damit gemacht, den fünfjährigen Capitulanten nach einer überhaupt zehnjährigen Militärdienstzeit, also etwa mit dem zurückgelegten dreissigsten Lebensjahre, Anstellungen im Civildienst zu sichern. Wie das beigefügte Tableau der Civildienststellen lehrt, hat in der Justizverwaltung aus Gründen, die ihre Erklärung in der französischen Justizverfassung finden, nur die Militairjustiz mit den Stellen von „Surveillants dans les prisons, les pénitenciers et les ateliers des travaux publics“, Berücksichtigung gefunden. Der dem Decret vorausgeschickte interessante Bericht des französischen Scharnhorst, des Kriegsministers, Marschalls Niel, an den Kaiser theilt mit, dass jährlich 12,000 Capitulanten (rengagés) in den Classen der Unterofficiere, Corporale und Soldaten sich vorfinden.

Im Laufe eines Jahres werden:

etwa 600 Unterofficiere zu Officieren befördert „par suite du jeu normal de l'avancement“,

1400 Unterofficiere und Soldaten in die Gensd'armie aufgenommen,

7800 Civilanstellungen zur Besetzung mit Militairanwärtern disponibel.

Unter diesen letzteren befinden sich wie hier zur Zeit König Friedrich Wilhelm I. 450 Schullehrerstellen (Mon. d. s. No. 301. 29. October 1868, p. 1222).

Das in Preussen eingeführte System in Beziehung auf die Verwendung altgedienter Soldaten für den Civildienst ist seit etwa hundert Jahren ein feststehendes, wenngleich die Organisation des Heers in dieser Zeit gewechselt hat.

Unter König Friedrich II. mochte man bei der Zusammenstellung der Armeen von ähnlichen Grundsätzen ausgehen, wie sie in den meisten grösseren Staaten Europa's damals üblich waren. Man legte die nationalökonomische Betrachtung zum Grunde, dass für den Krieg und dessen Vorbereitung die Erwerbskräfte des Volks soviel als möglich geschont werden müssten. Deshalb blieben bei uns, wie in Frankreich (Tocqueville, *l'ancien rég. et la révol.* 4ème Éd. chap. XII, p. 212 svv.) die oberen, damals intelligenteren Classen — in gewisser Art die Leiter der Erwerbsthätigkeit — „vom Canton befreit.“ Auch in den unteren Schichten des Ackerbaues wurden vielfache Exemptionen gestattet. Das stehende Heer rekrutirte sich zum grossen Theil aus geworbenen Ausländern, an denen, häufig wahren „enfants perdus“ das Volk selbst kein sonderliches Interesse nahm, und aus einer angemessenen Zahl von Inländern, mit denen jene untermischt fochten, in dieser Zusammensetzung jedoch unähnlich den Franzosen, deren Fremdstuppen in abgesonderte Regimente formirt waren.

Dies Alles hat sich freilich seit dem Jahre 1808 geändert, seitdem die ganze Nation ohne Zulassung einer Stellvertretung dienstpflchtig geworden ist. Bei der unbeschränkten Dienstzeit im verflossenen Jahrhundert, bei der gesetzlich limitirten im laufenden, ist bei uns stets die Erwägung maassgebend geblieben, dass Leute, die einen grossen Theil ihres Lebens dem Kriegsdienst gewidmet haben, auch auf eine Remuneration für ihre reiferen Jahre Anspruch machen können, in denen sie zu jenem nicht mehr verwendbar sind. Man mochte nun davon ausgehen, dass eine Versorgung irgend welcher Art Gnadensache sei, oder, wie in neueren Zeiten, dass durch zwölfjährigen Dienst bei der Fahne ein Rechtsanspruch auf Civilversorgung erworben wird, so blieb das Resultat das nämliche. Immer waltet die Ansicht vor, dass die im Militärdienst geübten und geschulten Kräfte dem Staat erhalten und durch ihre spätere Verwendung im Civildienst vorzugsweise Elemente der Disciplin und der Ordnung hineingebracht werden sollten, die anderweitig sich schwer ersetzen lassen.

So wird denn auch speciell für unseren Dienst der gerichtlichen Unterbeamten die Verwendung ausgedienter Militärs im Corpus Juris Fridericiani (1781) und in der noch unter derselben Wehrverfassung entstandenen Allgemeinen Gerichtsordnung für die preussischen Staaten (1793—1795) fast gleichmässig verfügt.

In beiden Gesetzbüchern (Corpus Juris Fridericiani Theil III. Tit. 5 §§. 106, 115, Allg. G.-O. Th. III. Tit. 5 §§. 86, 93) ist angeordnet, dass „Invaliden, die noch hinlängliche Kräfte und Munterkeit besitzen“, zu Boten, Executoren und Landreitern bei den Justizcollegien bestellt werden sollen. Die Boten müssen des Lesens und Schreibens nicht ganz unkundig sein; die Executoren und Landreiter aber fertig lesen und schreiben können, auch einige Kenntniss und Uebung im Rechnen besitzen.

Von den Kanzellisten (Corpus Jur. Frid. III. 5, §. 76, A. G.-O. III. 5, §. 56) wird etwas mehr verlangt. Sie müssen eine leserliche, orthographisch richtige und gut in die Augen fallende Hand schreiben; auch einen „lateinischen Terminum“ verstehen. Die letztere Anforderung ist auch anderweitig schon in alten Zeiten an die Kanzellisten gestellt. So heisst es in der Ordonnanz König Karls VII. von Frankreich für das Chatelet de Paris vom 23. October 1425 (Desmaze, Le Chatelet de Paris p. 280):

„Des audiences, Art. 2: Enjoignens aus ditz clerics civil et criminel qu'ils ayent leurs principaux clerics bons et suffisans, sachant lire et entendre latin, affin que par leur ignorance ou insuffisance esclandres ou inconveniens n'adviennent.“

In Preussen mochte die Besetzung der Kanzellistenstellen im verflossenen Jahrhundert mit gedienten Militärs, die einen „lateinischen Terminum“ verstanden, auch aus der Classe der gedienten Unterofficiere nicht so sehr schwer fallen, wenn man bedenkt, dass unter den geworbenen Soldaten sich nicht selten alte Studenten vorfanden, die in Ermangelung eines anderen Unterkommens zur Muskete gegriffen hatten. Jetzt aber fehlt es hieran noch weniger. Ein grosser Theil unserer Unterofficiere hat die Bürgerschulen besucht, in denen Unterricht im Lateinischen ertheilt wird. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von ihnen hat auf den Militärbureaus gearbeitet.

Hier aber ist einige Kenntniss des Lateinischen zur Führung der geschäftlichen Correspondenz unerlässlich.

Das neueste Reglement für die Ordnung des Unterbeamten-Dienstes in der Justiz vom 20. Juni 1867 (Justizminist.-Blatt p. 1867, S. 228 ff.) mit Modificationen ausgedehnt auf die neu erworbenen Landestheile (Staatsministerial-Beschluss vom 27. Juni 1868, Justizminist.-Blatt 1868, S. 277 ff.) enthält einen bemerkenswerthen volkswirthschaftlichen Fortschritt.

Es trennt mit Recht die im Civildienst anzustellenden Militäranwärter vom Feldwebel abwärts in zwei Kategorien: in Versorgungs-Berechtigte und Anstellungs-Berechtigte (Abschnitt 1 §. 1 S. 229). Den Versorgungsberechtigten werden Diejenigen zugezählt, denen wegen ihrer minderen geistigen oder geschwächten physischen Kräfte nur eine mehr negative, Schaden verhütende, oder doch höchstens eine bloss mechanische Thätigkeit (*custodia*) angesonnen werden kann. Zu den Anstellungsberechtigten gehören aber Diejenigen, von denen man eine positive geistige oder körperliche Thätigkeit (ein *Facere*) erwarten darf.

Zur Anstellung im Civil-Subalternendienst werden nun den Gerichten überwiesen:

- a) Unterofficiere des stehenden Heeres, der Landwehrstämme, der Landgensd'armerie und der Marine, welche zwölf Jahre im Ganzen gedient haben;
- b) Landgensd'armen von zwölfjähriger Dienstzeit;
- c) Leute der Berliner Schutzmannschaft, welche entweder als solche, oder einschliesslich ihrer Militärdienstzeit zwölf Jahre gedient haben;
- d) Zeugfeldwebel und Zeugsergeanten, wenn sie vor ihrer Anstellung im Zeugwesen die Aussicht auf Anstellung nicht schon erlangt haben, nach einer Gesammtdienstzeit von funfzehn Jahren (§. 2. B. S. 230).

Von diesen Militairanwärtern kann mit Ausnahme der Kategorie d) eine remunerirte Probendienstleistung durch die Civilbehörden gefordert werden (§§. 28—29, S. 235). Sie sind im Bereich der Justizverwaltung dergestalt anstellungsfähig, dass ihnen die Stellen von Kanzellisten, Kanzellei-Directoren; gerichtlichen Gefängniss-Inspectoren, Gefängniss-Oberaufsehern, Gefangenen- und Hülf-Gefangenen-Wärtern, Gerichtsdienern, Boten und Executoren, Gerichtsvollziehern und Hülfboten übertragen werden können. Bei den Subalternbeamten

zweiter Classe und bei den Gerichtsvollziehern alterniren Militär- und Civil-Anwärter. Zu den Anstellungen als Kanzelisten, einschliesslich der Kanzellei-Diaetarien, Lohn- und Hülffsschreiber, sind Militäranwärter ausschliesslich berechtigt (§. 9 des Reglements, Zusammenstellung No. 6, S. 231, 240).

Es lässt sich nun nicht wohl in Abrede ziehen, dass durch diese neue Dienstordnung sowohl der Staat selbst, als auch die Betheiligten aus der Unterofficierclasse erheblichen Vortheil ziehen. Der Staat selbst, insofern, als ihm zu den Anstellungen im Justiz-Subalterndienst Männer zugeführt werden, die eine gewisse, für die Verhältnisse ausreichende Vorbildung und Geschäftstüchtigkeit mitbringen, da sie durchgängig der Classe der Unterofficiere angehört haben. Es sind sogar einzelne Kategorien darunter, an deren vorzüglicher Brauchbarkeit kraft ihrer militärischen Laufbahn föglicherweise nicht zu zweifeln ist. Dahin gehören namentlich die Gensd'armen. Diese sind aus ihrer früheren halb militärischen, halb polizeilichen Stellung bei den Landrathämtern mit dem ganzen Leben der Bevölkerung in allen Schichten so vertraut, dass sie in das neue Amt höchst schätzenswerthe praktische Kenntnisse mitbringen, die im Justizdienst ebenfalls sehr gut verwerthet werden können. Sie sind ausserdem der Feder in solchem Maasse gewachsen, dass nicht selten die von ihnen aufgenommenen Informationsprotocolle eine höchst brauchbare Grundlage für staatsanwaltschaftliche Anträge und Schriftsätze bilden. Eben so wenig wird man den Beamten der Berliner Schutzmannschaft eine besondere Qualification für alle Stellen bei Gefängnissen absprechen dürfen, da sie in der Detective bereits früher mit Erfolg gewirkt haben.

Die Betheiligten selbst werden auch mit diesen neuen Stellungen nicht unzufrieden sein. Sie sind in den Stand gesetzt, bis zu einer dienstlichen Einnahme von 300 bis 400 Thalern (= 1125 bis 1500 Francs) im Laufe der Jahre emporzusteigen. Unter Zusammenrechnung ihrer Militär- und Civildienstzeit wächst daher auch ihr Pensionsanspruch um ein Beträchtliches im Verhältniss zu ihrer früheren Stellung. Nicht gering ist überdies der Vortheil anzuschlagen, den bei gereiften Jahren der ruhigere Civildienst gegenüber dem Militärdienst gewährt, der unaufhörlich körperliche Anstrengungen erheischt und deshalb die Kräfte früher erschöpft.

Diese jüngste Regulirung des Uebertritts der Militär-anwärter in den Justiz-Civildienst wird voraussichtlich auch dann bestehen bleiben, wenn eine neue Justizorganisation in Preussen die unteren Stellen in Mitleidenschaft zieht.

An sich kommt zunächst nur eine Erleichterung der Staatskasse in Betracht, wenn in Zukunft vielleicht ein grosser Theil dieser Unterbeamten auf selbstverdiente Gebühren, anstatt auf eine feste Staatsbesoldung angewiesen wird. Wohl aber darf man mit Bestimmtheit annehmen, dass die leitenden Staatsbehörden von einem Princip in der Auswahl der Unterbeamten auch für die Folge nicht abgehen werden, das sich über ein Jahrhundert hindurch als erfolgreich bewährt und in diesem Zweige des Dienstes durch die Anstellung tüchtiger Persönlichkeiten die darin herrschende musterhafte Ordnung herbeigeführt hat.

Zweites Buch.

Der Unterricht auf den Gymnasien.

Fünftes Kapitel.

Der Zweck der Gymnasien.

Vorbetrachtingen.

Die classische Bildung. Entfernung theokratischer Einflüsse. Die Scheidung vom Utilitätsprincip. Classicismus und Realismus. Französisches Bifurcationssystem. Preussisches Bifurcationssystem. Wiederherstellung einheitlicher Gymnasien.

Vor-
betrachtungen.

Den Zweck eines Gymnasiums glauben wir darin zu finden, dass die ihm anvertrauten Schüler durch die Mittheilung classischer Kenntnisse zur Humanität gebildet werden.

Das Gymnasium setzt also voraus, um seine Aufgabe zu erfüllen, einmal Lehrer, die im Besitz classischer Kenntnisse sind. Alsdann Schüler, die in einem bildungsfähigen Alter sind; in einer „aetas ambigua“, wie es Friedrich August Wolf nennt (*Consilia scholastica*, §. 4 S. 17), also etwa in dem Alter vom zurückgelegten neunten bis zum achtzehnten Lebensjahre. Soll die Erziehung „eine präparatorische Entwicklung zum künftigen Menschen“ sein, so muss sie da beginnen, wo der Mensch sich vom Kinde zum Knaben zu entwickeln anfängt. Und sie findet in der Alterstufe naturgemäss ihr Ende, in welcher uns ein physisch und geistig gereifter Jüngling, ein „homme fait“, entgegentritt.

Die Kenntnisse, die der Schüler in dieser Zeit erwerben soll, können ihm nun in doppelter Weise mitgetheilt werden. Er wird zuerst durch Gewöhnung lernen, Das zu erfassen, worum es sich handelt; dann aber durch mündliche Mittheilung, den ihm dargebotenen Stoff in sich aufzunehmen. Schon Aristoteles (Polit. I. VIII c. 3) bemerkt daher:

„Ἐπεὶ δὲ φανερόν, πότερον τοῖς ἔθεσι παιδευτέον ἢ τῷ λόγῳ“
und ihm nachfolgend Friedrich August Wolf (Consil. schol. §. 1 S. 1):

„Educatio, ut universe dicamus, duabus absolvitur rebus, adsuefaciendo atque instituendo“.

Ueber das Maass der Unterweisung (institutio) wird jedoch die Schule nicht hinausgehen dürfen. Ihre Aufgabe ist dadurch begrenzt, dass sie in den jugendlichen Gemüthern die schlummernden Keime der Erkenntniss wecken und zum Bewusstsein bringen soll. Die Mittheilung der Wissenschaft (doctrina) selbst bleibt dem reiferen Alter auf der Universität vorbehalten, sobald die Empfänglichkeit dafür auf dem Gymnasium erweckt ist. Der Schüler auf dem Gymnasium würde verbildet werden, wenn man vor ihm die Wissenschaft nach Art der Universitäten behandeln wollte.

Die Vorbereitung für das künftige Studium muss auf dem Gymnasium zugleich eine harmonische sein. Es sollen die Kräfte des Knaben nach allen Seiten hin entwickelt werden. Daraus folgt, dass die Anstrengung der Kräfte nur eine mässige sein darf, weil Körper und Geist in der Entfaltung begriffen sind. Aristoteles deutet dies an:

„μέχρι μὲν γὰρ ἥβης κουφότερα γυμνάσια προσιστέον, τὴν βίαιον τροφὴν καὶ τοὺς πρὸς ἀνάγκην πόνους ἀπείργοντας, ἵνα μηθὲν ἐμπόδιον ᾖ πρὸς τὴν αὕξησιν“.

(Politic. VIII, 4.)

Geistige und körperliche Kräfte müssen aber gleichmässig ohne Uebertreibung geübt werden, weil der Schüler nur dadurch in den Vollbesitz des Kapitals an Gesamtkraft gesetzt wird, mit dem er künftig arbeiten soll, sei es zum öffentlichen Nutzen, oder zu den Zwecken des Privatlebens. Gerade deshalb erscheint uns eine öffentliche Gymnasialprüfung, wenn sie vollständig, als eine Schaustellung des Fortschritts in der Uebung der intellectuellen, sowie der somatischen Kräfte (Schleiermacher, Gelegentl. Gedanken über Universitäten, S. 29).

Die classische
Bildung.

Die allgemeine Bildung des Geistes, die wir für die Gymnasien postuliren, kann nur in den Wissenschaften des classischen Alterthums ihr Fundament finden. In dieser Classicität ist übersichtlich und wohlgeordnet Alles vereint, was wir zu einer wahrhaft humanen Erziehung gebrauchen. Mit der Erkenntniss von Rom und Hellas haben wir einen festen Grund gewonnen, von dem aus wir in die spätere Zeit sicher fortschreiten können. Der Gesammtkreis der Gymnasialbildung ist also bei gleicher Entwicklung der körperlichen Kräfte auf eine richtige Erkenntniss des römischen und hellenischen Alterthums beschränkt. Der Kanon der classischen Wissenschaft bleibt insofern maassgebend für das heutige Gymnasium, als von hier aus nur der Uebergang zur Neuzeit durch das Mittelalter angedeutet werden soll.

Wenn wir in dieser Weise den Inhalt der Kenntnisse auf den Gymnasien fixiren, so gelangen wir gleichzeitig zu einem sicheren Schlusse sowohl über den Umfang der zu behandelnden Disciplinen, als auch über die Richtung, in welcher diese Kenntnisse dem an der Schwelle des Lebens stehenden Schüler beigebracht werden sollen.

Der Schüler muss sich also zunächst in der Muttersprache mündlich und schriftlich mit Fertigkeit ausdrücken können, da sie das allgemeine Medium ist, durch welches wir jede Wissenschaft uns aneignen.

Er muss ferner der lateinischen Sprache in mündlicher, sowie in schriftlicher Rede vollständig gewachsen sein, der griechischen aber insoweit, dass er sie versteht und mindestens einen leichteren Aufsatz in ihr liefern kann. Das Wesen der alten Welt kann eben nicht erfasst werden, wenn man nicht der alten Sprachen mächtig ist. Die genaueste Kenntniss der alten Geschichte, eine Uebersicht der mittleren und neueren Geschichte, namentlich aber eine eingehende Kenntniss der Geschichte der grossen anderen Culturvölker: der Deutschen, der Engländer und Franzosen, hiemit Hand in Hand gehend das Studium der Geographie, ferner Gewandtheit in der französischen und englischen Sprache, ist zum Zweck einer allgemeinen Geistesbildung unerlässlich. Fügt man dem noch eine Kenntniss der Mathematik bis einschliesslich zur Stereometrie und etwa Trigonometrie, die Elemente des Zeichnens, die Grundlehren der Naturgeschichte, der Physik und Chemie hinzu, so möchte damit wohl der Kreis der Gymnasial-Disciplinen

erschöpft sein. Auf diese Weise ist ein hinreichendes, aber nicht übermässiges Pensum für einen ungefähr neunjährigen Cursus vom vollendeten neunten bis zum zurückgelegten achtzehnten Lebensjahre zum stufenweisen Fortschreiten gegeben.

Wir haben uns begnügt, diejenigen Anforderungen an die Ausbildung der Schüler auf den Gymnasien zu stellen, wie sie Friedrich August Wolf nach eigener langjähriger Erfahrung im Wesentlichen zusammengefasst hat (Consil. schol. No. 13, S. 99 ff.). Die Besorgniss, die der grosse Schulmann im Anfang des Jahrhunderts äusserte, welcher Weg der geeignetste sein möchte, um der überhand nehmenden Oberflächlichkeit und Vielwisserei mit Kraft entgegenzutreten zu können (S. 100 daselbst), vermögen wir freilich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nicht mehr zu theilen. Nicht vor der Vielwisserei und der damit zusammenhängenden Oberflächlichkeit brauchen wir Furcht zu hegen, sondern vor der Ignoranz, die mit hohlen Phrasen übertüncht, auch unter den höheren und mittleren Schichten der bürgerlichen Gesellschaft gleich einer ansteckenden Krankheit mehr und mehr um sich greift. Gerade deshalb haben wir das Pensum für den gesammten Gymnasialcursus nicht höher gegriffen, damit man uns nicht zum Vorwurfe machen kann, dass wir im Durchschnitt mehr als mittlere Geister für die Ausführung dieser Aufgabe voraussetzen.

Mit diesem Inhalt der zu erwerbenden Kenntniss ist zugleich die Richtung gegeben, in der sie mitgetheilt wird, und das Ziel, das man erstrebt.

Der Zweck der Gymnasialbildung kann nur der sein, den Schüler zur Humanität hinzuleiten, also ihn zu befähigen, bei reiferen Jahren und wachsender Einsicht seinen Pflichten als Bürger des Staats und als Mensch im Privatleben im höchsten und edelsten Maasse nachzuleben.

Dies Ziel hat also mit zwei anderen Richtungen nichts gemein, die häufig genug — wie wir glauben, zu Unrecht — hier hineingetragen werden.

Einmal nicht, mit der Unterordnung der Gymnasialbildung unter angeblich religiöse, richtiger theokratische Zwecke. Danach soll das Bestreben, die Erziehung der Jugend in humanistische Bahnen zu lenken, ein falsches, zu ihrem Verderben gereichendes sein, eine richtige Basis für diesen Theil des Unterrichts aber nur dadurch gewonnen werden können,

Entfernung
theokratischer
Einflüsse.

dass er vom Standpunkt der Religion, oder vielmehr der Confession aus nach der Anschauung höherer Stellen dirigirt wird. Allein eine solche Ansicht documentirt mindestens eine Verwechselung zwischen dem Wesen der Religion und dem der Gymnasialbildung.

Der Bildungszweck der Religion besteht darin, im Durchgang durch das irdische Leben uns auf eine höhere, bessere Welt vorzubereiten. Ihr Ziel reicht demnach über die Grenzen dieses Lebens hinaus; es ist ein überirdisches, göttliches. Die Erziehung dagegen, wie sie uns das Gymnasium bietet, ist eine durch die Zwecke des irdischen Lebens begrenzte. Sie findet in diesem ihren Anfang und ihr Ende. An der Stelle, die Gott nach seinem Rathschluss uns hienieden angewiesen hat, sollen wir zu guten Bürgern für den Staat, zu guten Menschen im Privatleben erzogen werden. Der Zweck der Gymnasialbildung ist, den „puerum rudem“, den sie überkommen, der bürgerlichen Gesellschaft als einen, „iuvenem eruditum“ zurückzugeben; ihre Vollendung künftig der „ἀνὴρ καλοκαγαθός.“ — Dieser Gegensätze sind Diejenigen sich nicht bewusst, die in gutem Glauben Geistliches mit Weltlichem vermischen.

Sie dürfen sich zur Aufrechthaltung ihrer gegentheiligen Meinung auf die Geschichte nicht berufen. Allerdings ist historisch nicht wegzuleugnen, dass in den Zeiten der päpstlichen Allgewalt, wie die Lehre von den zwei Schwertern erweist, geistliche und weltliche höchste Gewalt coordinirte Begriffe sind, die Hand in Hand gehen. Im mittelalterlichen Deutschland zieht der Kirchenbann die Reichsacht nach sich.

Die Auseinandersetzung zwischen dem höchsten katholischen Inhaber der Reichsgewalt und den protestantischen Territorialfürsten im Frieden von Osnabrück (Cap. II) hat unter anderen auch die Wirkung gehabt, dass den gelehrten Schulen und Universitäten je nach der Confession des Landesfürsten ein verschiedener, bald katholischer, bald evangelischer Charakter beigelegt ist. Allein dieser confessionelle Charakter der höheren Unterrichtsinstitute wurzelt wesentlich im Princip des Patrimonialstaats, wonach der Staat ein Privateigenthum des Landesfürsten ist. Er hat demgemäss in protestantischen Ländern das Consistorialprincip zur Folge nach dem Satze: „Cuius est regio, eius est religio“.

Mit der Annahme dieses Grundsatzes ist er vielfach den Wandelungen und Schwankungen unterworfen gewesen, die jedes andere Eigenthum bei dem Wechsel des Eigenthümers und in dessen Eigenschaften eintreten. Das Maassgebende war zu jenen Zeiten die „Religio, cui Princeps vel Dominus addictus est“ (Art. VII §. 2. Instrum. Pac. Osnabrug).

Auch bei der allmählichen Umwandlung der blossen vom Kaiser abhängigen Territorialgewalt in eine unabhängige Landeshoheit ist dies System, als dem Absolutismus förderlich, in die Landrechte übertragen worden.

Seine Wirksamkeit hat materiell aufgehört, wo der absolut regierte Feudalstaat in einen modernen Verfassungsstaat umgewandelt ist. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Fürst und Volk sind nunmehr durch einen Fundamentalvertrag — durch die beschworene Verfassung — regulirt. Danach aber ist es klar, dass in Deutschland von einer Herrschaft der Kirche über den Staat, gleichviel in welchen Formen, für weltliche Angelegenheiten nicht mehr die Rede sein kann. Zu diesen zählt auch der Unterricht in allen Bildungsanstalten, wie wir dies auch in der preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850 (Art. 23) ansehen. Wenn jetzt noch eine Einmischung rein kirchlicher Elemente in die höheren Bildungsanstalten stattfindet, so ist das ein Zeichen, dass die unerlässliche Auseinandersetzung zwischen der Kirche und den höheren Bildungsanstalten durch ein Unterrichtsgesetz noch nicht vollzogen worden ist; die Principien der Weltlichkeit aller höheren Bildung in den Landesverfassungen also ihre administrative Durchführung erwarten.

Es erscheint hiernach geschichtlich unrichtig, noch jetzt ein Prädominiren der Kirche in den höheren Bildungsanstalten, oder auch nur einen Einfluss jener auf diese, als zu Recht beständig zu behaupten, weil man die schliessliche Entwicklung des modernen Rechtsstaats nicht negiren oder übersehen darf.

Damit sind die Bedenken Derjenigen widerlegt, die in gutem Glauben die Fortdauer solcher Zustände behaupten.

Es bleiben nur Diejenigen übrig, die ihrer eigennützigen Zwecke willen nach gelehrigen Schülern suchen, um eine geistliche Reconstructionsbill im spätgothischen Stil durchzusetzen. Sie finden ihre Schilderung und ihre Zurückweisung in den Worten Schleiermachers:

„Diese Menschen, die gebrechlichen Stützen einer baufälligen Zeit — euch, mit denen ich rede, kann ich sie sogar nicht beigesellen, wie ihr selbst euch ihnen auch wol nicht gleichstellen wollt; denn sie verachten die Religion nicht, obgleich sie sie, soviel an ihnen ist, vernichten, und sie sind auch nicht Gebildete zu nennen, obwohl sie das Zeitalter bilden und die Menschen aufklären und dies gern thun möchten bis zur leidigen Durchsichtigkeit —, diese sind immer noch der herrschende Theil, ihr und wir ein kleines Häufchen. Ganze Städte und Länder werden nach ihren Grundsätzen erzogen, und wenn die Erziehung überstanden ist, findet man sie wieder in der Gesellschaft, in den Wissenschaften und in der Philosophie; ja auch in dieser, denn nicht nur die alte — ihr wisst wol, man theilt jetzt die Philosophie mit viel historischem Geist nur in die alte, neue und neueste — ist ihr eigentlicher Wohnsitz, sondern selbst die neue haben sie in Besitz genommen. Durch ihren mächtigen Einfluss auf jedes weltliche Interesse und durch den falschen Schein von Philanthropie, welcher auch die gesellige Neigung blendet, hält diese Denkungsart noch immer die Religion im Druck und widerstrebt jeder Bewegung, durch welche sich irgendwo ihr Leben offenbaren will, mit voller Kraft. Nur mit Hülfe des stärksten Oppositionsgeistes gegen diese allgemeine Tendenz kann sich also jetzt die Religion emporarbeiten und nirgends kann sie fürs erste in einer anderen Gestalt erscheinen, als in der, welche jenen am meisten zuwider ist.“

(Reden über die Religion, dritte Rede S. 122—123.)

Unnöthig, dieser beredten Darstellung jahrhundertlang empfundener und stets wiederkehrender Uebelstände noch ein Wort hinzuzufügen. Sie passt auf alle Zeiten.

Aber es tritt noch eine zweite Gefahr für das gedeihliche Fortblühen der Gymnasien, als den Stätten der wahren Humanität, an uns heran ausser jener vermeintlichen Orthodoxie, die, unfähig den Kampf auf dem Felde der Wissenschaft zu bestehen, die Personen Derer anfeindet, in denen wir die Träger und die Stützen ächter Religiosität, sowie der freien

Forschung — dieses Lebenselements des Protestantismus — verehren.

Wir meinen das sogenannte Nützlichkeitsprincip, das Die Scheidung vom Utilitätsprincip. sich zunächst an die classischen Wissenschaften schmiegt, um sie dann zu überwuchern und in ihren Umarmungen zu ersticken. Schon Aristoteles warnt vor dem Eindringen dieses gefährlichen Gastes in die einer liberalen Erziehung geweihten Hallen, indem er sagt:

„Τὸ δὲ ζητεῖν πανταχοῦ τὸ χρήσιμον, ἥκιστα ἀρμάττει τοῖς μεγαλοψύχοις καὶ τοῖς ἐλευθέροις.“ (Politie. VIII, 3.)

Im Laufe so vieler Jahrhunderte hat diese angebliche Nützlichkeit mehr und mehr Boden gewonnen.

Wenn Friedrich August Wolf im Anfange unseres Jahrhunderts vor dem Eindringen der „studia mercenaria“ warnt, deren Pfleger sich gern mit einem Schein literarischer Bildung umgeben möchten

— „affectant literatorum nomen, ut ab opificum turba secernantur“ — (Consil. schol. 88 p. 263),

so ist dies ein bemerkenswerthes Zeichen aus einer Zeit, in welcher man sich verhältnissmässig mit dem Genusse weniger leiblicher Güter begnügen liess, um den höheren geistigen, mit Fleiss und Eifer nachzustreben.

Seit dieser Zeit hat die bezeichnete dem Grundcharakter des deutschen Volks gewiss nicht vortheilhafte Richtung um so mehr Boden gewonnen, als die Industrie und tausendfältige Erfindungen im Reiche der Mechanik in erhöhtem Maasse die Mittel zum bequemen Lebensgenusse ohne angestrengte geistige Arbeit in der Domäne der edleren Wissenschaften reichlich geboten haben. Nur vergessen diejenigen, die dieser Richtung huldigen, dass man damit nichts weiter als breite Mittelmässigkeiten aufzieht; jenes geistige, wohlbeleibte Banausierthum, dem eine Seite aus der Times lieber ist, als der ganze Thukydides, sich schaarend unter der Devise des Plautinischen Spruches:

„Primum pecunia quaerenda est!“

Wahr, dass man durch eine elegante Kenntniss des griechischen und römischen Alterthums noch nicht im Stande ist, ohne eigene geistige Thätigkeit mühelos ein grosses Vermögen zu erwerben, um es vielleicht ebenso einfältig zu verprassen, weil man eben von dem „laute vivere“ keinen Begriff hat.

Ebenso wahr aber, dass man im Besitz der Kenntniss des classischen Alterthums in seiner Totalität auch die geistigen Mittel in Händen hat, um seine Kenntniss nach allen Seiten hin erfolgreich auszubreiten, soviel zu erwerben, als uns zu unserer Nothdurft frommt, diesen Erwerb aber durch den unvergänglichen Reichthum classischer Bildung zu adeln. Und was hilft es uns, unserem Privatnutzen gleich geistigen Tagelöhnern nachzugehen, wenn wir darüber unsere erste und vornehmste Pflicht, die gegen den Staat, vernachlässigen, in dem unser ganzes Wesen aufgehen muss? Es möge genügen, im Vorübergehen zu bemerken, dass der beste neuere Geschichtsschreiber über Hellas ein englischer Bankier ist. Uns dünkt daher, dass classische Studien mit der verständigen Sorge um das eigene Vermögen nicht so ganz unvereinbar sein müssen, als man gemeinhin glaubt.

Bei dem massenhaften Andrängen der Anticlassiker kann es freilich nicht befremden, dass fast alle Regierungen in Beziehung auf den höheren wissenschaftlichen Unterricht ihnen Concessionen gemacht haben.

Als ein solches Zugeständniss, wie es am wenigsten beifallwürdig sein möchte, erachten wir das Bifurcationssystem, das auf den französischen Lyceen eingeführt ist.

Classicismus
und Realismus.
Französisches
Bifurcations-
system.

Dies System war durch das Decret vom 10. April 1852 — Bull. des lois 1852, p. 1257 svv. — vollständig organisirt. Danach zerfiel das Lycée in drei Divisions: division élémentaire (Vorschule nach unserer deutschen Terminologie), division de grammaire mit dreijährigem Cursus und Unterricht in der französischen, lateinischen und griechischen Grammatik, der Geographie und Geschichte (Art. 2), endlich in eine division supérieure (Art. 3) mit gleichfalls dreijährigem Cursus, darunter zuletzt einer „année de logique“, einer Art von philosophischer Propädeutik. Diese division supérieure umfasst in zwei Sectionen: Die erste mit der Bestimmung, den auf der division de grammaire begonnenen Unterricht weiter und die Schüler bis zum Baccalauréat ès-lettres, dem Gymnasial-Abiturientenexamen entsprechend, zuzuführen. Die zweite, um die Schüler in den exacten Wissenschaften, vorzugsweise also in der Mathematik, auszubilden und das Gesamtergebniss der Erziehung in dem Baccalauréat ès-sciences abzuschliessen. Die section des lettres sollte den Zutritt zu den Facultés des lettres und den Facultés de droit, die

section des sciences dagegen den Zutritt zu den commerciellen und industriellen, zu den Specialschulen für die administrativen Zweige des Dienstes, und für die Facultés des sciences et de médecine eröffnen. Damit war die Medicin für Frankreich aus dem Kreise der liberalen Wissenschaften entfernt und, wie im Alterthum, zu den illiberalen Professionen zurückgesetzt. Latein und Griechisch gehören nicht zu den Lehrgegenständen der section des sciences. Es ist daher von einem französischen Arzt aus dieser Zeit nicht mehr zu erwarten, dass er — wie sonst überall bräuchlich — mit einem Collegen am Krankenbett ein lateinisches Consilium abhalten oder ein Recept in lateinischer Sprache ordiniren könnte. Erst ein Decret vom 23. August 1858 sucht diesen offenkundigen Mangel dadurch zu beseitigen, dass die Aspiranten zum Doctorat in der Medicin wieder im Besitz eines Diploms als Bachelier-ès-lettres sein müssen.

Diese Bifurcation soll nun zwar durch die Decrete des französischen Unterrichtsministers vom 29. September 1863 und 4. Februar 1864, sowie die Circulars vom 21. März und 2. October 1863 beseitigt und an dessen Stelle eine „natürliche Zweitheilung der Instruction secondaire“ gesetzt sein. Die frühere Bifurcation ist formell aufgehoben. Sie besteht aber materiell fort. Denn der nun eingeführte Curs der „Elementarmathematik“, durch welchen der Schüler zu den „mathématiques spéciales“ gelangt, ist nichts weiter als die alte section des sciences in der division supérieure unter verändertem Namen.

Wir halten diese natürliche Dichotomie des Secundärunterrichts für ebenso wenig sachgemäss als das aus den Savoyer Alpen jetzt nach Frankreich verpflanzte Unterrichtssystem in den écoles primaires. Es sei gestattet, das Urtheil eines der gediegensten deutschen Sachkenner im Unterrichtsfach (Dr. Lorenz Stein, Innere Verwaltung, Bildungswesen Th. I S. 306) zu registriren, dass die Bestimmung des Circulars vom 21. März 1863 über die Examina zu den Baccalauréats ès lettres et ès-sciences, neben einem Examen in den mathématiques spéciales zum Eintritt in die École polytechnique und nach dieser in die École des ponts et chaussées, bei Aufhebung des Bifurcationssystems „für deutsche Logik“ unverständlich sei. —

Von dieser Art der aufgehobenen und dennoch in Kraft bestehenden Bifurcation hat man in Preussen selbstverständlich keinen Gebrauch machen können.

Kein Leiter der Unterrichts-Angelegenheiten wird in seiner amtlichen Thätigkeit sich hier denjenigen Einwirkungen entziehen können, die eine gute classische Erziehung fast unwillkürlich auf jeden wahrhaft gebildeten Mann ausübt. Er mag sich die Zustände gefallen lassen, die er in Beziehung auf den Realunterricht beim Antritt seines Amts vorgefunden hat. Es wird auch von ihm erwartet werden, dass er bei der Führung seines Amts mit möglichster Unparteilichkeit die Waage zwischen Classicismus und Realismus im Gleichgewicht zu halten sucht. Aber nimmer darf man annehmen, dass er mit dem Gewicht seiner Stellung für ein Vordringen des Realismus in Gebiete eintreten wird, die ihm bisher verschlossen sind. Schon deshalb muss bei uns der Realismus eine ganz andere Stellung einnehmen, als er sie in Frankreich mit Connivenz der dortigen Spitzen des Unterrichtwesens errungen hat. Wenn wir also von einem preussischen Bifurcationssystem sprechen, so kann dies nur formaler Natur sein. Es ist dem Realismus nicht, wie in Frankreich, gelungen, sich in die Lyceen einzunisten und das Mark der Anstalt aufzusaugen, der seine Schüler sich angeschlossen haben. Vielmehr besteht unsere Bifurcation nur darin, dass sie von Anfang an in die thunlich engsten Grenzen eingeschlossen ist und dass der Realismus, wie wir sehen werden, sehr wider Willen sich in einen gewissen Schimmer des Classicismus einhüllen muss.

Die Leitung des höheren Realunterrichts auf sogenannten „Realgymnasien“ ist von Hause aus auf einen formalen Parallelismus berechnet. Der Director des Gymnasiums κατ' ἐξοχήν ist zugleich der Leiter des Realgymnasiums in dessen Parallelclassen.

Materiell besteht die Scheidung zwischen beiden Instituten hauptsächlich darin, dass bei den Realgymnasien das Griechische ganz eliminirt, das Lateinische beschränkt, die vermeintlich praktischeren Lehr-Objecte: neuere Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften dagegen bei den Realisten stärker chargirt sind, als bei den Classicisten.

Nach dem uns vorliegenden allgemeinen Schema mit Parallelisation beider Anstalten und dessen weiterer Ausfüllung

für den speciellen Unterrichtsplan eines Realgymnasiums erster Ordnung (Dr. Wiese, Sammlung der Schulgesetze und Verordnungen I. S. 49, S. 64 ff.) existirt nur eine Sexta und eine Quinta für alle Eleven des höheren Unterrichts, weil das Griechische mit der Gymnasialquarta beginnt. Von Quarta ab scheiden sich die Wege. Das classische Gymnasium hat ebenso, wie das Realgymnasium seine gesonderten vier Classen unter demselben Director. Die Anforderungen zum Abiturientenexamen sind freilich andere auf der Gymnasialprima als auf Realprima. Auf der letzteren gehen sie, unter völligem Ausfall des Griechischen, im Lateinischen nicht weiter, als man sie an einen Gymnasial-Secundaner von mittleren Fähigkeiten stellt. Die schwerste Last ruht dabei auf den Schultern des Directors. Es ist gewiss eine nur durch herkulische Arbeit und eiserne Gesundheit zu bewältigende Aufgabe, wenn derselbe Mann neben eigener Thätigkeit als Lehrer, gleichzeitig ein classisches Gymnasium, ein Realgymnasium, häufig auch noch eine mit beiden Anstalten verbundene Vorschule leiten, ausserdem nicht selten als Local-Schulinspector für die Primärschulen thätig sein soll. Es scheint uns das ein Pensum zu sein, nicht viel geringer, als wenn man — die legale Möglichkeit einer solchen Einrichtung vorausgesetzt — von einem Richter verlangte, dass er gleichzeitig als Rath bei einem Appellationsgericht und als Director des Kreisgerichts am Ort thätig wäre, in beiden Functionen aber den an ihn gestellten Anforderungen vollständig genüge.

Wir müssen aufrichtig gestehen, dass diese ganze Einrichtung weder die Realisten noch uns befriedigt und dass wir eine gründliche Aenderung in den bestehenden Zuständen wünschen, selbst auf die Gefahr hin, für einen Ultra im Classicismus gehalten zu werden. Es freut uns, in diesem Werk auch an anderer Stelle gewichtige Bundesgenossen zu finden.

Historisch lässt sich nun wohl nicht leugnen, dass das Gymnasium die eigentliche Domäne des Classicismus ist. Der Realismus hat sich zuerst an ihn, wie ein jüngerer Bruder angeschlossen, hat bei ihm gastliche Aufnahme gefunden, im Laufe der Zeit einen immer grösseren Platz im Familienhause gefordert.

Jetzt verlangt er schon nicht selten, dass der ältere Bruder das Haus räume, um ihm allein das Feld völlig zu überlassen.

Auf nichts Geringeres laufen die Ansprüche derjenigen hinaus, die jede Beschäftigung mit dem Studium auch nur einer classischen Sprache als überflüssig, vielleicht sogar als schädlich für die auf den Realgymnasien vorzubildenden Schüler erklären. Das Griechische ist bereits vom Cursus der „Realwissenschaften“ ausgeschlossen. Es handelt sich nur noch darum, das Lateinische in seinen Ueberresten aus dem Studienplan der Realgymnasien zu entfernen.

Uns will es scheinen, dass diese Ansicht eine nicht geringe Armuth des Geistes und Beschränktheit offen zur Schau trägt: einen gewissen selbstgefälligen Bötismus.

Wenn ein Litthauischer Bauer in einem Materialladen fragt, was ein Pfund Syrop kostet, so kann man ihm freilich nicht in griechischer Sprache antworten: „Μιᾶς δραχμῆς ἔστιν.“ Aber ebenso wenig dürfte ein Kreisrichter den nämlichen Litthauischen Bauer fragen, wenn er sein Testament errichten will: „Sind Sie civis Romanus?“ und „haben Sie testamenti factio?“ Und doch wird in deutschen Realschulen noch bis auf den heutigen Tag Latein gelehrt. Ja, was noch mehr, die hinter ihnen zurückstehenden Bürgerschulen bemühen sich, in den Kreis ihrer facultativen Lehrgegenstände die lateinische Sprache aufzunehmen, weil sie wissen, dass sie dadurch um so zahlreichere Schüler an sich ziehen.

Jene Ansicht beruht aber auf einer argen Verwechslung der Sprache, als des Mediums, um seine Gedanken auszudrücken, mit dem Geist und Wesen des classischen Alterthums, das im edelsten Sinne ein durchaus praktisches ist und für alle Zeiten bleiben wird. Sie beruht ferner auf einer völligen Unkenntniss von der Elasticität des Kerns der classischen Wissenschaften. Es lag den Griechen fern, das Erlernen ihrer Sprache und einiger philosophischen und rhetorischen Künste als den letzten Zweck menschlicher Bildung ausgeben zu wollen. Aristoteles zieht die Erlernung von Sprachen in den Kreis einer liberalen Erziehung, als vielfach nützlich zu Geldgeschäften, zur Hauswirthschaft, zur wissenschaftlichen Ausbildung und zu Staatsgeschäften:

(ὡς χρήσιμον) — — ὥσπερ τὰ γράμματα πρὸς χρηματισμὸν καὶ πρὸς οἰκονομίαν καὶ πρὸς μάθησιν καὶ πρὸς πολιτικὰς πράξεις πολλάς — — (Politie. VIII c. 2).

Das Zeichnen, weil es dem Blick für körperliche Schönheit Schärfe verleiht:

τὴν γραφικὴν — — — ἢ μᾶλλον ὅτι ποιεῖ θεωρητικὸν τοῦ
περὶ τὰ σώματα κάλλους (c. 3.)

Die Musik aber, nicht um die Schüler an solchen Dingen sich abmühen zu lassen, die zur Erringung eines Preises in Kunstwettstreiten befähigen, noch an musikalischen Wunderdingen und Kunststücken in der Ausführung, wie sie jetzt in die Wettstreite und von diesen in den Unterricht eingedrungen sind, sondern zu dem Zweck, um sich mit Verständniss an schönen Melodien und Rhythmen zu erfreuen und nicht bloss aus einem gewissen allgemeinen Wohlbehagen an der Musik, wie man es bei einigen Thieren und bei der Mehrzahl von Sklaven und Kindern antrifft:

„Συμβαίνει δ' ἂν περὶ τὴν μάθησιν, εἰ μήτε τὰ πρὸς τοὺς ἀγῶνας τοὺς τεχνικοὺς συντείνοντα διαπονοῖεν, μήτε τὰ θαυμάσια καὶ περιττὰ τῶν ἔργων, ἃ νῦν ἐλήλυθεν εἰς τοὺς ἀγῶνας, ἐκ δὲ τῶν ἀγώνων εἰς τὴν παιδείαν. Ἀλλὰ καὶ τὰ τοιαῦτα μέχρι περ ἂν δύνωνται χαίρειν τοῖς καλοῖς μέλεσι καὶ ῥυθμοῖς, καὶ μὴ μόνον τῷ κοινῷ τῆς μουσικῆς, ὥσπερ καὶ τῶν ἄλλων ἔνια ζώων, ἔτι δὲ καὶ πλῆθος ἀνδραπόδων καὶ παιδίων.“ — (c. 6).

Wir sehen aus diesen wenigen Beispielen, dass der Fürst der Denker des Alterthums einer Erweiterung des Kreises der classischen Wissenschaften keineswegs abhold war. Und in der That, je mehr die menschliche Kenntniss an Umfang und Tiefe gewinnt, umsomehr muss im Laufe der Jahrhunderte auch die Erkenntniss wachsen, die wir jugendlichen Geistern zur Vorbereitung auf ihre künftige Thätigkeit im öffentlichen, sowie im Privatleben einzupflanzen bemüht sind.

Nach Ansicht des detaillirten Programms über die Leistungen der Realgymnasien (Prüfungsordnung vom 6. October 1859, Dr. Wiese, Schulges. und VO. I. S. 232 ff.) hegen wir daher keinen Zweifel, dass ein im Geiste ächter Humanität vorgebildeter Gymnasialprimaner auch jetzt noch im Stande sein wird, in die Arena des Realgymnasiums hinauszusteigen und ein wissenschaftliches Pentathlon mit dem bestgeschultesten Realprimaner aufzunehmen, ja, ihn vielleicht zu übertreffen, weil Euklid und Archimedes nicht bloss lehren, verwickelte und mathematische Aufgaben überhaupt zu lösen und die Grundzüge der physikalischen Probleme darzustellen, sondern alle Themata im Bereich der exacten Wissenschaften nach griechischer Weise elegant zu bearbeiten.

Wiederher-
stellung
einheitlicher
Gymnasien.

Es möchte bei dieser Anschauung nicht befremden, dass wir die „Realgymnasien“ überhaupt für entbehrlich erachten. Die Pforten der Universität, damit die Möglichkeit des officiellen Erwerbes höherer Wissenschaft, sind den „Abiturienten“ der Realgymnasien überdies — und wohl mit Recht — verschlossen. Sie können daher im Staatsdienst nur auf diejenigen Zweige der Administration beschränkt sein, in welchen Kenntniss des classischen Alterthums minder nothwendig erscheint.

Und auch in diesen wird man einem mit dem Maturitätszeugniss entlassenen Gymnasialprimaner sicherlich den Vorzug vor einem solchen Realprimaner geben, weil man überzeugt sein kann, dass in jenem mehr Universalität und Tiefe der Kenntniss zu finden ist. Man hat uns aus unserem jüngsten „bellum Danicum“ die hübsche Anekdote überliefert, dass ein dänischer Pastor einem um Anweisung seines Quartiers höflich bittenden preussischen Artillerie-Officier schleunigst willfahrtete, als der Meister des gezogenen Vierpfünders ihn zu seinem Schrecken in der Sprache Cicero's anredete.

Wir hoffen nicht fehlzugehen, wenn wir in unserem Landsmann einen ehemaligen scharf examinirten und wohlbestandenen Gymnasialprimaner vermuthen.

Auch an anderer Stelle hat die Idee Wurzel gefasst, dass die Gymnasien gerade durch die classische Nahrung, die sie dem jugendlichen Geiste zuführen, zugleich die geeignetsten Stätten sind, um künftig Männer von hervorragender Bedeutung in den exacten Wissenschaften zu erziehen. Dies ist wenigstens die Meinung von Jules Simon, dem man eine tiefere Kenntniss aller wahrhaft populären Wissenschaft im edleren Sinne des Worts nicht absprechen wird. Er leiht ihr sein beredtes Wort, indem er sagt:

„Après tout quoique les collèges soient trop littéraires, ils ne le sont pas aussi exclusivement qu'avant 1830. M. Thénard, M. Poisson, M. Biot, M. Dumas, ont passé par là. Un bon élève, qui a bien profité de l'enseignement classique, est prêt pour l'école polytechnique, pour l'école centrale, il ne faut donc pas dire qu'il ne sait que du latin. Mais pour les enfants qui ne vont pas au collège, c'est tout autre chose“ (l'École, 4 P. ch. II p. 358).

Wir halten hiernach an unserer Ueberzeugung fest, dass eine Art der Erziehung, nämlich die classische, für alle

höheren Berufszweige des öffentlichen, sowie des bürgerlichen Lebens genügt. Wir wünschen demgemäss, dass diese wissenschaftliche Classicität sich nicht bloss, wie jetzt, auf die officiellen Sphären beschränke, dass sie nicht bloss hauptsächlich im Stande der Juristen und Mediciner für das praktische Bedürfniss des Lebens ihre Träger bei uns finde, sondern wir begehren noch viel mehr, dass diese Art der Erziehung auch auf alle Berufskreise ausgedehnt wird, die sich jetzt von ihr fernhalten. Jedoch tragen wir uns nicht mit dem eitlen Glauben, dass unsere Ansicht in dem noch immer heftig entbrannten Kampf der Classicisten und Realisten sobald ihre Verwirklichung finden wird.

Es haben sich seit längerer Zeit beachtungswerthe Stimmen unter den Realisten erhoben, die in einer ausführlichen Kritik der bestehenden Anstalten für den Realunterricht sich ergehend, die Entfernung des Lateinischen aus dem Lehrplan, damit eine Beseitigung der bisherigen Realgymnasien und deren Umwandlung in delatinisirte „höhere Bürgerschulen“ verlangen (Seyffert. Die Stadtschulen, Berlin 1867. S. 29 ff, S. 50 ff.). Wir vermögen ihnen aus den hier dargestellten Gründen nicht beizupflichten, weil wir das entgegengesetzte Ziel verfolgen, das Aufgehen der Realgymnasien in den classischen Gymnasien. Sollte man sich durch das Ausscheiden der lateinischen Sprache, als des letzten Restes der Classicität, aus dem Lectionsplan der Realgymnasien für eine immerhin radicale Aenderung der bisherigen Richtung dieser Institute an maassgebender Stelle aussprechen, so ist es wenigstens unser Wunsch, dass diese „separatio a toro et mensa“ baldmöglichst vor sich gehe. Unsere Stellung würde dann eine ganz klare sein.

Die Classicität für die officielle, die Realität oder besser Nonclassicität für die nicht officielle Welt, das wäre dann die Losung auf beiden Seiten.

Wir fassen unsere Betrachtungen über das Ziel des Gymnasialunterrichts dahin zusammen:

„Er soll auf der Grundlage der classischen Bildung mit Fernhaltung clerikaler Einflüsse und bloss utilitarischer Bestrebungen zur wahren Humanität hinführen.“

Sechstes Kapitel.

Die Leistungen der Gymnasien.

Einheitlicher Lehrplan in den deutschen Gymnasien. Das Maass der Kenntnisse bei den Abiturienten-Prüfungen. Das Abiturienten-Prüfungs-Reglement vom 4. Juni 1854. Kritik desselben. Stellung der Examinatoren zu den Provinzial-Schulcollegien und den königlichen Prüfungs-Commissarien. Bedingungsweiser Erlass des mündlichen Examens. Keine Compensation zwischen Lehrgegenständen. Die Totalität der Prüfungsgegenstände. Die Quantität und die Qualität der Kenntnisse.

Einheitlicher
Lehrplan
in deutschen
Gymnasien.

Der ganze Cursus der Gymnasien wird bei uns in neun Jahren regelmässig absolvirt. Davon rechnet man je ein Jahr auf die drei unteren, je zwei Jahre auf die drei oberen Classen. Ein mit neun Jahren in das Gymnasium eingetretener Schüler kann daher seinen Cursus mit achtzehn Jahren vollendet haben.

Divisionen in den Gymnasien nach französischer Art existiren bei uns nicht; sie finden auch hier keine Stelle. Was in Frankreich unter dem Namen „division élémentaire“ aufgestellt ist, fällt bei uns ausserhalb des Gymnasiums. Es ist unsere Vorschule. Für die Aufstellung einer „division de grammaire“ mangelt es an jedem Grunde. Denn die Erlernung der Grammatik in den classischen Sprachen ist bei uns nur ein Theil des Unterrichts in denselben und beginnt für das Lateinische mit der untersten, für das Griechische mit der vierten Classe. Endlich mangelt es an einem triftigen Anlass, eine „division supérieure“ — hinsichtlich des Unterrichts in den classischen Wissenschaften einzurichten, da in den oberen Classen der Gymnasien nur eine fortschreitende Ausbildung für den Bereich der Gesamtwissenschaften gegeben wird.

Wir nehmen keinen Anstand, unseren Gymnasial-Lehrplan dem der französischen Lyceen gegenüber als den besseren zu bezeichnen. Den Leitern unseres höheren Unterrichts hat der richtige Grundgedanke vorgeschwebt, dass ein Gymnasium eine einheitliche Anstalt zu wissenschaftlichen Zwecken sein müsse. Es wird daher mit Recht der Cursus auf den Gymnasien als ein Ganzes aufgefasst. Die Abtheilung in Classen, nicht in verschiedene, streng geschiedene Sectionen

(Divisionen) bezweckt deshalb auch nur, gewisse naturgemässe Ruhepunkte zu markiren, innerhalb deren bestimmte Lehr-objecte abschnittsweise behandelt werden, also das stufenweise Fortschreiten innerhalb desselben wissenschaftlichen Kreises vom Leichterem zum Schwereren. Die Translocations-Examina geben die Gewähr, dass der Schüler das Lehrziel auf seiner Classe erreicht und sich damit zur Versetzung in eine höhere qualificirt hat. Die Rücksicht auf die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes bei diesem allmählichen Fortschreiten von einer niederen Classe in eine höhere ist auch bei uns nur eine untergeordnete und nebensächliche, weil die Aneignung gewisser Kenntnisse aus dem Bereich der classischen Wissenschaften Selbstzweck sein muss. In Frankreich fällt sie ohnehin ganz fort. Für einen Hauptzweig des Staatsdienstes, den Justizdienst, bestehen dort keine reglementären Vorschriften, kraft deren die Regierung verpflichtet wäre, nur Aspiranten mit gewisser wissenschaftlicher Qualification als Richter anzustellen. Bei dem Militärdienst fällt die für die Staaten des norddeutschen Bundes so erhebliche Rücksichtnahme auf das ausserhalb derselben unbekannte Institut der einjährigen Freiwilligen fort. Zur Erwerbung des Officiergrades bestehen in Frankreich eigene Specialschulen, soweit nicht den Subalternen ein Recht auf Erlangung von Officierstellen bis zum Hauptmann gesetzlich zugesichert ist.

Der Ausweis über die Summe der Kenntnisse, die ein Schüler auf dem Gymnasium sich angeeignet hat, wird nun durch das Abiturienten-Examen zur Darstellung gebracht. Es ist dies bei uns eine um so wichtigere Prüfung, als von ihrem Ausfall die Befähigung zu allen Staatsämtern in erster Linie abhängt, die eine höhere wissenschaftliche Bildung voraussetzen. Die Prüfung der Abiturienten, um als „reif“ aus Prima zur Universität abzugehen — ein Prädicat, wogegen Friedrich August Wolf vielfach, aber bisher vergeblich, polemisiert hat (Consil. schol. No. 67, 73—74 p. 172, 200 seqq.) —, wird nach dem Prüfungsreglement vom 4. Juni 1834 (Dr. Wiese, Schulgesetze I. 205 ff.) veranstaltet, das mit wenigen Zusätzen noch heute in voller Gültigkeit besteht.

Das Maass der Kenntnisse bei den Abiturienten-Prüfungen.

Sie zerfällt in zwei Abschnitte: eine schriftliche und eine darauf folgende mündliche.

In der schriftlichen muss der Examinande liefern:

1. Einen Aufsatz in der Muttersprache, geeignet, um seine „Gesamtbildung“, die Bildung des Verstandes und der Phantasie und stilistische Reife zu beurkunden.
2. Einen lateinischen Aufsatz über einen ihm aus dem Unterricht bekannten Gegenstand und ein lateinisches Extemporale, den ersteren, um ausser dem allgemeinen Geschick der Behandlung, vorzüglich seine erworbene stilistische Fertigkeit und Correctheit im Gebrauch der lateinischen Sprache zu erforschen, das letztere, um seine Kenntniss in der lateinischen Formenlehre und Syntax festzustellen. Nur zu diesem Zweck soll denn auch
3. ein kurzes griechisches Extemporale geschrieben werden.
4. Die Uebersetzung eines grammatisch nicht zu schwierigen Pensums aus der Muttersprache in's Französische.
5. Die Lösung zweier geometrischen und zweier arithmetischen Aufgaben aus dem Kreise der in den Schulunterricht fallenden Theile der Mathematik.

Zu der Fertigung der griechischen und lateinischen Extemporalien ist eine Frist von je zwei, der französischen Uebersetzung von drei, aller sonstigen Arbeiten von je fünf Stunden gewährt. Der Gebrauch von wissenschaftlichen Hülfsmitteln, namentlich von Grammatiken und Lexicis, ist bei Fertigung der Clausurarbeiten nicht gestattet (§§. 16—17 des Prüfungsreglements).

Die mündliche Prüfung, die beim Vorhandensein von mehr als zwölf Examinanden in zwei Tagen abgehalten werden muss, erstreckt sich auf folgende Gegenstände:

1. Religion. Der Abiturient soll zeigen, dass er von dem Inhalt und Zusammenhang der heiligen Schrift und von den Grundlehren der Confession, der er angehört, eine sichere Kenntniss erlangt hat.
2. und 3. Im Lateinischen und Griechischen sind dem Abiturienten aus Prosaikern solche Stellen vorzulegen, die bisher noch nicht gelesen sind; aus den Dichtern diejenigen, die — jedoch nicht im letzten Semester — bereits gelesen worden. Es sind an geeigneten Stellen Fragen über Metrik, Mythologie, Alterthumskunde „u. s. w.“ anzuknüpfen. Auch ist dem

Abiturienten Gelegenheit zu geben, seine Fertigkeit im Lateinsprechen zu zeigen.

4. In der Geschichte muss der Abiturient die ihm gestellte Aufgabe aus der römischen, griechischen oder deutschen Geschichte im zusammenhängenden Vortrage lösen, Kenntniss von der brandenburgisch-preussischen Geschichte und auf die ihm zu stellenden Fragen auch Bekanntschaft mit den wichtigsten That-sachen und Zahlen der allgemeinen Weltgeschichte nachweisen. Bei dieser Gelegenheit ist denn auch die Kenntniss des Abiturienten in der Geographie zu ermitteln.
5. Für die Prüfung in der Mathematik sind die Grenzen des den Gymnasien zugewiesenen Lehrplanes inne-zuhalten (§. 23 des Prüfungsreglements).

Schriftliche und mündliche Prüfung sind zwar ein zusammengehöriges Ganzes. Es findet aber eine Dispensation von der mündlichen Prüfung statt, wenn der Abiturient nach dem einstimmigen Urtheil der Prüfungscommission die schriftliche Prüfung bestanden hat, und seine früheren Leistungen befriedigen (§. 24).

Auch ist eine Compensation zwischen einzelnen Prüfungsgegenständen in der Art zugelassen, dass, wenn ein Abiturient in Beziehung auf die Muttersprache und das Lateinische den gestellten Forderungen vollkommen genügt, ausserdem aber entweder in den beiden alten Sprachen oder in der Mathematik „bedeutend mehr“ als das Geforderte leistet, mindere Leistungen in den übrigen Prüfungsgegenständen gegen die Mehrleistungen ausgeglichen werden können (§. 28 B. des Prüf.-Regl.).

Ausnahmsweise ist mit Rücksicht „auf das Interesse des königlichen Staatsdienstes“ das Zeugniss der Reife zu ertheilen, wenn der Examinande in der Muttersprache, dem Lateinischen und zwei der anderen Prüfungs-Gegenstände, die mit seinem künftigen Beruf in Beziehung stehen, nach dem einstimmigen Urtheil der Prüfungscommission den Forderungen entspricht (§. 28 B. daselbst).

Es möge uns gestattet sein, diese reife Frucht neunjähriger Bemühungen im Interesse der Sache einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, umsomehr, als das Abiturienten-

Kritik dieses
Prüfungs-
reglements.

Examen eine weitreichende Wirkung auf die ganze Lebens-Stellung und Richtung der Geprüften äussert.

Stellung der
Examinatoren
zu den
Provinzial-
Schulcollegien
und den
königlichen
Prüfungs-
Commissarien.

Zunächst ist die Stellung der Examinatoren zu den Provinzial-Schulcollegien und den königlichen Commissarien näher in's Auge zu fassen.

Die von dem Director und den prüfenden Lehrern den Abiturienten vorzuschlagenden schriftlichen Aufgaben sollen dem königlichen Commissar zur Auswahl vorher eingesendet werden. Diese sind befugt, „nach Befinden der Umstände“ die vom Lehrercollegium in Vorschlag gebrachten Aufgaben völlig zu verwerfen, an deren Stelle andere zu setzen. Die Provinzial-Schulcollegien aber können nach eigenem Gutbefinden anordnen, dass in allen Gymnasien ihres Ressorts zu gleicher Zeit die nämlichen Aufgaben von den Abiturienten bearbeitet werden.

Den königlichen Commissarien wird ferner die Befugniss ertheilt, sich vorzubehalten, dass sie das Dictat zu dem lateinischen und griechischen Scriptum bei ihrer Anwesenheit in der mündlichen Prüfung bestimmen und dass sie erst dann die Uebersetzung anfertigen lassen (§. 15 des Prüfungsreglements).

Die Ertheilung des Zeugnisses der Reife hängt ebenfalls von diesem Commissar ab. Er kann das Votum des Lehrercollegiums über den Ausfall der ganzen Prüfung bestätigen. Es wird ihm jedoch auch das Recht beigelegt, seine Bestätigung zu verweigern, „wenn der durch die Stimmenmehrheit gefasste Beschluss seiner Ueberzeugung widerspricht.“ Im letzteren Falle sind die schriftlichen Arbeiten nebst dem Prüfungsprotocoll unter Anführung der Weigerungsgründe des Commissars der vorgesetzten Behörde zur Entscheidung vorzulegen. Bis diese erfolgt ist, wird die Verkündigung des Beschlusses über das Resultat der Prüfung ausgesetzt (§. 26 des Prüfungsreglements).

Bei dem steten Zusammenwirken der Lehrer mit den königlichen Commissarien lässt sich nun allerdings erwarten, dass Conflictfälle unter ihnen überhaupt zu den seltenen Ausnahmen gehören werden. Wir glauben aber, dass überhaupt die Abordnung königlicher Commissarien zu den Abgangsprüfungen und die denselben eingeräumten sehr weitreichenden Machtbefugnisse entbehrlich sein dürften. Das allgemeine Landrecht bestimmt freilich noch, dass die den gelehrten Schulen vorgesetzten Behörden darauf sehen sollen,

dass der Unterricht auf ihnen zweckmässig eingerichtet und dass sie unter beständiger Aufsicht gehalten werden (II. 12, §. 56). Für diese zweckmässige Einrichtung des Unterrichts ist jedoch schon ohnehin dadurch gesorgt, dass detaillirte Lehrpläne bestehen, und die vorgesetzte Behörde von deren Ausführung theils durch die halbjährlichen Programme, theils durch specielle Berichterstattung, wenn es nothwendig erscheint, in laufender Kenntniss erhalten wird.

Was aber die „beständige Aufsicht“ anbelangt, unter der die Gymnasien gehalten werden sollen, so möchte diese Vorschrift einer Zeit entstammen, in welcher man noch diese Anstalten mit einem gewissen Misstrauen betrachtete, und in welcher man der Meinung Raum gab, dass eine in der dienstlichen Hierarchie höher stehende Behörde eine bessere Einsicht in die Sache habe, als das mit der Ausführung des Gesetzes unmittelbar betraute Collegium. Diese Ansicht würden heute wohl nur Wenige theilen. Die beste Controle wird durch die Oeffentlichkeit geübt. Man mache die mündliche Abiturienten-Prüfung öffentlich; man vertraue die Censuren über die schriftlichen Arbeiten, soweit diese nothwendig, dem Lehrercollegium an. Es wird sich dann — wie wir glauben — sehr bald herausstellen, dass eine weitere Controle füglich entbehrt werden kann, zumal eine solche, die „nach Befinden der Umstände“ das Lehrercollegium von einer durchgreifenden Thätigkeit und entscheidendem Votum völlig ausschliesst. Die Lehrer an den Gymnasien sind gleichfalls Staatsbeamte (§. 65 a. a. O.), als solche aber zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses verpflichtet. Man muss ferner nicht ausser Augen lassen, dass wohl fast alle anderen Examina in vorgerückteren Stadien von den betreffenden Collegien ohne Zuziehung besonderer königlicher Commissarien abgenommen werden, und dass das bestandene Abiturienten-Examen als solches noch kein Recht auf ein besoldetes Staatsamt verleiht.

Bei der Prüfung selbst scheint es uns nicht gerechtfertigt zu sein, dass unter gewissen Umständen das mündliche Examen erlassen werden kann, dann nämlich, wenn die Prüfungscommission aus den bisherigen Leistungen und aus dem Resultat der schriftlichen Prüfung die Ueberzeugung gewonnen hat, dass der Examinande als „reif“ zu erachten sei (§. 24 des Prüfungsreglements).

Bedingungs-
weiser Erlass
des mündlichen
Examens.

Wir halten dafür, dass durch diese Bestimmung eine Ungleichheit zwischen verschiedenen Kategorien von Examinanden eingeführt wird, die füglich zu vermeiden wäre.

Die Abiturientenprüfung muss bei den Gymnasien nicht bloss von deren Schülern, sondern auch von Denen abgelegt werden, die sich einer wissenschaftlichen Laufbahn auf der Universität widmen, ohne zuvor ein Gymnasium besucht zu haben. Dies ist an sich eine wohl gerechtfertigte Anordnung, da die früher bestandenen Prüfungs-Commissionen bei den Universitäten — ähnlich den französischen Prüfungsjuries — sich nicht bewährt haben.

Die durch Privatunterricht allein vorbereiteten Abiturienten können nun niemals zur Dispensation von der mündlichen Prüfung gelangen. Den Prüfungscommissarien fehlt es an Material, um ihre „früheren Leistungen“ beurtheilen zu können. Ihre schriftlichen Arbeiten mögen daher noch so vorzüglich sein, sie müssen doch immer der mündlichen Prüfung sich unterziehen. Ein Schüler des Gymnasii, der auch nur die Prima absolvirt hat, geht ihnen also stets vor. —

Ueberdies fordert das Reglement hier in gewisser Weise etwas Unmögliches. Der Commissar ist auch Mitglied der Prüfungscommission, sogar ihr Vorsitzender. Auf welche Weise soll er über die „früheren Leistungen“ der Abiturienten sich informiren? Gewiss nur in sehr seltenen Fällen hat er selbst einen Abiturienten, der vor ihm steht, vor längerer Zeit einmal unterrichtet. Er wird sich deshalb auf den Bericht des Directors und der mitprüfenden Lehrer über die vorgängigen Arbeiten ihres Zöglings verlassen müssen. Das halten wir aber für einen Uebelstand. Jeder Commissar muss mit eigenen Augen sehen, um danach sich sein Urtheil zu bilden. Die Bestimmung des Reglements gehört ferner einer Zeit an, in der bei allen wissenschaftlichen Carrieren die Schriftlichkeit prädominirte. Heute ist das anders. Die Mündlichkeit hat entweder schon die Oberhand gewonnen oder ist im Begriff, den Sieg davon zu tragen. Und das ist auch das Naturgemässe. Die Zeit verlangt nicht Leute, die in der Stille ihres Arbeitszimmers ein leidlich brauchbares Werk — oft unter Zuhülfenahme aller möglichen Autoren, die dem Verfasser zur Hand — ausarbeiten können, sondern einen „miles promptus atque expeditus“, der das, was er weiss, nach den

Umständen des gegebenen Falles praktisch und zwar in freier mündlicher Rede zu verwerthen versteht.

Ein Geistlicher kann keine beifallwürdige Grabrede auf einen berühmten Mann halten, wenn er sie zuvor zu Hause ausarbeiten und auswendig lernen muss, um sie dann öffentlich vorzutragen. Eine solche Ausgabe der Rede zweiter Hand würde nicht mehr eine das Gemüth und das Herz der Hörer hinreissende Improvisation, vielmehr eine frostige Reproduction einer daheim corrigirten und ausgefeilten Studie sein.

Ein Arzt, der zu einem schwer Erkrankten gerufen wird, darf nicht etwa nach Hause gehen, um in dem unsterblichen Werke von Peter Frank die Symptome eines intermittirenden Fiebers zu recapituliren. Er muss den Peter Frank im Kopfe haben, um zur Stelle sicher und rasch zu diagnosticiren und die zweckentsprechende Therapie einzuleiten, wenn er das Vertrauen des Patienten und seiner Angehörigen erwerben will.

Und was sollen wir mit Advocaten anfangen, die nicht augenblicklich und ohne Stocken den ihrer Sorgfalt übertragenen Fall nach der factischen, wie der juristischen Seite dem Gericht mündlich zu entwickeln wissen; was mit Richtern, die nicht nach dem Abschluss der Parteivorträge ohne Zögern ihr Urtheil finden und mit triftigen Gründen auszustatten verstehen, ohne erst zu umfangreicheren Bibliotheken und weit-schichtigen schriftlichen Referaten ihre Zuflucht zu nehmen; wenn wir — wie in kurzer Zeit zu erwarten — ein wirklich mündliches Verfahren in allen Zweigen der Rechts-übung haben?

Aber damit Jemand als Geistlicher, als Arzt oder als Jurist auf der Höhe seiner Zeit steht und ihr genügt, muss er früh dazu vorgebildet werden. Er muss schon auf der Schule zeigen, dass er mit seinem Erwerb an Kenntnissen zur Stelle ist. Das vermag er hauptsächlich nur zu documentiren, wenn er über das, warum es sich gerade handelt, mündlich Rede und Antwort geben kann. Dass er auch in der Schrift seinen Gedanken Ausdruck und eine gefällige Form zu verleihen vermag, ist selbstverständlich, aber nebensächlich. Denn die Kunst des Kadmos ist eben nur ein Nothbehelf, ein dürftiges Surrogat der freien Rede.

Daraus folgt denn weiter, dass eine Compensation im Maass der Kenntnisse bei einzelnen Lehrgegenständen, ja

Keine Compensation zwischen Lehr-gegenständen.

wohl noch mehr eine Ertheilung des Reifezeugnisses bei beschränkterem Wissen mit Rücksicht auf den erwählten künftigen Beruf des Abiturienten (§. 28, B. C. des Prüfungsreglements, Wiese, Schulgesetze I. S. 220) nicht zuzulassen sein möchte.

Zweck des Prüfungsreglements ist es, ein Minimum für alle Prüfungsgegenstände aufzustellen. Diese sind ein untheilbares Ganze. Man kann daher unseres Erachtens nicht sagen, dass Jemand den Anforderungen des Abiturienten-Examens genügt hat, wenn er in einem oder dem anderen Prüfungsgegenstande hinter den Anforderungen zurückbleibt, mag er auch immerhin in sonstigen Wissenschaften ein grösseres Maass von Kenntnissen zeigen. Wir vermögen uns deshalb mit der Anordnung nicht einverstanden zu erklären, dass das Zeugniss der Reife ertheilt werden soll, wenn der Abiturient in der Muttersprache und dem Lateinischen den Forderungen Genüge leistet und ausserdem in beiden alten Sprachen oder in der Mathematik die Anforderungen überschreitet. Diejenigen Disciplinen, in denen der Abiturient dann den Forderungen „nicht vollständig“ entspricht, erfahren dadurch unwillkürlich eine gewisse Zurücksetzung, wenn auch nur nach der Subjectivität des Examinanden. Noch weniger möchten wir der Bestimmung beipflichten, dass das Zeugniss der Reife auch dann ausgestellt werden soll, wenn der Abiturient den Anforderungen in Beziehung auf die Muttersprache, das Lateinische und zwei andere Prüfungsgegenstände genügt, die mit seinem künftigen Beruf in Beziehung stehen.

Wir gestehen zunächst offen ein, dass wir nicht wissen, welche von den Prüfungsgegenständen mit dem „künftigen Beruf“ des Abiturienten nicht in Beziehung stehen. Im Gegentheil sind wir der Meinung, dass er Kenntnisse in allen Prüfungsgegenständen sehr wohl brauchen kann, mag er sich einem Berufe zuwenden, welchem er wolle.

Vor allen Dingen aber halten wir dafür, dass es gar nicht die Aufgabe eines Gymnasii sei, auf den künftigen Beruf des Abiturienten Rücksicht zu nehmen. Es ist das etwas sehr Wandelbares und legt dem Abiturienten keine Verpflichtung auf. Er kann augenblicklich angeben, dass er die Rechte studiren wolle und doch auf der Universität angelangt, sich der Medicin zuwenden. Uns scheint es, dass der wahre Zweck

eines Gymnasii darin bestehe, nicht eine Specialvorschule für einen gewissen Berufszweig zu sein, sondern eine Anstalt, die durch allgemeine classische Bildung zu jedem Beruf geschickt macht, den der Abiturient künftig ergreifen möchte.

Wenn wir von diesen Gesichtspunkten aus den Gesamtkreis der Prüfungsgegenstände überblicken, so glauben wir, zu der Anschauung berechtigt zu sein, dass Einzelnes darin fehlen, Mehreres jedoch hinzugesetzt werden könnte.

Die Totalität
der Prüfungs-
gegenstände.

Wir beschäftigen uns zunächst nur mit dem Quantitativen.

Hier halten wir das lateinische Extemporale (§. 16 des Prüfungsreglements) für entbehrlich. Wenn Jemand im Stande ist, eine freie lateinische Arbeit zu liefern, so kann man gewiss annehmen, dass ihm die Gabe beiwohnt, eine brauchbare Uebersetzung aus dem Deutschen in das Lateinische anzufertigen.

Dagegen vermissen wir bei der schriftlichen Prüfung jeden Ausweis des Abiturienten über historische, naturwissenschaftliche und physikalische Kenntnisse. Durch den freien deutschen Aufsatz kann unseres Erachtens ein solcher Mangel nicht ergänzt werden, weil dieser in der Regel wohl die Bearbeitung eines philosophischen oder literaturgeschichtlichen Thema's zum Gegenstande haben wird.

Es scheint uns ferner nicht gerechtfertigt zu sein (§. 23 des Prüfungsreglements), dass bei der mündlichen Prüfung deutsche Sprache und Literatur, philosophische Propädeutik, das Französische, Naturbeschreibung und Physik für die Schüler der Gymnasien ausgeschlossen bleiben und nur den Extraneen darin Fragen vorgelegt werden. Auch die Vorschrift möchten wir für bedenklich halten, dass gelegentlich bei der Erforschung der Geschichtskenntnisse der Abiturienten die Geographie mitbehandelt, die Geschichte aber wesentlich auf die alte griechische und römische, die deutsche und die brandenburgisch-preussische beschränkt werden soll. Von zweien eins. Entweder sind Kenntnisse in den zuerst bemerkten Disciplinen überhaupt entbehrlich. Dann ist es aber auch nicht nöthig, dass auf deren Vortrag in den Gymnasien eine Zeit verwendet wird, die man besser zur gründlichen Erlernung anderer nothwendigerer Wissenschaften gebraucht. Oder sie sind nothwendig — und das sind sie in der That —; dann

haben sie auch Anspruch auf gleiche Berücksichtigung mit den obligaten Prüfungsgegenständen.

Es ist auch nicht wohl einzusehen, wie Jemand auf der Universität ein philosophisches Collegium mit Erfolg wird hören können, wenn er nicht schon auf dem Gymnasium die Vorschule dazu in der philosophischen Propädeutik durchgemacht hat. Und fast noch weniger möchte ein so geringes Maass geschichtlicher Kenntnisse genügen, als es hier gefordert wird. Wenn auch noch im Reglement hinzugefügt wird, dass der Abiturient „die wichtigsten Thatsachen und Jahreszahlen aus der allgemeinen Weltgeschichte“ innehaben soll, so kommt es einmal nicht darauf an, dass Jemand ein zerstückeltes, sondern dass er ein zusammenhängendes Wissen an den Tag legt. Die Kreuzzüge in der mittleren, die Entdeckungsreisen der romanischen und germanischen Nationen in der neueren Geschichte sind eben keine Thatsachen, vielmehr Kreise von zusammenhängenden religiösen, politischen und culturhistorischen Ereignissen. Es frommt nicht, dass Jemand aus dem Kreise dieser Unternehmungen eine oder die andere besonders hervorragende Thatsache und Jahreszahl sich gemerkt hat. Er muss vielmehr mit den Motiven, dem Geist und Charakter derselben vollständig vertraut sein, wenn er ein Urtheil darüber haben und nicht hinter anderen Gebildeten zurückbleiben will, welche die sogenannte „gelehrte“ Bildung nicht genossen haben. Ohne eine genaue und eingehende Kenntniss der englischen und französischen, der italienischen Geschichte, der Geschichte der Schweiz, der Niederlande und Nordamerikanischen Union kommt aber heutzutage Niemand mehr fort, er möge einem Berufskreise angehören, welchem er wolle.

Die Qualität
der Kenntnisse.

Noch weniger halten wir das beim Abiturienten-Examen erforderte Maass der Kenntnisse qualitativ für genügend.

Es soll (§. 27 des Prüfungsreglements) im Lateinischen das Verständniss der philosophischen Schriften und der minder schwierigen Reden des Cicero, des Sallust und des Livius unter den Prosaikern; von den Dichtern aber der Eklogen und der Aeneide Virgil's, sowie der Oden des Horaz bei dem mündlichen Examen erfordert werden. Im Griechischen werden von den Prosaikern das erste bis fünfte Buch des Herodot, Xenophon's Cyropädie und Anabasis, die leichteren und kürzeren Dialoge des Plato, von den Dichtern nur Homer's Ilias und Odyssee zur Uebersetzung und Erklärung vorgelegt.

Ueberdies waltet (§. 23 des Prüfungsreglements) noch der erhebliche Unterschied ob, dass von den Prosaikern noch nicht gelesene, von den Dichtern aber bereits in früheren Semestern gelesene Stellen zum Uebersetzen gegeben werden.

Es lässt sich nicht in Abrede ziehen, dass die Anforderungen an einen Abiturienten hinsichts des Umfangs seiner Kenntnisse in den classischen Sprachen bedeutend herungesetzt sind. Vor dem Erlass des Prüfungsreglements vom 4. Juni 1834 wurde Xenophon's Anabasis und Homer's Odyssee in Tertia, Herodot und Livius, die leichteren philosophischen Schriften des Cicero, Homer's Ilias und Virgil in Secunda gelesen und verstanden. Wir huldigen nun zwar gerade nicht der Ansicht König Friedrich's II. (*Histoire de mon temps*, chap. I. p. 94), dass Gabriele d'Estrées gleichen Werth mit der Prinzessin Nausikaa hat, und dass die Iliade die Sitten von Canadiern malt. Aber das glauben wir füglich von dem gereiften Verstande eines Primaners erwarten zu dürfen, dass er in seinen ernsteren Studien in einem zweijährigen Cursus weiter vorgeschritten ist, als er es nach diesen neueren officiellen Anforderungen im Abiturienten-Examen ausweisen soll. Es wurde früher auf Prima von den Griechen unter den Tragikern abwechselnd Sophokles und Euripides, unter den Prosaikern Thukydides und Demosthenes traktirt, während unter den lateinischen Prosaikern Cicero auch in den schwierigeren Reden und Tacitus abwechselten. Damals haben wir auch nicht gesehen, dass man ein mündliches Abiturienten-Examen vorübergehen liess, ohne doch wenigstens aus einem noch nicht gelesenen Stück des Euripides übersetzen zu lassen.

Bei den jetzigen geringeren Anforderungen darf unmöglich der Betrachtung Raum verstattet werden, dass die Kenntnisse in den classischen Sprachen auf den Gymnasien an Umfang verloren haben. Gerade umgekehrt muss unseres Dafürhaltens die Erwägung massgebend sein, dass eine Kenntniss der alten Autoren viel verbreiteter geworden ist, als früher. Man mag gegen den Gebrauch deutscher Uebersetzungen classischer Werke soviel eifern, als man will: den unleugbaren Nutzen haben sie wenigstens gestiftet, dass die Alten in viel höherem Maasse ein Gemeingut des deutschen Volks geworden sind, als früher. Man will dem Alterthum in gewisser Art hinter die Coulissen sehen, ob denn wirklich eine so profunde Gelehrsamkeit zu seinem Verständniss nothwendig

ist, als dieser oder jener Professor heute noch gerne behaupten möchte.

Die Aufführung der Antigone, oder einer der besseren Comödien von Terenz in einem geschmackvollen scenischen Arrangement wird gewiss ein gewähltes und gebildetes Publikum anlocken.

Elegant gebildete Universitätslehrer halten es nicht für unvereinbar mit ihrer Würde, in populären, freilich nicht von unnöthigen Citaten strotzenden Werken ihren wissbegierigen Landsleuten die Quintessenz ihrer Studien über das classische Alterthum darzubringen. Und die Fülle der Auflagen bürgt dafür, dass solche sinnig erdachte und in geglättetem Stil geschriebene Bücher bei allen Gebildeten gern gesehen sind. Tritt aber damit nicht an die Gymnasien die Anforderung heran, in den Ursprachen jener Autoren Das zu leisten, was der grosse Kreis der Gebildeten und der Bildungsfähigen schon in der deutschen Uebersetzung mit Vergnügen entgegennimmt?

Wir glauben also, dass die Ansprüche beim Abiturienten-Examen in Beziehung auf das Studium der alten Classiker und auf die Fähigkeit, aus dem Stegreif sich in ihnen zurechtzufinden, billig erhöht werden können. Man halte uns auch nicht den Einwand entgegen, dass das Gymnasium der Universität nicht vorgreifen dürfe.

Nun, wir befürchten nicht gerade jene „tetras vomitiones“, herrührend aus Ueberfüllung des Magens mit classischer Speise, von denen der gefeierte Pädagoge von Ilfeld scherzend spricht (Consil. schol. No. 87 S. 262). Wir würden eher einer solchen Besorgniss Raum geben, wenn ein armer Scholare aus dem Phrontisterion eines modernen Sokrates nach Hause käme, in welchem Vorträge voll herakleidisch dunkler Weisheit seekrankheitähnliche Empfindungen in ihm hervorrufen könnten.

Unbemerkt können wir jedoch nicht lassen, dass schon ein alter Lectionsplan für eine lateinische Schule von Heyne, revidirt von Friedrich August Wolf (Cons. schol. No. 58, S. 157 ff.) für die höheren Classen, namentlich für Prima, höhere Forderungen bei der Lectüre und dem Verständniss der alten Autoren aufstellt, als sie jetzt im Prüfungsreglement sich vorfinden.

Wir würden uns mit Minderem begnügen, wenn uns irgend welche Gewähr dafür geboten wäre, dass dasjenige, was man

heutzutage auf dem Abiturienten-Examen in Beziehung auf die alten Classiker leistet, nur der Anfang, nicht zugleich das Ende wäre. Vordem war es anders. Wir sehen aus alten Privattagebüchern, die in den ersten Lustren dieses Jahrhunderts geführt sind, dass gebildete Juristen, Referendarien und Assessoren der alten Oberlandesgerichte, es nicht verabsäumten, die Collegien der Professoren in der classischen Litteratur zu besuchen, dass sie sich ein Vergnügen — eine geistige *κάθαρσις* — daraus machten, im philologischen Seminar der Interpretation der Geschichten des Tacitus oder der Elektra des Sophokles beizuwohnen, auch wohl selbst thätig daran Theil zu nehmen. Die guten Folgen dieser wissenschaftlichen Privatübungen liessen nicht auf sich warten. Wer solchen Collegien unter Leitung eines geistreichen Professors aus Liebe zur Wissenschaft beiwohnt, erhält nicht bloss seine Sprachkenntnisse, sondern bildet sie fort und erweitert das Maass positiver nützlicher Kenntnisse. Man war dann im Stande, wenigstens bei der Auscultatur-Prüfung die Examinatoren mit den Candidaten in einem Latein verkehren zu hören, das rein von Barbarismen gute Studien in den juristischen und rhetorischen Schriften Cicero's und Quinctilian's deutlich aufwies. Jener „pudor Latinitatis“, der in unseren Zeiten so viele Gemüther ergreift und ein zartes Erröthen auf ihren Wangen hervorruft, war damals unbekannt.

Woher kommt das? Weil es in neueren Zeiten sehr irrig wäre zu glauben, dass ein anderer, als gerade ein Philologe *ex professo*, der sich zum Lehramt auf einer höheren Schule vorbereitet, derartigen Collegien oder wohl sogar dem philologischen Seminar seine Musse zuwenden möchte. Die Professoren der Philologie auf den Universitäten werden gewiss die Richtigkeit dieser Bemerkung bestätigen.

Gerade deshalb sind wir der Meinung, dass man das Maass der Kenntnisse bei den alten Sprachen bei der Abiturienten-Prüfung nicht in der Weise heruntersetzen müsse, wie es jetzt im Prüfungsreglement geschehen ist. Man kann gewiss ein Mehreres verlangen, als gegenwärtig, und durch eine heilsame Strenge darauf halten, dass die höheren Ansprüche erfüllt werden. Vielleicht lichten sich dann die Reihen der Studirenden auf den Universitäten. Ein solches Resultat würden wir für einen wahren Gewinn erachten. Es kommt nicht darauf an, dass alle Welt studirt.

Viel wichtiger für den allgemeinen Culturfortschritt, sowie für den öffentlichen Dienst möchte es sein, dass Diejenigen, die ihre Studien auf den Universitäten fortsetzen wollen, geistig dazu befähigt, gehörig vorbereitet und vermöge ihres Charakters dazu geeignet sind.

In welcher Weise aber die auf den Gymnasien erworbenen Kenntnisse fruchtbringend zu vermehren sein möchten, darüber behalten wir uns vor, an geeigneter Stelle zu sprechen.

Siebentes Kapitel.

Vorschläge zur Reform des Gymnasial-Unterrichts.

Die Verwendung der Zeit zum Erwerb der Kenntnisse nach einem speciellen Lehrplan. Bedenken gegen den Lehrplan. Erziehung des Körpers. Erziehung des Geistes. Die schriftlichen Arbeiten. Das Missverhältniss der Lehrstunden in den classischen Sprachen zu den anderen Unterrichtsgegenständen und unter einander. Der Gymnasialunterricht in anderen Staaten. Französische Lyceen. Der katholische Clerus. Das Unterrichtsmonopol der Universität. Französische Aequivalente des deutschen Abiturienten-Examens. Englische Lateinschulen. Reformvorschläge für den Unterricht in deutschen Gymnasien.

Die
Verwendung
der Zeit zum
Erwerb der
Kenntnisse.

Wenn wir die Summe der Zeit überrechnen, die zum Erwerb der Kenntnisse auf den deutschen Gymnasien verwendet wird, so fällt uns zweierlei in die Augen:

Einmal: Es wird zuviel Zeit gebraucht, um die Schüler in den Besitz des geistigen Capitals zu setzen, worüber er sich beim Schlusse seiner Schullaufbahn im Abiturienten-Examen ausweisen soll, ohne dass dabei die Vermehrung, oder auch nur die Erhaltung jener Kenntnisse verbürgt werden kann.

Alsdann: Es würde bei anderweitiger Eintheilung und Verwendung der Unterrichtszeit möglich sein, den nach Vollendung des Cursus abgehenden Scholaren einen grösseren geistigen und leiblichen Betriebsfonds für ihre künftige Laufbahn mitzugeben, als es nach der jetzigen Einrichtung statthaft ist.

Werfen wir einen Blick in den uns mitgetheilten vollständigen Lehrplan eines Gymnasii (Dr. Wiese, Schulgesetze I. S. 51).

Wir finden hier — um die unteren Classen bei Seite zu lassen — für Prima eine wöchentliche Zahl von dreissig, mit Hinzurechnung der beiden facultativen Lehrstunden im Hebräischen zweiunddreissig Stunden. Die letztere Zahl dürfen wir überhaupt als die Regel für den geistig wissenschaftlichen Unterricht auf einem Gymnasium annehmen. Dies macht in sechs Wochentagen für je vier derselben täglich sechs, am Vormittag vier, am Nachmittag zwei; für den Mittwoch und Sonnabend je vier Stunden am Vormittag aus. Rechnet man je zwei Turnlectionen zur Pflege und Erziehung des Körpers hinzu, die der Regel nach am Mittwoch und Sonnabend ertheilt werden sollen, so sind dies sechsunddreissig Lehrstunden wöchentlich.

Das sind die eigentlichen Schulstunden und mit ihnen ist das Maass der Anstrengungen für den jugendlichen Geist und Körper noch keineswegs erschöpft. Man darf annehmen, dass mindestens drei bis vier Stunden täglich erfordert werden, um die häuslichen Schularbeiten zu fertigen. Der Sonntag ist für einen freien Tag nicht zu achten. Denn an diesem werden zum grossen Theil die monatlichen und halbmonatlichen Arbeiten angefertigt werden müssen.

Dies macht für den Schüler in dem Alter von neun bis achtzehn Jahren eine tägliche Arbeitszeit von neun bis zehn Stunden.

Wie wird nun diese Zeit für die einzelnen Unterrichtsgegenstände in der Classe verwendet? Hierüber ertheilt der angezogene Lehrplan vollständige Auskunft. Für Prima werden von den dort angesetzten dreissig Lehrstunden in Anspruch genommen:

Acht Stunden für das Lateinische; sechs für das Griechische; vier für die Mathematik; je drei für das Deutsche, Geographie und Geschichte; je zwei für Religion, das Französische und die Naturwissenschaften.

Also von dreissig Lehrstunden werden neunzehn auf die Sprachen, darunter beinahe die Hälfte auf die alten, elf auf alle sonstigen Lehrgegenstände verwendet.

Es kann nicht fehlen, dass eine solche Vertheilung des Lehrstoffs und der Arbeiten Bedenken hervorruft.

Bedenken
gegen den
Lehrplan.

Zunächst in körperlicher Beziehung.

Geist und Körper haben gleiche Rechte. Wird der Geist vor der Zeit zu sehr angestrengt und der Körper darüber vernachlässigt, so lassen die Folgen einer solchen ungleichmässigen Vertheilung der Arbeit nicht auf sich warten. Bei Einigen führt die geistige Ueberanstrengung in der Zucht des Gymnasii auf der Universität, auf welcher Jedermann sich selbst in Zucht und Ordnung halten soll, zu einer völligen Vernachlässigung der geistigen Fortbildung. Man setzt die Wissenschaft bei Seite, um den Zerstreuungen und dem Vergnügen rückhaltlos sich hinzugeben. Nicht gerade selten deckt ein frühes Grab Diejenigen, die auf den Schulen zu sehr angestrengt im Uebermaass sinnlicher Genüsse der nächsten Lebensperiode eine Compensation für das ihnen entzogene Maass körperlicher freier Bewegung zu finden glaubten. Andere, denen es um das Studium der Wissenschaft zu allen Zeiten Ernst gewesen ist und die ihre Studien mit dem übertriebenen Eifer fortsetzen, mit dem sie begonnen worden, tragen entweder für ihre Lebenszeit einen siechen Körper davon, oder erliegen vor der Zeit, in welcher ihre gereifte geistige Arbeit für das Gemeinwohl am Fruchtbringendsten werden könnte. Jeder Arzt wird bestätigen, dass das Heer der Unterleibskrankheiten, die keinen Genuss an den reinen Freuden des Lebens aufkommen lassen, seine erste Quelle in übergrossen geistigen Anstrengungen auf der Schule hat. Eine verständige Prophylaxis kann nur dadurch geübt werden, dass man mit Strenge darauf hält, dem Geiste nicht mehr aufzulegen, als er zu tragen vermag, ohne das körperliche Wohlbefinden zu zerrütten und dem normalen Gang der physischen Functionen entgegenzutreten.

Es wird stets nöthig sein, nach dem Satze des Aristoteles (Politicor. VIII, 4) zu handeln:

„dass das Lernen kein Spiel, sondern mit härter Anstrengung verbunden ist.“

— οὐ γὰρ παίζουσι οἱ μανθάνοντες. μετὰ λύπης γὰρ ἡ μάθησις. —

Daraus ergibt sich als unerlässliche Forderung:

„Es muss der Pflege des Körpers auf den Gymnasien ebensoviel an Zeit zugewendet werden, als der Pflege des Geistes.“

Dass aber das bisher geschehen, wird doch wohl Niemand im Ernst behaupten wollen. Wenn von durchschnittlich sechszig Arbeitsstunden wöchentlich vier auf das Turnen verwendet werden, so scheint es uns ziemlich gleichgültig, ob man diese letzteren überhaupt mitnimmt, oder nicht. Eine richtige Vertheilung der Arbeit wird erst dann eintreten, wenn nicht, wie bis jetzt, vierzehn Funfzehntel der Zeit auf die Bildung des Geistes und das übrigbleibende ein Funfzehntel auf die des Körpers verwendet, vielmehr nur dann, wenn etwa die Hälfte einer mässig bemessenen Arbeitszeit dem Geist und eine entsprechende Zeit dem Körper zugewendet wird.

Mit einer solchen Regulirung der Zeit nähern wir uns dem Ideal der Alten, das, wie die griechische Culturgeschichte lehrt, vortreffliche Früchte getragen hat. Nicht umsonst empfiehlt Aristoteles ebenso sehr eine Diätetik des Geistes in gleicher Weise, wie die des Körpers.

Er räth (Politic. VIII, 4) Alles fern zu halten, was nach „Zwangsanstrengungen“ — τοὺς πρὸς ἀνάγκην πόνους — aussieht. Und gewiss zutreffend ist seine Bemerkung:

„Beide Arten von Arbeiten (die geistige und die körperliche) bringen ihrer Natur nach eine entgegengesetzte Wirkung hervor; die körperliche behindert den Geist, die geistige den Körper.

— ἐμποδίζων ὁ μὲν τοῦ σώματος πόνος τὴν διάνοιαν, ὁ δὲ ταύτης τὸ σῶμα. —

Eben deshalb wendet er in einer Reihe der feinsten Bemerkungen (cap. V seqq. l. c.) seine Empfehlungen der Musik, als einem der vornehmlichsten Erziehungsmittel, zu, in der er ein nicht geringzuschätzendes Moment sittlicher Ausbildung und der Erhebung des Gemüths

„παιδείας ἔνεκεν καὶ καθάρσεως“

findet. Wir sehen in ihm den gediegenen Praktiker, wenn er bei der Recension der Instrumentalmusik — was so recht auf König Friedrich II. passt — die Flöte nur dann billigt, wenn sie auf Befreiung des sorgenschweren Gemüths (κάθαρσις), nicht auf sittliche Erhebung der Seele (μάθησις) hinwirken soll; oder wenn er im vorahnenden Geist (Politic. VIII, c. 7) musikalische Aufführungen und Volksconcerte als ein Mittel zur Erholung für die arbeitenden Classen unserer Mitbürger anpreist („ἀποδοτέον ἄγωνα καὶ θεωρίαν καὶ τοῖς τοιοῦτοις πρὸς ἀνάπαυσιν“).

Man wende uns nicht etwa ein:

„Es ist ja immer so gewesen. Das Gymnasium soll ja nur den Geist erziehen. Für sein leibliches Wohl sorgt Jeder selbst am besten. Man hat genug gethan, indem man das Turnen den obligaten Unterrichtsgegenständen beigesellt hat.“

Das ist nicht richtig.

Die Richtung der Erziehung auf den Geist allein — und das häufig noch nicht, sondern auf eine einzelne Function des Geistes, auf das Gedächtniss — ist den Alten fremd, von denen wir doch den Inhalt und die Substanz der Gymnasien überkommen haben. Jene exclusive geistig wissenschaftliche Direction ist nur ein Product stubensitzerischer Jahrhunderte, dessen wir uns sobald als möglich entledigen müssen, um wieder eine harmonische Erziehung von Geist und Körper zu erhalten. Solchen Grundsätzen kann man nur dann Beifall zollen, wenn das bekannte Axiom moderner Staatsweisen richtig wäre: „Was ist, das ist vernünftig!“ Unseres Bedünkens sollte man den gegentheiligen Grundsatz zu verwirklichen trachten: „Nur das hat eine sittliche Berechtigung zu existiren, was vor dem Forum der gesunden Vernunft zu bestehen vermag!“ Eben darum wollen wir es bei den wenigen Turnstunden nicht bewenden lassen, wie sie jetzt eingeführt sind, sondern — wo möglich — gerade soviel körperlich, als geistig turnen lassen. —

Erziehung des
Geistes.

Wir gehen zu der geistig-wissenschaftlichen Erziehung über. —

Die
schriftlichen
Arbeiten.

Hier fällt zuerst auf, welche grosse Menge Schreibwerk von den Schülern geliefert wird, das mindestens die Hälfte der Arbeitszeit auf den Gymnasien ausfüllt. Der grössere Theil könnte unseres Dafürhaltens füglich entbehrt werden.

Es hängt dies im Wesentlichen mit der Rücksicht auf den späteren Lebensberuf der Gymnasiasten zusammen. Man bildet sich nicht aus, um eine liberale Bildung für das ganze Leben zu erlangen, vielmehr grösstentheils, um ein bestimmtes Amt im Staats- oder Communal-Dienst zu erlangen. Die hauptsächlichste Thätigkeit dieser Beamten war bisher eine der Schreibstube gewidmete. Diese Rücksicht fällt künftig fort, da man sich längst davon überzeugt hat, dass in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes Handeln und mündliche Verhandlung die Hauptsache ist. Schriftliche Verhandlung

wird nur da zugelassen, wo man mit der mündlichen nicht auskommt; in diesem Falle aber im möglichst beschränkten Maasse.

Die veränderte Richtung des öffentlichen Lebens kann nicht ohne Rückwirkung auf die Schule bleiben. Wenn Jemand künftig kurz und zur Stelle sich resolviren soll, so muss er in der Zeit auf der Schule angehalten werden, sich dazu vorzubereiten. Wenn aber einmal ein Schriftstück geliefert werden soll, so ist es nicht nothwendig, einen oft dünnen Gedankenfaden mehrere Bogen hindurch in unerquicklicher Breite fortzuspinnen. Im Gegentheil wird es erforderlich, Gedanken in kürzester und prägnantester Form Ausdruck zu geben. Man lernt dann sehr bald den Gedankenarmen, der die innere Leere durch Verbosität zu verdecken sucht, von dem Gedankenreichen unterscheiden, der materielle Fülle in eine knappe und doch elegante Form zu kleiden versteht.

Es frommt nicht, dass in Verfügungen der Aufsichtsbehörden, wenn auch noch so oft, die Einschränkung des Schreibwerks auf das Unentbehrlichste empfohlen wird. Was ist entbehrlich? was unentbehrlich? Hierüber variiren die Ansichten unter den Directoren der Gymnasien wohl so bedeutend, dass eine Vereinigung schwer zu erzielen ist. Es nimmt uns eine solche Erscheinung nicht Wunder. Von glaubhafter Seite (Raymond Bordeaux, Philosophie de la proc. civ. chap. XX p. 265) wird uns berichtet, dass in Frankreich noch immer Tribunalpräsidenten existiren, die möglichst auf das geheime und schriftliche Verfahren zusteuern, unerachtet die im Jahre 1667 erlassene Ordonnance civile, dieser Grundstein alles öffentlichen und mündlichen Verfahrens, jetzt bereits ihr zweihundertjähriges Jubiläum gefeiert hat. On revient toujours à ses premiers amours! Also, man muss sich nicht mit blossen Abhortatorien begnügen. Vielmehr wird es nöthig sein, solche Einrichtungen zu treffen, wonach ausserhalb der Schule nichts, absolut gar nichts mehr geschrieben wird.

Immerhin mögen sich gegen den Minister, der eine solche Verordnung erlassen würde, eine grosse Zahl von Leuten erheben, die alle Gymnasien in ihren Fundamenten erschüttert glauben, weil darin möglichst wenig, ausser ihnen gar nichts mehr geschrieben wird.

Waren vielleicht die Schulen der Alten darum keine

Gymnasien, weil man in ihnen nur hörte und besprach, nicht aber schrieb und am wenigsten schriftliche Hausarbeiten verlangte?

Eine ganz ähnliche Wandelung steht in Kurzem der deutschen Rechtsprechung bevor, die als solche gegen die bisherige actenmässige Rechtschreibung in ihr unverjährbares und unveräusserliches Recht eingesetzt werden soll. Man weiss das zum Voraus und — geht vorüber „ore ridenti.“

Kaum lässt sich in Abrede ziehen, dass bei einer solchen Neuordnung Lehrer und Schüler sich gleichmässig wohl befinden werden. Die Zahl der durchzusehenden Arbeiten wird erheblich verringert.

Zahlreiche Stunden, welche bisher hinter dem Schreibtisch versessen werden mussten, sind dadurch für die freie Bewegung des Geistes, sowie des Körpers wiedergewonnen.

Das
Missverhältniss
der Lehrstunden
in den klassi-
schen Sprachen
zu den anderen
Lehrgegenstän-
den und unter
einander.

Ebenso, wie an dem vielen Schreibwerk, kann der Laie eine gewisse Verwunderung über die grosse Zahl der Sprachstunden, in diesen über das eminente Uebergewicht des Lateinischen, selbst im Vergleich mit dem Griechischen, nicht zurückhalten.

Fast zwei Drittel aller Classenstunden werden von den Sprachen fortgenommen. Das Lateinische allein nimmt ein Viertel der Lehrstunden für sich in Anspruch. Das scheint uns um ein Bedeutendes zuviel und durch die Betrachtung nicht gerechtfertigt zu sein, dass der Unterricht auf den Gymnasien im Studium der classischen Sprachen wurzele.

Eine solche Vertheilung der Lehrstunden lässt sich unseres Dafürhaltens mit den gewöhnlichen Anforderungen des Lebens nicht in Einklang bringen. Wir nehmen den Minimalatz von acht Stunden wöchentlich im Lateinischen an. Auf das Schuljahr von 44 Wochen fallen also 352 Classenstunden für diese Sprache.

Der Gesamtunterricht in den Gymnasien dauert neun Jahre.

Von diesen werden also auf das Lateinische in den Classen mindestens . . 3168 Stunden aufgewendet.

Rechnet man nach einer mässigen Schätzung noch 25 Procent oder . . . 792 „ hinzu, welche von den häuslichen Vorbereitungen aller Art zu diesen Stunden be-

ansprucht werden, so kostet der lateinische
 Unterricht einem Gymnasiasten im Gan-
 zen mindestens 3960 Stunden
 in runder Summe

Viertausend Stunden.

Es müsste die Lebensdauer der Patriarchen uns armen Sterblichen beschieden sein, wenn wir auf die Erlernung einer jeden Wissenschaft viertausend Stunden aufwenden sollten, die gleiche Wichtigkeit mit dem Lateinischen hat.

Entsprechen die Resultate im späteren Leben einem solchen enormen Zeitverbrauch? Keineswegs. Man frage doch nur nach Ablauf der drei Universitätsjahre bei der Mehrzahl nach, man sehe die nach stereotypem Schema gearbeiteten „Curricula vitae“ durch oder höre eine Pandektenstelle von diesen neun Jahre lang in solchem Umfang unterrichteten „Lateinern“ interpretiren, so erwahrt sich nicht selten das Wort des Dichters von der Nymphe Echo:

„Nil nisi vox remansit!“

Ein so wenig günstiges Ergebniss lässt sich mit der Ausrede nicht beschönigen, dass die frühere Fertigkeit im Lateinischen durch unterlassene Uebung verloren gegangen oder wenigstens erheblich vermindert sei.

Zehn Stunden wöchentlich hat im praktischen Leben Niemand übrig, um bloss Latein zu treiben. Wäre es aber in dem neunjährigen Gymnasial-Cursus wirklich „in succum et sanguinem“ übergegangen, so könnte es dann doch nicht so bald vergessen sein.

Noch ein anderes Missverhältniss tritt hierbei zu Tage: das Prädominiren des Lateinischen vor dem Griechischen im Gymnasialunterricht.

Wir verkennen nicht, dass dieses Uebergewicht des Lateinischen mit dem ganzen Gange unserer geistigen Entwicklung zusammenhängt. Wir unterschätzen auch nicht den Werth, den das Lateinische als die gelehrte Verkehrssprache für die ganze gebildete Welt hat, bald fürchten wir, sagen zu müssen, gehabt hat.

Unzweifelhaft hat die katholische Kirche sich eins ihrer grössten Verdienste um die Civilisation der Menschheit dadurch erworben, dass sie im Mittelalter die altrömische Cultur, wenn auch in einem gerade nicht ciceronianischen Gewande, uns erhalten und sorglich gepflegt hat. Diese Cultur ist für die

neuere Zeit von den Universitäten aufgenommen und weitergeführt, von denen ein nicht kleiner Theil seinen Ursprung geistlichen Stiftungen verdankt.

Gerade diese Begründung der Universitäten durch den katholischen Clerus macht es erklärlich, dass auch nach dem Uebergang derselben unter die Herrschaft protestantischer Mächte, das Lateinische seine vorwiegende Stellung zunächst auf den Universitäten, und von diesen herab auf den Gymnasien, Jahrhunderte hindurch behauptet hat und zum grossen Theil noch behauptet.

Die factische Stellung nun, die das Lateinische in solcher Weise genommen hat, kann uns unmöglich verhindern, zu untersuchen, ob sie auch eine berechnete, und zwar eine historisch berechnete, ist. Das möchten wir aber gerade an der Hand der Geschichte verneinen, die als ein unerschöpfliches Lehrbuch göttlicher Einsetzung für alle Zeiten und Völker offen liegt.

Es lässt sich nun wohl nicht in Abrede stellen, dass die Genesis einer wirklich römischen Literatur erst von den Zeiten datirt, da (168 v. Chr.) die tausend edlen Achäer — unter diesen Panätius und Polybius — in Rom einen unfreiwilligen Aufenthalt nahmen, und soweit sie nicht in die traurigen italischen Landstädte internirt waren, in der Freundschaft des Scipio Aemilianus und des Lätius einen Ersatz für ihre Entfernung vom Vaterlande fanden. Die Palingenesie nicht mehr der Cultur eines einzelnen Landes, sondern unseres ganzen Welttheils können wir erst von der Eroberung von Constantinopel (29. Mai 1453) datiren, als die flüchtigen Griechen eine gastliche Stätte bei den Mediceern in Florenz, die selbst griechischen Ursprungs (von den „Jatrani“ — *Ἰατρῶν* — der Maina, Rulhière, Anarchie de la Pologne, III, 340, wie die Bonaparte von den *Καλόμπερος*), gefunden hatten, und ihre Wissenschaft seit den Zeiten von Katharina von Medici zuerst nach Frankreich, dann weiter nach Osten übersiedelt war. Und wen hatte im Mittelalter die ganze gebildete Welt im Morgen-, wie im Abendlande als das unübertrefflichste Muster eines wahren Weltweisen gefeiert? Doch nicht etwa Cicero, sondern Aristoteles. Dazu kommt denn sehr wesentlich, dass das römische Staatswesen nicht der Art ist, dass es einen Freund der Humanität sonderlich anziehen könnte. Es ist in seiner Gesammtheit nichts weiter als ein

zusammenhängendes System brutaler Gewalt, von einem Normalpolizei-Institut, dem römischen Senat, nach den Principien des Despotismus im Laufe vieler Jahrhunderte mit grosser Consequenz geleitet.

Man sehe nur, wie das Stadtjunkerthum — die Patricier —, zuerst sich eine tyrannische Gewalt über das halbhörige Ackerbürgerthum, die Plebs, anmassten. Wie es Schritt für Schritt äusserlich zurückgehen und die Herrschaft theilen musste, als ihm die Plebejer durch agrarische Strikes und Enthaltung vom Kriegsdienst begreiflich gemacht hatten, dass eine Handvoll herrschender Familien ohnmächtig ist, wenn sich Niemand von ihr regieren lassen will. Man betrachte weiter, wie beide Factoren vereint über das übrige Italien, dann über die anderen Völker der alten Welt herfielen und sie unterjochten, bis dass das Volk dieser Weisheit müde war, bis es sich nicht länger mit der Farce der „*Maiestas populi Romani*“ abspeisen liess und sich in Cäsar einen Herrn aus seiner Mitte setzte. Dessen Nachfolger mussten weichen, als sich eine stärkere Faust fand und die Deutschen für ihre eigene Rechnung fechtend, den Ostgothen Theodorich auf den Stuhl der römischen Cäsaren setzten.

Dies System roher Gewalt mag noch heutzutage unter vermeintlichen Staatsmännern Beifall finden, die in ihrer Kurzsichtigkeit nicht sehen, dass ein nach römischer Art begründetes Reich ein gleiches Ende naturgemäss nehmen muss.

Kein wahrer Freund der Menschheit, der ihre Geschichte kennt, wird dieser Ansicht huldigen, weil der Geist, richtig geleitet, doch stets Herr der rohen Materie wird.

Jene Richtung der römischen Geschichte — die rücksichtslose Herrschaft des römischen Staats mit Niederschlagung aller anderen Nationalitäten — hat denn auch einen hervorragenden Einfluss auf ihre Literatur ausgeübt. Sehr wenige grosse Geister abgerechnet, bietet sie das Bild einer armen Literatur dar. Sie hat nicht einmal den Vorzug nationaler Originalität. Vielmehr ist sie eine Literatur zweiter Hand. Sie lebt von den Griechen, ohne die griechischen Muster jemals zu erreichen.

Schon deshalb würde es empfehlenswerth sein, sich dem Urbild zuzuwenden. In der That scheint es uns vorzüglicher, den Homer zu studiren, als seinen Nachahmer Virgil, dessen blasser „*pious Aeneas*“ freilich das Glück gehabt hat, das Muster

eines noch blasseren „pio Goffredo“ zu werden. Die Zeit, die wir auf den Thukydides und auf den Vater der pragmatischen Geschichtsschreibung, den Polybios, verwenden, möchte fruchtbringender sein, als die Lectüre des Livius mit seinen, zum Besten der römischen Plebs übernommenen alljährlichen Meldungen aus den Pontificalfasten, dass ein Ochse geredet habe und ein zweiköpfiges Kalb geboren sei. So verdienstlich Cicero in Beziehung auf die Kunde der römischen Gesetze sein mag, so wird es doch schwerlich Jemand unternehmen, ihn als Redner dem Demosthenes gleichzustellen.

Aber die Griechen sind noch in einem anderen sehr wesentlichen Punkte den Römern vorzuziehen. Es findet sich in ihnen das reichste geistige Leben durch eigene Thätigkeit in allen Zweigen des menschlichen Wissens entfaltet und dieses Leben wird durch bürgerliche Freiheit und Ordnung harmonisch getragen. Ueberall wird man deshalb zu den Griechen greifen, wo es sich darum handelt, eine gefallene Nation zu erheben und sie aus der Knechtschaft zur Freiheit zu führen. Sehr schön sagt der Kanzler de l'Hopital:

„Perdre la liberté —, ô mon Dieu! après elle que reste-t-il à perdre? La liberté, c'est la vie; la servitude, c'est la mort!”

Und von diesem Satze haben wir gegen seine eigenen Landsleute und ihre Zwingherren einen Gebrauch gemacht, der ewig in der Geschichte leben wird.

Das Volk Ostpreussens erhob sich im Jahre 1813 aus innerem Drange, weil es von dem Usurpator Jahre lang geknechtet und bis auf's Mark ausgesogen war. Es wäre Thorheit gewesen, dem fliehenden Feinde nicht das Bajonett in die Rippen zu setzen, dessen „présteige“ in den Eisfeldern Russlands ein so klägliches Ende genommen hatte. Die Erhebung der Gebildeten aber in den anderen Provinzen Deutschlands ist wesentlich den Bemühungen der Berliner Universität zu danken. Nicht den geringsten Theil kann man mit Recht der Wiedererweckung der hellenischen Literatur, deren Benutzung als höchstes geistiges Bildungsmittel und als Sporn für grosse Thaten im Dienst des Vaterlandes zuschreiben, wie sie durch Wilhelm von Humboldt an der Spitze der Section des Unterrichts im Ministerium des Innern seit dem Jahre 1810 vereint mit Friedrich August Wolf, angebahnt, von Schleier-

macher aber mit zündender Wirkung auf das Volk durchgeführt war.

Wir halten es daher für gerechtfertigt, wenn wir für die Erlernung des Griechischen auf den Gymnasien gleiches Recht mit dem Lateinischen in Anspruch nehmen, schon um jenen Feuergeist in der Nation wachzuhalten und im geeigneten Augenblick als einen mitentscheidenden Factor auf die Bühne des politischen Lebens zurückzuführen, der sie bereits einmal aus schwerer Drangsal errettet hat.

Wenn wir uns hier gestattet haben, Unvollkommenheiten unseres deutschen Gymnasialunterrichts darzustellen, so lehrt uns wenigstens eine Umschau auf dem Gebiet des französischen Secundärunterrichts, dass es dort bei Weitem schlechter als bei uns bestellt ist.

Der Gymnasial-
unterricht in
anderen Staaten.
Französische
Lyceen.

Der gegenwärtige Unterrichtsminister in Frankreich, Mr. Duruy, gesteht offen ein, dass man seit achtzig Jahren vergeblich versucht, den „speciellen“ Secundärunterricht zu „organisiren.“

„La loi du 21. Juin 1866 nous imposait la nécessité de créer une école normale pour former des professeurs capables de donner cet enseignement secondaire spécial que, depuis quatre vingt ans, on cherche en vain à organiser.“

(Séance du corps législ. du 7. Juill. 1868, Mon. d. s. 10. Juill. 1868, N. 190 p. 774.)

Die Unzulänglichkeit des französischen Unterrichtswesens möchte sich aber nicht allein auf das „enseignement spécial“, sondern auch auf das „enseignement classique“ beziehen. Denn es ist noch nicht damit abgemacht — wie jener Minister fortfährt — dass man ein Katheder, Bänke und „un homme de science, de coeur et d'esprit“ besitzt „ayant Horace ou Virgile dans les mains et en expliquant les beautés.“

Nun ist es für Jemand kaum ausser Zweifel, der sich einigermaassen im französischen Secundärunterricht umgesehen, dass französische Lycealprofessoren ausser Stande sind, mit deutschen Schulmännern zu concurriren. Von den Leistungen jener hat noch Niemand diesseits des Rheins etwas Nennenswerthes gesehen. Wohl aber sind deutsche Philologen, ihre Ausgaben der classischen Werke und ihre Studien im Bereich der Alterthumswissenschaften diesseits, wie jenseits des Rheins gleich gesucht.

Die Mängel des französischen Secundärunterrichts entspringen im Wesentlichen aus zwei Quellen: dem vorherrschenden Einfluss des katholischen Clerus und dem Monopol der Universität. Sie sind unheilbar, so lange nicht beides beseitigt wird.

Der katholische
Clerus.

Schon in den deutschen Briefen von Dr. Wiese bildet die wahrheitsgetreue Schilderung der von den Mitgliedern religiöser Congregationen geleiteten höheren Unterrichtsanstalten in Belgien einen wenig erfreulichen Contrast zu der Darstellung der englischen Lateinschulen.

Seit dem Erscheinen jener trefflichen Briefe haben die Ansichten Derer auch in Frankreich Boden gewonnen, die unter der Fahne der „Civiltà Cattolica“ fechtend, bemüht sind, den Unterricht mehr und mehr als eine ausschliessliche Domäne des katholischen Clerus zu betrachten, ihn unter der Maske des „Enseignement libre“ ganz an sich zu ziehen und nicht bloss alle Akatholiken, sondern auch alle liberalen Katholiken davon auszuschliessen. Wo würden wohl „les grands principes de 1789“ — jenes uns Deutschen so oft vorgerittene Paradepferd — bleiben, wenn jene Tendenzen vollständig die Oberhand gewinnen sollten?

„La France est catholique!“ ruft der Präsident Schneider unter lebhaftem Beifall des gesetzgebenden Körpers („marques très vives d'approbation“) dem Deputirten Guérault zu, der sich bemüht, das Umsichgreifen ultramontaner Tendenzen in Frankreich auf der Tribüne zu signalisiren. (Séance du Corps législ. du 9. Juillet 1868, Mon. d. s. du 12. Juill. 1868 N, 192 p. 783.)

In der That, wenn es wahr wäre, dass „la France“ — das Land Frankreich — katholisch wäre, so würde darin für Akatholiken kaum ein Platz übrig sein, in dem man sie duldet. Es wäre dies vorläufig die Rückkehr zur Charte König Ludwig XVIII. vom 10. Juni 1814:

„Cependant la religion catholique, apostolique et romaine, est la religion de l'État (Art. 6).

Es könnte dies als eine erste Etappe zu einer abermaligen Widerrufung des Edicts von Nantes angesehen werden, wenn nämlich die Principien der „Civiltà Cattolica“ weitere Verbreitung in Frankreich gewinnen sollten.

Wir müssen gestehen, dass uns diese Aeusserung in offener Kammer befremdet hat; mehr noch, dass keiner von den

anwesenden protestantischen Deputirten — und deren werden doch auch wohl in der Kammer vorhanden sein — Widerspruch erhoben und bemerkt hat, dass die verschiedenen Confessionen in Frankreich gesetzlich gleichberechtigt sind. Sollten die zu uns herübertönenden Klagen der Deutschen aus dem Elsass

— dass man durch die Beseitigung des protestantischen Religionsunterrichts in deutschen Volksschulen dem Protestantismus und der deutschen Nationalität zugleich den Lebensnerv abzuschneiden suche — (Wochenausgabe der Augsburger Allgem. Zeitung „Elsässer und Livländer“ 1868, No. 23 S. 356 ff.)

so ganz unbegründet sein?

Man hat aber auch in den officiellen Regionen Frankreichs kein Hehl daraus, dass der Secundärunterricht der Leitung des französischen Clerus überantwortet werden müsse, ja, man setzt sogar einen besonderen Vorzug darin, dass dem so sei.

In der vor uns liegenden fünften, von dem damaligen Minister des Innern besonders empfohlenen Ausgabe des „Cours du droit public et administratif“ von Laferrière, General-inspector der Rechtsfacultäten (Paris, 1860) wird das Prädominiren der katholischen Religionsgrundsätze im Gebiet des französischen Unterrichts als eine Nothwendigkeit hingestellt, da die Mehrheit der Franzosen sich zu dieser Religion bekenne (II, 282). Dass der katholische Clerus mit dieser Fortpflanzung seiner Principien durch weltliche Lehrer nicht zufrieden ist, ergiebt sich aus den weiteren Mittheilungen des Verfassers. Es ist ihm im Gegentheil darum zu thun, die Leitung des Unterrichts selbst und unmittelbar in die Hand zu nehmen. Dafür spricht nicht nur das Wiederaufleben der „petits séminaires“, die eigentlich bloss kirchlichen Bildungszwecken dienen sollen, aber auch stets Kinder aufnehmen, die keine clericale Laufbahn verfolgen. Die Communal-Lyceen werden allmählig ausgekauft. Sie gehen in die Hände der Diöcesanbischöfe über (Laferrière II, 331).

In den vom Clerus geleiteten Anstalten lehren selbstverständlich bloss Cleriker oder solche, die vom Clerus patronisirt sind. Die Jesuiten fangen wieder an, ihren Einfluss als Lehrer in den Gymnasien geltend zu machen. Denn wenn sie auch gesetzlich in Frankreich aufgehoben sind, so kommen sie doch wie der mehrerwähnte Generalinspector der Rechts-

facultäten lehrt (II, 332) „comme un objet de la tolérance de la part de l'État" in Betracht und sind als Individuen, als Franzosen, „appelés à la participation et à la jouissance du droit commun"; eine Doctrin, mit der ein französischer praktischer Staatsmann, der Herzog von Choiseul-Stainville, schwerlich einverstanden sein dürfte, der sie vor hundert Jahren aus Frankreich vertrieben hat. Endlich — und das dürfte das Wesentlichste sein — sind alle, vom Clerus geleitete petits séminaires von der Staatsaufsicht befreit:

„Placés sous l'action de l'autorité diocésaine ils offrent à l'État des motifs de sécurité."

(Laferrière II, 339.)

Unseres Dafürhaltens ist das ein dritter Versuch des Eindringens des Clerus in ein rein weltliches Gebiet, den Secundärunterricht, den sich der Staat gefallen lässt. Es ist das ein neuer Anfang zur Restauration einer theokratisch-feudalen Monarchie, die schliesslich zum Streit unter den pactirenden Mächten nach dem bekannten Grundsatz führt:

„Regnum et amor non patitur socium."

Ueber den ersten Versuch einer Verquickung des beginnenden Feudalismus mit der Theokratie urtheilt der erste Präsident des Pariser Cassationshofes, der ehrwürdige Henrion de Pansey:

„Pépin les rétablit (c. a. d. les assemblées nationales). Adroit usurpateur il augmenta la puissance du clergé, sous la condition tacite que celui-ci affermirait la sienne. Les évêques le comprirent: ils annoncèrent l'usurpateur comme l'envoyé du ciel, et le pape Étienne II, en le sacrant lui-même, l'environna de tout ce que la religion peut ajouter à la majesté des rois" (Les assemblées nationales, en France. Paris, 1826. p. 12).

Das Unterrichts-
monopol der
Universität.

Ein zweites Moment, weshalb der Secundärunterricht in Frankreich sich nicht vervollkommen kann, ist in dem Unterrichtsmonopol der Universität zu finden.

Das jetzt wieder in voller Kraft bestehende kaiserliche Decret über die Organisation der Universität vom 17. März 1808 (Bull. des lois 1808, N. 185 p. 145 svv.) vertraut ausschliesslich der kaiserlichen Universität den öffentlichen Unterricht im ganzen Kaiserreich an. Keine Schule, keine Unterrichtsanstalt irgend welcher Art kann ausserhalb der

Universität ohne Genehmigung ihres Chefs (des Unterrichtsministers, als Grand-maitre de l'Université) angelegt werden. Niemand darf eine Schule eröffnen, und darin öffentlichen Unterricht ertheilen, ohne Mitglied der kaiserlichen Universität und auf einer ihrer Facultäten graduirt zu sein. Die (grands) seminaires sind hiervon allein ausgenommen, die unter die Erzbischöfe und Bischöfe innerhalb ihrer Diöcesen gestellt sind (Art. 1—3).

Weiter ausgebaut in seinem reglementaren und disciplinaren Theil durch das Decret vom 15. November 1811 über das „régime de l'Université“ schafft diese Einrichtung freilich eine formale Einheit des Secundärunterrichts. Die Hauptsache in den Lyceen, wie sie sich jetzt entwickelt haben, ist der einheitliche Studirplan (Laferrière. Cours du dr. publ. et adm. II. 326).

Gewiss ist damit die Controle über die Gymnasien sehr vereinfacht. Denn der Unterrichtsminister vermag nunmehr mit apodictischer Gewissheit anzugeben, ohne von einem Studieninspector sich berichten zu lassen, zu welcher Stunde ein Kapitel aus dem Chabrias oder Iphikrates im Cornelius Nepos im Bereich aller französischen Lyceen interpretirt wird. Er hat nur nöthig, den General-Studirplan anzusehen. Ausser dieser polizeilichen Einförmigkeit ist jedoch nichts weiter erreicht.

Es ist wohl keinem Bedenken unterworfen, anzunehmen, dass eine solche formale Einheit im Gange der Schulstudien den Geist unterdrückt und tödtet.

Unverkennbar liegt darin der grosse Vorzug des deutschen Schulwesens, dass es der Individualität der Lehrenden und Lernenden den freiesten Spielraum gewährt, um das dem geistigen Auge vorschwebende Ziel: „Die Wissenschaft in möglichster Vollkommenheit zu erlernen“, auf jedem beliebigen Wege zu erreichen. Deutsche Unterrichtsminister werden stets geneigt sein, die Feststellung der Lehrpläne den Directoren der Gymnasien im Verein mit den Lehrercollegien zu überlassen, weil das Richtige auf verschiedenen Wegen erreicht werden kann. Sie sind davon überzeugt, dass unter allen deutschen Gymnasien ein edler Wetteifer besteht, innerhalb der gegebenen Grenzen möglichst gute Leistungen zu erreichen. Dieses lobenswerthe Streben kann aber nur durch die Freiheit der Bewegung gespornt werden. Man muss

es eben dem verständigen Ermessen gewiegeter, theoretisch, sowie praktisch durchgebildeter Schulmänner überlassen, nicht nur die Classenstunden so zu legen, dass schwerere Lehrgegenstände mit leichteren abwechseln, sondern auch dem Geist ihrer Zöglinge eine nur angenehme Unterhaltung dadurch zu gewähren, dass der eine diesen, der andere jenen Autor von gleichem sprachlichem und materiellem Werth interpretirt.

Eine Besorgniss vor dem Missbrauch dieser vernünftigen Freiheit waltet bei uns nicht ob. Am Wenigsten sehen wir uns deshalb genöthigt, zu dem französischen Polizeisystem absoluter Bevormundung zu greifen. Die Besuche der Schulräthe in den Gymnasien, die sich nicht als Aufseher, sondern als Collegen der mit ihnen zusammenwirkenden Lehrer geriren; ihre Berichte, die halbjährlichen, sehr ausführlichen und gut redigirten Programme über die Leistungen der Gymnasien, die durch den grössten Theil Deutschlands circuliren: diese Informationsmittel zusammengenommen genügen einem deutschen Unterrichtsminister, sich vom Gange des Unterrichts in laufender Kenntniss zu erhalten und — was bei uns wohl selten nöthig — auf die Abstellung wirklicher Missstände nach erlangter Kenntniss und sorgfältiger Prüfung hinzuwirken.

Französische
Aequivalente
des deutschen
Abiturienten-
Examens.

Das Resultat unseres Gymnasialunterrichts ist denn auch unter allen Umständen ein besseres, als das auf den französischen Lyceen erzielte und zwar gerade kraft dieser bei uns bestehenden Lehrfreiheit.

Man vergleiche nur einfach die Anforderungen an den Abiturienten eines preussischen Gymnasiums nach dem Prüfungsreglement vom 4. Juni 1834, bezw. eines Realgymnasiums vom 6. October 1859 (Dr. Wiese, Schulgesetze und Verordnungen I, S. 205 ff., S. 235 ff.) mit denen eines französischen Bachelier ès-lettres und eines Bachelier ès-sciences.

Vom Bachelier ès-lettres wird beim Examen gefordert:

1. L'épreuve écrite, qui consiste en deux compositions;
2. L'épreuve orale, qui comprend l'explication des auteurs grecs, latins et français, designés chaque année par le ministre, en conseil supérieur, et les questions posées par les membres du jury sur tous les objets de l'enseignement de la section littéraire des lycées."

Das Examen für den Bachelier ès-sciences umfasst dagegen:

1. Deux compositions écrites;
2. Questions orales embrassant tout ce qui fait l'objet de l'enseignement de la section scientifique des lycées." (Décrét imp. qui approuve le Plan d'Étude du 10. Avril 1852, art. 8, 9.)

In der That sehr geringe Ansprüche. Kurz und kaustisch fertigt sie Jules Simon (l'École, tr. Partie ch. IV, p. 249) mit den Worten ab:

„Mais pour l'enseignement secondaire et surtout pour l'enseignement primaire, dont il s'agit ici spécialement, que leur manque-t-il? L'abolition des grades: Cette misère ne vaut pas la peine d'en parler. A le diplôme qui le veut.”

Kaum aber hat das einheitliche Unterrichtssystem der kaiserlichen Universität eine einschneidendere Kritik erfahren, als in der Ordonnanz König Ludwig XVIII. vom 17. Februar 1815 (Bull. d. lois 1815 p. 109).

Es heisst darin, dass dies System auf Einrichtungen beruhte, die viel mehr dazu bestimmt waren, den politischen Absichten der Regierung zu dienen, deren Werk sie waren (à servir les vues politiques du gouvernement dont elles furent l'ouvrage), als um „sur nos sujets” die Wohlthaten einer moralischen und den Bedürfnissen des Jahrhunderts entsprechenden Erziehung zu verbreiten.

Die Mängel des bisherigen Systems werden dann genau hergezählt; darunter: die Herrschaft einer einzigen und absoluten Autorität, die unvereinbar ist mit „unseren väterlichen Absichten und mit dem liberalen Geiste unserer Regierung”; das unbeschränkte Recht eines Mannes (des Grossmeisters der Universität), zu allen Stellen zu ernennen; „en laissant trop de chances à l'erreur et trop d'influence à la faveur.” Zu welchem Zweck dies Alles? Um anstatt der einen kaiserlichen Universität siebenzehn Provinzialuniversitäten mit gleichen Rechten einzusetzen, also den auf dem Unterricht lastenden Centraldespotismus zu localisiren. In ähnlicher Weise hatte der Unterlieutenant Bonaparte am 14. Juli 1789 der Niederreissung der Bastille in Paris durch das französische Volk applaudirt, damit der Kaiser Napoléon zu gelegener Zeit zwölf solcher Zwinguri's an entlegeneren Theilen des Reichs unter dem bescheideneren Titel von „prisons d'État” wieder aufleben lassen, die lakonischen „lettres

de cachet" des alten Königthums durch „arrêts" der „haute Cour de justice" ersetzen konnte. —

Englische
Lateinschulen.

Ganz anders sieht es in England aus.

Wenn wir uns die kleine Mühe nehmen, über den Canal zu setzen — eine Fahrt, die jetzt kaum mit grösseren Beschwerden verbunden sein möchte, als eine solche von Berlin nach Stralow —, so finden wir in diesem gesegneten Lande der Erbweisheit, und darum auch der Erbfreiheit, keinen hochgestellten Beamten, dessen Züge auch nur eine gewisse Familienähnlichkeit mit dem in seinem Departement allmächtigen französischen Unterrichtsminister verrathen. Der Unterricht ist Privatsache in England. Das Parliament begnügt sich, allgemeine Beisteuern für Unterrichtszwecke jährlich zu votiren. Die Vertheilung dieser Beisteuern, die Bedingungen, unter welchen sie von der Regierung den einzelnen Anstalten zufließen, werden von einer Behörde, der „Committee of the Privy Council for education" (Dr. Gneist, *Englisches Verwaltungsrecht*, 2. Ausgabe, Bd. II, §. 56 S. 747 ff.) regulirt. Weitere Einwirkungen als die, welche sie contractlich gewinnt, stehen dieser hohen Behörde auf die Leitung des Unterrichtswesens nicht zu.

Die höheren Unterrichtsanstalten in der Kategorie unserer deutschen Gymnasien, wie die Lateinschulen in Eton, Harrow, Rugby — corporirte Anstalten theils kirchlicher, theils weltlicher Foundation — bedürfen keiner Regierungszuschüsse. Sie sind also vom gouvernementalen Einfluss unabhängig. Was sie für die geistige Ausbildung der Blüthe der englischen Gentry leisten, würde sich der Kenntniss weiterer Kreise ausserhalb Englands entziehen, wenn sie nicht durch ihre Eigenthümlichkeit einen solchen Zauber ausübten, dass Freunde der Humanität nach diesen Tempeln der classischen Wissenschaft immer wieder mit besonderem Vergnügen wallfahrteten.

Einen solchen sachkundigen und gemüthvollen Führer haben wir in einem Landsmann gefunden. Seine aus älterer Zeit stammenden lehrreichen Schilderungen über diese englischen Lateinschulen (Dr. Wiese, *Deutsche Briefe*) bisher von neueren Werken nicht übertroffen, haben vor Kurzem, in dem anspruchlosen, aber um so anziehenderen Denkmal eine volle Bestätigung gefunden, das in „Tom Brown's Schuljahren" ein Engländer seinem verehrten Lehrer, dem unvergesslichen

Rector von Rugby, Dr. Thomas Arnold, mit seltener Pietät errichtet hat.

In jenen „Deutschen Briefen“ (S. 80 — 81) werden nun die Lectionspläne für die Schulen von Harrow und Rugby mitgetheilt. Es werden dort wöchentlich nur achtzehn Lectionen abgehalten. Die Arbeitspensas sind mässig; geschrieben wird überhaupt nur wenig. Einzelne Tage, wie in Harrow der Dienstag, sind ganz frei von Lectionen, um zur häuslichen Arbeit Musse zu lassen. Geistige Uebungen wechseln mit körperlichen ab. An keinem Tage sind mehr als vier, an einzelnen nur zwei Klassenstunden. Das freie und offene Auftreten der Zöglinge, ihr frisches und lebensfrohes Wesen fällt dem Besucher angenehm auf. —

Wir glauben hier gefunden zu haben, was wir brauchen und rechnen nach eingehender Prüfung umsomehr auf den Beifall aller Freunde des Schulwesens für die zu entwickelnden Vorschläge zur Unterrichts-Reform in den deutschen Gymnasien, als wir uns an eine stammverwandte Nationalität, die angelsächsische, anlehnen.

Reformvor-
schläge für den
Unterricht in
deutschen Gym-
nasien.

Zunächst streichen wir den Sonntag als einen Arbeitstag ganz ab. Bisher musste er zur Fertigung der grösseren Arbeiten mitherrangezogen werden. Dagegen würden wir nicht nachlassen, dass die Kinder unserer jüdischen Mitbürger unter dem Vorwande sich dem Unterricht am Sonnabend entziehen, dass dieser Tag ihr Festtag sei. Es ist nicht unbillig zu verlangen, dass derjenige sich den gleichen Pflichten unterziehen muss, der mit seinen Mitbürgern gleiche Rechte in Anspruch nimmt. Will aber ein Vater aus vermeintlichen Religions-scrupeln der in allen öffentlichen Schulanstalten hergebrachten Ordnung sich nicht fügen, so bleibt ihm nur übrig, seine Kinder von einer solchen Schule fernzuhalten. Nach unserer Ansicht wird eine solche Begünstigung nur von Denen in Anspruch genommen, die an den allgemeinen neuen Rechten Antheil nehmen, ihre alten Sonderrechte aber darüber nicht aufgeben möchten. Wir haben jüdische Geschworene, recht religiöse Männer, am Sonnabend mit gleichem Eifer bei den Sitzungen der Schwurgerichte sich betheiligen sehen, ohne deshalb sich eine Beschwerde zu erlauben. Die Kinder jüdischen Glaubens können daher mit gleichem Recht am Sonnabend das Gymnasium besuchen. Sie erfüllen damit nur ebensosehr eine Pflicht, als ihre Väter und Religionsgenossen.

Wir halten ferner an der durch ärztliche Autoritäten bestätigten Erfahrung fest, dass die Arbeitszeit für einen erwachsenen Menschen nicht leicht acht Stunden am Tage übersteigen dürfe, ohne seiner Gesundheit Abbruch zu thun. Es ist uns nicht unbekannt, dass man unter dem Vorwande häufig gegen diese Regel verstösst, der Staat dürfe sich nicht in kontraktliche Verhältnisse einmischen, die eine längere Arbeitszeit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter festsetzen. Allein man beginnt allmählig von dieser Anschauung zurückzukommen. Ueber dem Privatrecht steht das Recht des Staats, für sich und zu seinen Zwecken gesunde Bürger zu erziehen und sich zu erhalten.

Mit Recht haben alle civilisirten Staaten diesem Gebot der Selbsterhaltung, zugleich dem der Religion und der Humanität, Folge gegeben und für alle in Fabriken beschäftigte Kinder eine mehr als achtstündige Beschäftigung am Tage verboten. Die Jugend, die künftig dem Staat vorzugsweise dienen soll, muss einer gleichen Berücksichtigung theilhaftig werden, um so mehr, als sie die Arbeitszeit zwischen Anstrengungen des Körpers und den noch mehr angreifenden des Geistes theilen soll. Wir möchten deshalb vorschlagen, dass eine höchstens achtstündige Arbeitszeit das Maximum ist, das von einem Schüler des Gymnasii gefordert werden darf.

Diese Arbeitszeit würden wir dahin theilen, dass am Vormittag, an welchem der Geist stets am frischesten, etwa fünf Stunden für geistige Arbeiten, am Nachmittag zwei bis drei Stunden für körperliche Leistungen verwendet werden. Dagegen würden wir zu Hause keine Arbeit mehr irgend welcher Art anfertigen lassen.

Um unsere Proposition sogleich in einem Beispiel darzustellen, gestatten wir uns einen Lectionsplan für Prima beizufügen.

Wir wünschen, in den Vormittagsstunden zu verwenden, unter der Bedingung, dass in dieser Zeit Alles abgemacht wird, was an geistiger Arbeit nothwendig:

je zwei Stunden für Religion, philosophische Propädeutik; Französisch und Englisch, zusammen . . .	8 Stunden,
je drei Stunden für das Deutsche und die Naturwissenschaften, zusammen	6 Stunden,
je vier Stunden für das Griechische, das Lateinische, die Mathematik, Geschichte und Geographie, zusammen	16 Stunden,
im Ganzen wöchentlich	30 Stunden.

Es bleibt den Leitern der Gymnasien überlassen, zu bestimmen, wie sie diese Stunden in den Klassen zu den Vorträgen der Lehrer, zu den Vorbereitungen der Schüler und zu deren schriftlichen Arbeiten gebrauchen wollen. Wir lassen uns aber mit der Einrede nicht zurückweisen, dass es unmöglich sei, mit so wenigen Stunden auszukommen, dass dadurch weder eine gründliche Vorbereitung für den Unterricht selbst, noch eine Ausbildung des Schülers in Gedächtniss- und schriftlichen Uebungen erreicht werden könne.

Es ginge nicht an, dass in so kurzer Zeit die in den klassischen Sprachen so unumgänglich nothwendige *copia vocabulorum*, oder der *stilus bene Latinus* erzielt werde, wenn nicht die Hausarbeiten für die Klassenstunden ergänzend eintreten.

Darauf vermögen wir eine sehr einfache Antwort zu ertheilen. Das Wort „unmöglich“ hat längst seine Bedeutung verloren. Heutzutage glaubt Niemand mehr recht daran, dass eine Leistung „unmöglich“ sei. Die vermeintlichen Unmöglichkeiten haben ihren Grund entweder in fehlerhaften Lehrmethoden, oder in zu hoch gespannten Ansprüchen.

Wir haben gesehen, dass man in England mit einer bedeutend geringeren Anzahl von Arbeitsstunden in und ausserhalb der Klasse auskommt und dabei Preiswürdiges leistet. Niemand wird behaupten wollen, dass — um in unseren hergebrachten Terminis zu bleiben — ein Primaner auf einer englischen alten Lateinschule weniger leistet, als bei uns. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass auf den englischen Universitäten das Studium der klassischen Sprachen gewissenhaft fortgesetzt wird. Es steht kein Hinderniss dem entgegen, in Deutschland diese Studien auf den Universitäten gleichfalls mit Erfolg fortzusetzen, nicht — wie es leider vielfach Brauch —, sie mit dem Gymnasium aufhören zu lassen.

Uns scheint auch die Besorgniss unbegründet zu sein, dass die erforderliche Masse des Wissens auf den Gymnasien nicht zu erreichen sei, wenn keine Zeit für häusliche Gedächtnissübungen ausgesetzt wird.

So schätzenswerth die Uebung des Gedächtnisses sein mag, so ist sie doch bei Weitem nicht die Hauptsache. König Friedrich II. (*Mémoires de 1763 jusqu'à 1775, Oeuvr. posth. V., 156*) äusserte sich schon missbilligend darüber, dass die Pädagogen seiner Zeit das Gedächtniss ihrer Zöglinge zu sehr an-

füllten, und nicht darauf bedacht wären, ihr Urtheil zu bilden und zu vervollkommen. Er bemerkt weiter:

„Cet usage, qui était une continuation de l'ancienne pédanterie tudesque, fut corrigé et sans négliger ce qui est du département de la mémoire, les instituteurs furent chargés de familiariser dès la jeunesse leurs élèves avec la dialectique, afin qu' ils apprissent à raisonner, en tirant des conséquences justes des principes qu' ils avaient établis et prouvés”.

Dies ist auch wohl das Richtige. Die Stärkung des Gedächtnisses kann immer nur ein Mittel zu dem Zweck sein, um die Urtheilskraft zu bilden. Ueberdies ist es nicht so schwierig, ein gutes Gedächtniss zu erlangen. Der Bauer, der sich unbedenklich des besten Gedächtnisses erfreut, zeigt uns dazu den einfachsten Weg. Man schreibe wenig, weil dies die Aufmerksamkeit stört; man höre aber desto besser und genauer den Vorträgen zu. Ohne ausführliche schriftliche Arbeiten aber — so wirft man ein — könne nichts Erspriessliches geleistet werden. Diese aber lassen sich nur in der Stille des häuslichen Arbeitszimmers anfertigen. Das ist unrichtig. Wir brauchen weder ausführliche schriftliche Arbeiten, noch solche, die in häuslicher Stille angefertigt werden. Die Güte einer Arbeit bemisst sich nicht nach der Länge, sondern nach ihrem Inhalt an Gedanken. Empfehlenswerth ist es aber, sich dem englischen Muster anzunähern, bei welchem zufolge der Mittheilungen unseres geschätzten Berichterstatters ein Aufsatz nicht mehr als vierzig Zeilen hat, weil man daraus das in jeder Lage des Lebens unerlässliche Bestreben des Schülers sieht, mit wenigen Worten viel zu sagen. Dem Arbeiten im abgeschlossenen Zimmer und mit Fernhaltung jeder äusseren Störung kann nun gar keine Wichtigkeit mehr beigelegt werden, weil wir uns bei Zeiten daran gewöhnen müssen, öffentlich unter dem Geräusch der Menge unsere Arbeit zu verrichten. —

Eine gleiche Wichtigkeit für die harmonische Ausbildung des Menschen haben unbedenklich die körperlichen Uebungen mit den geistigen. Schon deshalb möchten wir für jene eine tägliche Zeit von zwei bis drei Stunden nicht an einzelnen freien, vielmehr an jedem Nachmittag, gewidmet sehen.

Das Interesse des Publikums an dem blossen Turnen ist schon jetzt — und gewiss mit Recht — ein ganz ausseror-

dentliches. Jedermann fühlt, dass im erfolgreichen Betriebe dieser körperlichen Uebungen eine grosse Garantie für unsere Zukunft liegt. Diese Bürgschaft kann bedeutend vermehrt werden, wenn man den Kreis der Leibesübungen ausdehnt, wozu sich reichlich überall Gelegenheit bietet. Wir würden deshalb regelrechtes Marschiren, Reiten, die elementaren taktischen Bewegungen, Fechten und Schiessen für die höheren Classen, Schwimmen und Schlittschuhlaufen den vorzunehmenden körperlichen Uebungen beigesellen. Eine solche Ausdehnung der körperlichen Uebungen liegt weder ausserhalb des Berufs der Gymnasien, noch ist sie unerreichbar.

Schon die Alten hatten ihren Uebungen Kampfspiele beigefügt, die zur Leistung des Kriegsdienstes tüchtig machen sollten. Wir können ihre Aufnahme in den Cyclus der Gymnasialübungen mit um so grösserem Recht erwarten, als Jedermann bei uns in Deutschland wehrpflichtig ist und als künftig in der Wohlthat des einjährigen freiwilligen Dienstes eine Belohnung nicht blos für grössere geistige Kenntniss, sondern auch für höhere leibliche Ausbildung gewährt werden soll. Aus diesen einjährigen Freiwilligen werden vorzugsweise diejenigen genommen, die der grossen Masse der Nation als Führer dienen. Eben darum lässt sich nicht daran zweifeln, dass die Militärverwaltung einer Einrichtung bereitwillig entgegenkommen wird, die darauf berechnet ist, ihr für die Folgezeit die Arbeit erheblich zu erleichtern. Die Dressur des Rekruten aus dem Rohen kostet bisher grosse Zeit und Mühe, die der berufsmässigen taktischen Ausbildung entzogen wird. Wenn aber geschickte Unterofficiere und bei grösseren Massen auch einzelne Officiere, zur Leitung und Durchführung des Unterrichts in körperlichen Uebungen kommandirt werden, so kommt Einheit in diesen wichtigen Unterrichtszweig hinein, und er wird in dem Sinne geleitet, wie ihn das Vaterland zu seiner Erhaltung gebraucht.

In einem einzelnen Zweige der Gymnastik und an einem Orte hat die von dem verewigten General von Pfuel vor länger als fünfzig Jahren gegründete Schwimmanstalt viele Tausende von Civilisten ausgebildet, die ihr für diesen Unterricht zeit lebens dankbar sind. Vor Kurzem haben in den Sitzungen des französischen gesetzgebenden Körpers vom 17. und 18. Juli 1868 (Mon. d. s. 20. Juillet 1868. N. 200 p. 816 svv.) der dortige Unterrichtsminister Duruy und der Generalsekretär des Un-

terrichtsministerii, Charles Robert, unter Mittheilung schätzenswerther Einzelheiten über die vorgängige Enquête die bestimmte Zusage ertheilt, dass nach kurzer Zeit die militärische Gymnastik in allen Schulen Frankreichs gelehrt werden soll. Das dem Bericht des Marschalls Niel an den Kaiser beigefügte Tableau (Mon. d. soir, 29. Oct. 1868, N. 301, p. 1222) führt unter dem Titel: „Ministère de l'Instruction publique“ vier jährlich bei den Lyceen durch Militäranwärter zu besetzende Turnlehrerstellen (maîtres de gymnastique) mit einem Jahresgehalt von je 600 Francs (= 160 Thalern) schon jetzt auf.

Das Beispiel möchte vielleicht zur Nachahmung auffordern.

Achtes Kapitel.

Gesamtüberblick über die Verhältnisse der Lehrer und Schüler an den Gymnasien. Lehrer und Schüler an den französischen Gymnasien. Französische Communalgymnasien.

Eine allgemeine Uebersicht der Verhältnisse von Lehrern und Schülern an deutschen Gymnasien lässt sich erst dann mit Erfolg aufstellen, wenn wir die Lage derselben an den französischen Lyceen in allgemeinen Zügen dargelegt haben.

Lehrer und
Schüler an den
französischen
Gymnasien.

Wir nehmen keinen Anstand, das französische System für den öffentlichen Secundär-Unterricht in seinen Personalbeziehungen dahin zu charakterisiren:

„Es ist eine cölibatäre Schularmee, geleitet von dem Minister des öffentlichen Unterrichts und vollständig in seiner Hand, dazu bestimmt, um den künftigen Staatsbeamten die reglementsmissig vorgeschriebene Vorbildung in der Literatur oder in den exakten Wissenschaften zu ertheilen“.

Französische
Communalgym-
nasien
(Collèges).

Zunächst lassen wir bei Begründung dieses Urtheils den freien Secundär-Unterricht bei Seite. Er ist allerdings von beträchtlichem Umfange, er übertrifft sogar an Schülerzahl die Unterrichtsanstalten des Staats. Man zählte um das Jahr 1860 in Frankreich: 65 kaiserliche Lyceen mit 26,000 Zöglingen; dagegen 253 collèges communaux mit 28,000 Zöglingen (Laferrière, Cours du droit public. II. 326). Im Bereich des norddeutschen Bundes waren im Jahre 1868 zusammen 478

höhere Lehranstalten in Thätigkeit, die zur Ausstellung von Qualificationsattesten für den freiwilligen einjährigen Militärdienst berechtigt sind. Unter diesen höheren Bildungsanstalten erscheint der preussische Staat mit 204 Gymnasien, die Stadt Berlin allein mit zehn Gymnasien, einem weniger als im Königreich Sachsen (Bekanntmachung des Bundeskanzler-Amtes vom 2. September 1868. B. Ges. Bl. S. 497 ff.).

Die Zahl der städtischen Gymnasien ist in Frankreich in einem langsamen, aber sicheren Rückgang begriffen. Seit dem Jahre 1850 waren 52 von ihnen theils ganz ein-, theils in geistliche Hände übergegangen (Laferrière, II., 331). Der Grund dieser Erscheinung ist einfach zu erklären. Die städtischen Gymnasien sind in Frankreich überhaupt schlecht fundirt.

Nach dem Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850 (Art. 74) hat eine Stadt zu leisten, wenn sie ein Communalgymnasium herstellen will: Ein zu diesem Zweck geeignetes Local und dessen Unterhaltung, das erforderliche Mobiliar zum Classenunterricht und zu den Pensionaten, wenn damit Internate verbunden sein sollten; ferner auf fünf Jahre wenigstens den festen Gehalt für den Principal (Director) und die Lehrer. Diese Ausgaben sind obligatorisch für die Commune, soweit sie nicht durch die eigenthümlichen Fonds des Gymnasii, das Schulgeld der Externen und die Pensionen der Internen gedeckt werden können.

In einem sehr wichtigen Theile, den Besoldungen der Lehrer, steht also ein solches städtisches Gymnasium in gewisser Art gesetzlich auf Kündigung. Wenn die Commune nur nöthig hat, die Lehrergehalte auf fünf Jahre zu votiren, so steht es in ihrer Macht, es nach Ablauf dieser Zeit faktisch aufzuheben. Sie votirt dann nur die Lehrergehalte nicht weiter. Unerachtet dieser nicht unbeträchtlichen Leistungen ist den Communen keine Einwirkung auf ihre Gymnasien gestattet.

Der Studienplan wird vom Unterrichtsminister „en Conseil supérieur“ festgestellt, nachdem der Municipal- und der akademische Rath ihre Vorschläge eingereicht haben (Laferrière, II., 331). Der Unterrichtsminister allein ernennt den Principal und die Professoren (p. 330. l. all.). Was bleibt den Städten hiernach übrig, als die Verpflichtung, für ein Institut zu zahlen, bei dessen Leitung sie nicht mitzusprechen haben?

Es befremdet daher nicht, dass nicht wenige unter ihnen, wie wir gesehen, baldmöglichst von einer Anstalt sich lossagen, die für ihre Verhältnisse den Charakter eines theuren Luxusartikels annimmt, und dass die Geistlichkeit, über ihre eigentliche Domäne hinausgreifend, die dargebotene Gelegenheit gerne benutzt, um in eine solche „domus deserta“ übersiedeln.

Französische
Staatsgymnasien.

Wenn das Verhältniss der Communalgymnasien zu dem französischen Unterrichtsminister unseren, seit Jahrhunderten an die strengste Handhabung der Disciplin gewöhnten Nachbarn noch immer ein loserer erscheint, so kann man dagegen von den Staatsgymnasien (Lyceen) gewiss behaupten, dass sie in der straffsten Abhängigkeit von dem Minister stehen.

Man vergegenwärtige sich nur, dass bis zur Revolution von 1789 die religiösen Corporationen auch den höheren Unterricht für die männliche und weibliche Jugend leiteten. Für die letztere haben einzelne Institute, wie die von den „Dames du sacré coeur“ dirigirten, alle Stürme der Revolution überdauert und sich in der Gunst eines religiös-orthodoxen, weltlich-exquisiten Publikums bis auf den heutigen Tag behauptet. Nicht so glücklich waren die religiösen Corporationen, die sich mit dem Unterricht der männlichen Jugend beschäftigten. Die Constituante in dem Wahn befangen, dass alle Corporationen eine Ausgeburt des Feudalismus und deshalb zu beseitigen seien, hob die religiösen Corporationen und Congregationen auf. Constituante, Legislative und Convent überboten sich in wenigen Jahren in Gesetzen auch über das Unterrichtswesen, indem man am französischen Volke, um mit den Anatomen zu sprechen, wie „in corpore vili“ herum experimentirte. Zur Zeit der Constituante allein sind im Ganzen mehr als zweitausend Decrete und Gesetze erlassen, von denen eine beträchtliche Zahl wenig mehr als ein todter Buchstabe geblieben ist. Dies fortwährende Probiren mit immer neueren Systemen kam Bonaparte, als dem natürlichen Erben der Revolution, trefflich zu statten. Des ewigen Herumlegiferirens müde, liessen ihn die Franzosen machen, was, und wie er es zu seinen Zwecken wollte. Seine Einrichtungen im höheren Schulwesen sind wesentlich Repristinationen des alten Systems, mit einigen revolutionären Phrasen aufgeputzt, freilich mit dem erheblichen Unterschied, dass es jetzt hiess:

„L'État c'est l'Empereur!“ während der Clerus vor der Revolution die Devise in Unterrichtssachen aufgepflanzt hatte:

„L'État c'est l'Église!“

Der clerikale Charakter des vorrevolutionären höheren Unterrichts ist in der Hauptsache realer Natur. Er ist an ein Grundstück gebunden, an ein Kloster oder an ein anderes der Kirche gehöriges Gebäude. Die Unterrichtertheilung ist ein geistiges Bannrecht. Daraus folgt zweierlei. Die Lehrer müssen Religiösen sein, also Cölibatäre.

Die Schüler müssen sich in diesen Gebäuden der Regel nach aufhalten, um stets unter geistlicher Obhut und Disciplin zu sein, also Interne in den beiden Kategorieen der Pensionäre (*écoliers payants*) und der Freischüler (*boursiers*), die letzteren wegen ihrer pecuniären Abhängigkeit von den Vätern — Lehrern — ganz besonders zu einer „*Militia propagandae fidei*“ und zur Ueberwachung des anderen Elements qualifizirt.

Eliminirt man aus dieser Schilderung den „Clerus“ und substituirt statt dessen den „Kaiser“, so hat man im Wesentlichen den Grundstock der noch heute in Frankreich muster-gültigen Einrichtungen im höheren Unterrichtswesen, wie er durch die kaiserlichen Decrete vom 17. März 1808 über die Organisation der Universität und vom 15. November 1811 über das Régime derselben gegeben, von der jetzigen Regierung aber unter Ausscheidung aller Abänderungen der Restauration und des Bürgerkönigthums, consequent fortgebildet ist. Gleichgültig erscheint dabei, dass in jenen Grundgesetzen noch einzelne Bestimmungen beigemischt sind, welche als „*gloire civile*“ zur Verherrlichung des Militärdespotismus, der „*gloire militaire*“ dienen sollten, die das Empire Français über den ganzen Erdball auszustrahlen gedachte. Ein geschickter Juwelier versteht es auch, den Glanz der grossen Mitteldiamanten hervorzuheben, indem er ihn in einen Kranz von kleinen, matt geschliffenen Rosetten *à jour* fasst. —

Die Provisoren (Directoren) und Censoren der Lyceen, die Principale und Regenten der Collèges, die Studienmeister (Repetenten) an diesen Anstalten, sollen nun (Art. 101 des Decrets vom 17. März 1808) unverheirathet und zu einem gemeinschaftlichen Leben verpflichtet sein (*seront astreints au célibat et à la vie commune*). Die Professoren der Lyceen können verheirathet sein. Dann aber müssen sie ausserhalb der Lyceen wohnen. Unverheirathete Lehrer kön-

Die Lehrer an
den Lyceen.

nen im Lyceum wohnen und an dem gemeinschaftlichen Leben Theil nehmen. — Es werden hier also neue Schulcönobiten gestiftet. Kein verheiratheter Professor kann zum Director oder Censor avanciren.

Keine Frau darf im Innern des Lyceums wohnen oder darin aufgenommen werden. Art. 102 des Decrets.

Alle Mitglieder der Universität tragen ein schwarzes Kleid mit einer in Blau gestickten Palme auf der linken Brust. Alle Regenten und Professoren ertheilen ihre Lectionen in einer Robe von schwarzem Stoff (*étarmine noire*) mit einer Schleppe auf der linken Schulter, deren Farbe nach den verschiedenen Facultäten variirt. Art. 128—129 das.

Man ist hienach im Stande, den Mathematicus vom Historicus zu unterscheiden.

Kein Professor darf Vorlesungen ausserhalb des Lycée oder Pensionäre halten. Es ist hievon nur eine Ausnahme insofern zugelassen, als Pensionäre bis zum Alter von neun Jahren im Hause gestattet sind, wenn die Anzahl der etatsmässigen Pensionäre des Lycée erfüllt ist. Art. 101 des Decrets vom 17. März 1808; Art. 17 des Decrets vom 15. November 1811.

Den Studienplan und die Schulbücher bestimmt der Minister, bezw. der Unterrichtsath (Laferrière II, p. 323). Ohne seine Erlaubniss dürfen keine auf die Schule bezüglichen Nachrichten, Prospecte oder Programme veröffentlicht werden. Art. 104 des Decrets vom 17. März 1808. Damit ist der Minister an die Stelle der Diöcesanbischöfe getreten, die unter einem clerikalen Regimente gleiche Rechte ausüben.

Die vollständige Unzulänglichkeit der Gehalte der öffentlichen Lehrer ist wiederholt in den Sitzungen des gesetzgebenden Körpers anerkannt worden. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Discussion des Unterrichtsgesetzes vom 10. April 1867 gerügt, dass Professoren unerachtet der regelmässigen Zahlung ihrer Pensionsbeiträge, ihre Pensionen im Falle der unverschuldeten Unfähigkeit zur Verrichtung ihres Amts nicht erhalten konnten, weil der Pensionsetat bereits absorbirt war. Sie waren nahe daran, der öffentlichen Armenpflege zu verfallen.

Man hilft sich jetzt durch ein Arrangement, wonach der Amtsnachfolger dem pensionsberechtigten Vorgänger eine Con-

grua aus den Amtseinkünften gewähren muss: ein scholarer Altsitz höherer Ordnung.

Nach einem Decret vom 9. März 1852 „qui a donné un droit plus énergique encore à l'autorité du Gouvernement“, verhängt der Unterrichtsminister direct und ohne Rekurs alle Disciplinarstrafen gegen die Mitglieder des öffentlichen Secundärunterrichts vom Verweise vor dem akademischen Rath an bis zur „Abberufung“ (revocation, Entlassung aus dem Amt ohne Pension) Laferrière II, 302. Ein Disciplinargericht und Rechtsmittel in Disciplinarsachen sind damit ausgeschlossen.

Das ist die Lage der öffentlichen Gymnasiallehrer im kaiserlichen Frankreich. Ihr entspricht die der Eleven.

Die Zöglinge
der Lyceen.

Es genügt anzuführen, dass sie dem Hauptstamme nach Internen sein müssen, die in den Anstalten wohnen und die vorgeschriebene, bei den Kosten der Unterhaltung des betreffenden Instituts erheblich mitveranschlagte Pension bezahlen, oder dass sie als Staatsstipendiaten (boursiers) sich darin aufhalten. Die Staatsstipendien werden auch fractionnirt (demibourses). Berufene Fachschriftsteller (Dr. Lorenz Stein, Bildungswesen, Thl. I, S. 297—298) bezeugen, dass diese Staatsstipendiaten wegen ihrer Abhängigkeit in geringer Achtung stehen. Externen sind grossentheils nur bei den Collèges communaux zu finden.

Die Pensionen in Paris betragen jetzt 1,200 Francs (= 320 Thlr.) jährlich (Décr. imp. du 17. Juillet 1867. Bull. d. lois 1867, II. Sém. p. 482).

Alle Eleven tragen einen blauen Rock nach einem von dem Grossmeister bestimmten Schnitt (Art. 14 des Decr. vom 15. November 1811): eine Erfindung des Neogallischen Tschin.

Die Zöglinge der vom Clerus geleiteten Gymnasien tragen geistliche Kleidung. Alle Uebungen bei ihnen erfolgen nach dem Signal der Glocke (tous les exercices se feront au son de la cloche). Alle städtischen Pensionäre über zehn Jahre, die ein Lyceum oder Collège besuchen, werden von einem Lehrer hingeführt. Sie müssen dabei die „Uniform der Lyceen“ (l'habit uniforme des lycées) tragen bei Strafe der Schliessung der Pensionen (à peine de clôture des établissements) Art. 22, 21 des Decr. vom 14. November 1811.

Die Disciplin ist streng klösterlich, oft übertrieben.

Ueber die gesundheitswidrige kärgliche Kost in den Col-

lèges — der hauptsächlichste Grund zur Verkümmern des Militärmaasses — nicht weniger über die unmässigen geistigen Anstrengungen der Eleven klagen schon mehrfach neuere Schriftsteller.

„Le meilleur élève est celui qui mange le moins. Le but de l'éducation physique est de réduire l'appétit, comme celui de l'éducation morale, de réduire la volonté et le jugement.”

(D'Esterno, Des Privilégiés, Paris 1868, II, 52—53.)

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 17. Juli 1868 (Mon. d. s. du 20. Juillet 1868, N. 200 p. 818) führt der Deputirte Häntjens Beschwerde, dass die Internen im Lycée Louis le Grand mit unverhältnissmässigen Arbeiten bis zu dreizehn Stunden täglich geplagt sind. Sie werden hinter den Mauern eingeschlossen gehalten, conversiren in Gruppen von Politik und vor allen Dingen von Sachen, die noch viel schlimmer sind als Politik (ils parlent des choses bien pires que la politique). Sie bereiten sich darauf vor, eines Tages den „type bénoîton“ zu verwirklichen. Er vergleicht damit die Freiheit der Schüler in den überall offenen englischen Lateinschulen, die sehr vortheilhaft gegen ihre französischen Cameraden abstechen.

In diesem Urtheil wird ihm wohl jeder Unparteiische beipflichten. Eine Schaar tüchtiger englischer Jungen aus der Blüthe der Gentry, die auf einem gut gehaltenen pleasure-ground das nationale Cricket spielen, in deren anglonormännischem Typus sich Kraft und Eleganz paart, ist allerdings eine erfreulichere Erscheinung, als ein Schwarm frühreifer „Messieurs“, der an einer Mauerecke die hohe Politik, die Chancen der Börse oder die grosse Oper, wenn nicht gar „ces dames“ discutirt. —

Das Facit ist kein befriedigendes.

Es kann aber nicht anders ausfallen, wenn Alles nach einem System, dem des absoluten Zwanges, von Oben herab regiert werden soll.

Wir meinen ein ansprechenderes Bild entrollen zu können, wenn wir das Innere eines deutschen Gymnasiums kurz darstellen.

Deutsche
Gymnasien.

Das deutsche Gymnasium beruht auf zwei, den französischen diametral entgegenstehenden Principien: auf der möglichst freien Selbstbestimmung und auf dem Familienleben.

Die Idee:

— dass der Unterrichtsminister die alleinige absolute
Autorität für alle gelehrten Schulen wäre —

Selbst-
verwaltung
der gelehrten
Schulen.

ist in Deutschland unverständlich und mit den Begriffen von
deutscher Freiheit unvereinbar.

Freilich haben sich auch bei uns die Gymnasien zum
grossen Theil aus alten Klosterschulen entwickelt. In dem
Musterland für alles deutsche Schulwesen, in Sachsen, finden
sich noch heute mehrere, zum Theil in grossem Ansehen
stehende reformirte Klosterschulen vor (Schulpforte), die aber
selbstverständlich den katholisch-geistlichen Charakter abge-
streift haben und protestantisch-weltliche Erziehungsanstalten
geworden sind. Bei diesen und bei sehr wenigen anderen gelehr-
ten Schulen, wie bei dem stets vortrefflich geleiteten Joachims-
thal'schen Gymnasium in Berlin, ist es als eine Eigenthüm-
lichkeit hervorzuheben, dass kraft specieller Foundationen
die Internate den Stamm der Zöglinge bilden.

Im Grossen und Ganzen ist es aber als eine dankens-
werthe Wohlthat der Reformation anzuerkennen, dass sie die
Klöster schloss, ihre Einsassen dem bürgerlichen Leben zu-
rückgab und den höheren Unterricht in weltliche Hände
legte, die aus dem Leben für das Leben seit Jahrhun-
derten mit unermüdlicher Sorgfalt arbeiten.

Diese Verweltlichung des höheren Unterrichts, verbunden
mit dem starken Corporationsgeist, der sich durch alle Classen
der bürgerlichen Gesellschaft hinzieht, hat denn auch bei uns
in Deutschland eine ganz andere Wirkung als in Frankreich
gehabt. Es ist dabei historisch festzuhalten, dass die Kirchen-
reformation in Deutschland gesiegt hat, während sie in Frank-
reich unterlag. Diesen Sieg hat die Reformation in nicht ge-
ringem Maasse den grossen Corporationen zu verdanken, die
sich ihr anschlossen. Kein Wunder, dass der corporative
Geist in den neugeschaffenen Institutionen sich fortpflanzte,
dass er ihr Träger und ihre vornehmlichste Stütze wurde. Die
Herrschaft eines einzelnen, höchstgestellten Beamten ist damit
unvereinbar, der nach Art eines französischen Unterrichtsmini-
sters als Grand-maitre de l'université, ebenso unumschränkt
über die gelehrten Schulen gebietet, wie der Kriegsminister
über die Armee. Denn mögen sich noch so viele „Conseils“
neben und unter ihm befinden, so empfängt er von ihnen
eben nur guten Rath, auf den er nach seinem Belieben

hören kann oder nicht. Sein Wille ist der einzig entscheidende.

Jene corporative Gliederung, wie wir sie in Deutschland uns erhalten haben, bringt nun eine selbstständige Regierung der gelehrten Schule in geordneten Collegien hervor. Sie beruht in erster Instanz auf dem Lehrercollegium der betreffenden Schule. Sie geht zu dem Provinzial-Schulcollegium über, das die Gesamtregierung der gelehrten Schulen für die Provinz, zugleich die Aufsichts- und Beschwerde-Instanz über die einzelnen gelehrten Schulen in sich schliesst. Zuletzt steigt sie zu der Abtheilung des Ministerii für das Schulwesen auf, die freilich unter dem Unterrichtsminister eine nur consultative Stellung hat.

Wir haben nun schon einmal in Preussen ein durch die Instruction vom 22. Februar 1787 (N. C. C. 1787, S. 618) nicht unzweckmässig eingerichtetes „Ober-Schul-Collegium“ gehabt, das bei der Reorganisation der Verwaltungsbehörden im Jahre 1808 mitaufgehoben ist. Wenn die ultrakirchlichen Tendenzen des in diesem höchsten Schulcollegio mitfungirenden Geheimen Ober-Finanzraths von Wöllner im Publikum Anstoss erregt haben, so ist doch bei unparteiischer Würdigung der Institution nicht zu vergessen, dass Namen vom besten Klange, wie der Staatsminister Freiherr von Zedlitz, der Kirchenrath Meierotto und der Ober-Consistorialrath Gedicke sich unter seinen Mitgliedern befunden haben, deren Verdienste um die Förderung des Schulwesens noch heute unvergessen sind.

Wir hoffen auf eine zeitgemässe Restauration dieser guten und nützlichen Einrichtung. Für die Erfüllung dieser Erwartung finden wir eine Bürgschaft in dem Parallelismus der Kirche und der Schule. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass die evangelische Kirche nicht ferne von der Einsetzung von Provinzialkirchenräthen ist, und dass die innere Organisation der Kirche ihren vorläufigen Abschluss im Oberkirchenrath gefunden hat.

Das Familien-
princip.

Eine zweite wesentliche Verschiedenheit zwischen den französischen und deutschen Gymnasien tritt darin hervor, dass in den letzteren naturgemäss die Familie zum Ausgangspunkt aller scholaren Bestrebungen erhoben ist.

Freilich lässt sich nur mit dem Cölibat jene „hierarchie docile“ erziehen, die sich allen Schwankungen des „pouvoir“

gefügt anbequemt. Das wird aber in Deutschland nirgends verlangt.

Man fordert selbstständige Männer, die nur dem Gesetz, als der allgemeinen Regel, unterthan sind, und die den Organen des Gesetzes gehorchen, soweit sie dasselbe vollziehen. Die freie Bewegung innerhalb der durch das Gesetz gesteckten Schranken tritt nur da ein, wo der Einzelne im Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft steht, wo er ihre Freuden und ihre Leiden theilt. Diesen Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft, kraft dessen der Einzelne sich als ihr integrierendes Glied fühlt, ist die Ehe allein zu gewähren im Stande, die Modestinus (de ritu nuptiarum, D. XXIII, 2. Fr. 1) trefflich als ein „consortium omnis vitae, divini et humani iuris communicatio“ bezeichnet.

Einen wahrhaft religiösen und sittlichen Halt für das ganze Leben gewinnen die Lehrer bei uns durch die Ehe. Sie muss ihnen einen Ersatz für ihren schweren, undankbaren und so wenig äusserlich belohnten Lebenslauf bieten. In der That ist die überwiegende Mehrzahl von ihnen bei uns verheirathet. Sie sind Väter zahlreicher Kinder. Sie sind im Vollgenuss der Rechte, welche die väterliche Gewalt verleiht. Ebenso bekannt sind ihnen die umfangreichen Pflichten, welche die väterliche Gewalt mit sich bringt.

Aus dieser Stellung der Lehrer ergibt sich zugleich eine völlig verschiedene Stellung der Zöglinge im Vergleich zu französischen Anschauungen. Cölibatäre Lehrer in Amtstracht sind Officiere der Universität, die casernirte Schülerbataillone in Uniform commandiren. Umgekehrt: Deutsche verheirathete Lehrer in bürgerlicher Tracht sind Familienväter, die, soweit es möglich, den Kindern anderer Eltern als väterliche Freunde lehrend und erziehend zur Seite stehen sollen.

Es ist unrichtig anzunehmen, wie man gelegentlich bemerkt hat, dass während des Gymnasialcursus die väterliche Gewalt zu Gunsten der Lehrer suspendirt sei und auf diese übergehe. Eine solche Anschauung findet in dem Allgemeinen Landrecht keine Stütze, das (A. L.-R. II. 2, §§. 210 ff., 255 ff.) die Fälle genau aufzählt, in denen die väterliche Gewalt aufhört oder ruht. Jene Anschauung ist auch philosophisch nicht haltbar, weil die väterliche Gewalt indelegabel ist. Wohl aber ist die Ansicht wohlberechtigt, dass Jedermann den Gesetzen einer Corporation sich fügen muss, der er angehört, und dass

die Autorität des Lehrers den Vater supplirt, wo dessen Leitung nach den obwaltenden Verhältnissen den Kindern nicht zu Statten kommen kann.

Bei dieser Sachlage ist es nach deutschen Begriffen unzweifelhaft, dass in erster Linie den Zöglingen der Gymnasien, wenn es möglich, die Wohlthat der Erziehung in der eigenen Familie unter den Augen des Vaters erhalten bleiben muss. Wenn dies nicht thunlich, wenn, wie leider der Fall, viele Eltern sich in der Lage befinden, ihre Kinder auswärtigen Gymnasien zur Bildung anvertrauen zu müssen, so soll gleichzeitig für eine Reconstruction des Familienlebens nach Kräften gesorgt werden. Dies geschieht denn begreiflich nicht dadurch, dass einzelne Schüler in Internaten massenhaft angehäuft werden, und dass bei dieser Gelegenheit die guten Sitten, welche die Jüngeren aus dem elterlichen Hause mitbringen, durch das böse Beispiel Aelterer verdorben werden, sondern dadurch, dass die Zöglinge und zwar einzelne, so weit es thunlich, zu achtbaren Familien in Pension gebracht werden, die mit allem Eifer bestrebt sind, ihnen das Leben in der eigenen Familie zu ersetzen.

Zu dieser gedeihlichen Erziehung aber können die Lehrer viel beitragen, wenn sie den Eltern in der richtigen Wahl guter Pensionen mit ihrem Rath und ihrer bewährten Erfahrung an die Hand gehen.

Halten wir an diesen beiden grossen Grundsätzen der Selbstregierung der Gymnasien und der Förderung des Familienlebens fest, so können wir die richtige Stellung der Lehrer und der Zöglinge an deutschen Gymnasien mit Leichtigkeit finden.

Die Gymnasial-
lehrer.

Keine Normalschule zur Heranbildung von Gymnasiallehrern oder „Professoren“ französischen Schlages wird jemals das leisten können, was zur Bildung deutscher Lehrer dieser Kategorie schon geleistet ist. Dazu fehlt vor allen Dingen das Fundament unserer deutschen Universitäten, dieser „almae matres omnium disciplinarum liberalium“ mit ihren philologischen, historischen und mathematischen Seminarien, diesen Werkstätten freier Geistesbildung, in denen unter Leitung bewährter Universitätsprofessoren der junge Student nach eigener Wahl zu dem schwierigen Beruf eines Gymnasiums in wechselnden Uebungen aller Art sich selbst zuerst ausbildet. Einem Manne aber, der während seiner Universitäts-

studien in den Seminarien mit Erfolg gearbeitet hat, wird es gewiss leicht fallen, sein praktisches Probejahr durchzumachen und die vorgeschriebenen neueren Prüfungen nach den einzelnen Unterrichtsfächern zu bestehen. Die besondere Berücksichtigung Derer bei den Lehrerprüfungen, die auf der Universität den Grad eines Doctors der Philosophie durch Examen erworben hatten, war schon in der älteren Schulgesetzgebung vorgeschrieben (Edict vom 12. Juli 1810 über die Prüfung der Schulamtsandidaten §. 8. No. 1, G.-S. 1806—1810, S. 718). Männern von solcher besonderen scientificen und moralischen Qualification kann denn auch die Verwaltung ein weit höheres Vertrauen entgegenbringen, als es unter anderen Verhältnissen bei französischen Lehrern geschieht. Sie wirken vereint in einem Collegium, unter Vortritt der Classenordinarien, die in ihrem Beruf eine gleich angesehene Stellung wie die Decane der Fakultäten auf unseren Universitäten einnehmen, endlich unter der oberen Leitung eines tüchtigen Directors, „dem Repräsentanten der Akademie in seiner Person“ (Schleiermacher, Geleg.-Ged. üb. Univers. S. 43). Deshalb erscheint es vollkommen gerechtfertigt, einem so constituirten Lehrkörper die selbstständige Leitung des Unterrichts auf den Gymnasien zu überlassen. Von einem uniformen Studienplan auf den Gymnasien, von einem Gebrauch derselben Schulbücher und Lehrmittel auf allen gleichartigen Anstalten kann daher nicht wohl die Rede sein. Gerade in der Mannigfaltigkeit der Wege zur Erkenntniss, in dem dadurch erzeugten edlen Wetteifer, auf dem bei der Anstalt betretenen Wege das möglich Beste zu leisten, beruht unsere geistige Stärke und unsere Ueberlegenheit gegenüber unseren nach einem infalliblen Schema nicht dirigirenden, sondern dirigirten Nachbarn. —

Unbedenklich ist es ferner, in die Hand von wissenschaftlich gebildeten Familienvätern die Anwendung einer immer vom Geiste der Milde und Humanität getragenen Schuldisciplin zu legen. Und, was die Disciplin über die Lehrer selbst anbelangt, so liegt jeder Verdacht ministerieller Allmacht bei uns fern, seitdem durch das Disciplinargesetz vom 21. Juli 1852 für alle nicht richterlichen Beamten (G.-S. 1852, S. 465 ff.) eine ordnungsmässige Instruction und Entscheidung der geeigneten Fälle in erster Instanz durch das Provinzial-Schulcollegium (§. 24. No. 2 des Gesetzes S. 470),

alsdann eine Berufung an das Staatsministerium, unter Concurrenz eines Referenten aus dem Justizministerium (§. 45 Ges.-S. 474), mit schützenden Formen für den Angeklagten gestattet ist. Die „Revocation“ eines Gymnasiallehrers durch den Unterrichtsminister allein würde unseren deutschen Rechtsbegriffen widerstreben.

Die Schüler
auf den
Gymnasien.

Auch die Lage der Schüler auf den deutschen Gymnasien ist eine bessere als auf den französischen Lyceen. Man geht von dem richtigen Grundsatz aus, dass man demjenigen ein gewisses Maass von Freiheit lassen müsse, der zur Freiheit erzogen werden soll. Der deutsche Gymnasiast kennt die Art der Ueberwachung nicht, die seinem französischen Altersgenossen gesetzlich gewidmet ist. Man hält ihm keine *maitres-répétiteurs* et *sous-répétiteurs*, die ihm seine Lectionen im Internat einlernen, damit er sie am anderen Tage seinem Professor mechanisch hersagen kann. Wenn ein deutscher Gymnasiast etwas lernt, so ist das ein Product seines freien Fleisses und seiner freien Einsicht, zu deren Hervorrufung es keiner höheren Stubendressur bedurft hat. Bei fortgesetztem eifrigem Bestreben ist auch er im Stande, ohne alle Hülfe die Translocationsexamina durchzumachen und im Abiturienten-Examen sich über eine Summe immerhin nicht ganz unbeträchtlicher Kenntnisse auszuweisen.

Bei dieser Freiheit ist ein deutscher Gymnasiast freilich im Stande, „dumme Streiche“ zu machen. Sein französischer Altersgenosse „type Bénédictin“, wie ihn Herr Huentjens schildert, befindet sich, oder sollte sich doch wenigstens officiell nicht in der Verfassung befinden, solche zu begehen, weil er hinter Mauern und verschlossenen Thoren sitzt.

Das Unglück ist nicht so gar gross.

Es kann wenigstens durch eine mässige Handhabung der väterlichen Disciplin redressirt werden, wie sie deutsche Lehrer mit Wohlwollen üben, wenn sich nur nicht die allerdings einer energischen Repression bedürfenden Spuren eines schlechten Characters dabei manifestiren. Dagegen ist nicht abzuleugnen, dass eine grosse Zahl unserer Gymnasiasten als Studenten viel verständiger auftritt, als ihre Commilitonen in den französischen Facultäten. Der Grund ist einfach in der grösseren Freiheit zu suchen, die der deutsche Student schon auf dem Gymnasium genossen hat. Die „*libertas academica*“ ist ihm

keine neue Erscheinung, sondern nur eine neue Phase einer bekannten Erscheinung. —

Wir können uns von den Gymnasien nicht trennen, ohne zwei Punkte zu besprechen, die uns einer besonderen Beachtung werth zu sein scheinen.

Der eine betrifft die unseres Erachtens ungenügende Besoldung der Lehrer.

Die Verbesserung der Gehalte der Lehrer.

Es steht ausser Frage, dass die Besoldung der französischen Lycealprofessoren eine bei Weitem schlechtere ist, als die der deutschen Gymnasiallehrer. Aber der gesetzlich bei einem Theile von ihnen angeordnete Cölibat hilft hier leichter über viele Entbehrungen hinweg, die einen verheirateten deutschen Lehrer schmerzlich berühren. — Eben- sowenig lässt sich verkennen, dass der Staat in Preussen nicht unbeträchtliche Summen für die Gymnasien jährlich ausgiebt. Die französischen Ausgaben für den Staats-Secundärunterricht figuriren in den Budgets mit etwa jährlich 1,500,000 Francs (= 400,000 Thlr., Laferrière, II. 304).

Nach dem preussischen Budget für 1868 wurden an „Staatszuschüssen“, entsprechend der französischen „subvention universitaire“ für Gymnasien und Realschulen zusammen 555,068 Thaler (= c. 2 Millionen Francs Ausgaben, öffentlicher Unterricht, Position 21, G.-S. 1868, S. 134) votirt. Für das Vorjahr 1864 berechnet ein amtlich wohlunterrichteter Berichterstatter (Dr. Wiese, Höheres Schulwesen in Preussen, S. 604) den Gesamtaufwand für die Gymnasien in Preussen auf 1,832,510 Thaler (in runder Summe 6,900,000 Francs). Darunter wurden damals aufgebracht: a) aus Staatsfonds 256,824 Thaler, b) aus Stiftungen 225,000 Thaler, c) von Stadtgemeinen 187,496 Thaler, d) von Kirchen und nicht vom Staat verwalteten Stiftungsfonds 56,948 Thaler, e) durch Schüler und Alumnen 777,861 Thaler. Welche beträchtlichen Kosten von einzelnen Stadtgemeinen zur Förderung des Gymnasialunterrichts jährlich aufgewendet werden, bedarf kaum der Erwähnung. Es genügt, auf die städtischen Gymnasien in Berlin und unter ihnen auf das dortige „Friedrichsgymnasium“ hinzuweisen, eine Musteranstalt, die unter ihrem gegenwärtigen würdigen Director den Vergleich mit den besten Staatsanstalten nicht zu scheuen braucht.

Damit ist unseres Dafürhaltens den Lehrern noch kein auskömmlicher Gehalt gewährleistet. Auf Nebeneinnahmen

ist ohnehin nicht zu rechnen, die nur aus Privatlectionen oder literarischen Arbeiten fließen könnten. Nach dem mitgetheilten Normaletat vom 10. Januar 1863 für die königlichen Gymnasien mit Ausschluss von Berlin und Schulpforta erhalten in

Classe I. (9 Städte)
 der Director bis zu 1800 Thlr.,
 die ordentlichen Lehrer:
 in Maximo 1300 Thlr., — in Minimo 600 Thlr.,
 (Durchschnitt 950 Thlr.)

Classe II. (34 Städte)
 der Director bis zu 1600 Thlr.,
 die ordentlichen Lehrer:
 in Maximo 1150 Thlr., — in Minimo 550 Thlr.,
 (Durchschnitt 850 Thlr.)

Classe III. (58 Städte)
 der Director bis zu 1200, 1300, 1400 Thlr.,
 die ordentlichen Lehrer:
 in Maximo 1000 Thlr., — in Minimo 500 Thlr.,
 (Durchschnitt 750 Thlr.)

(Dr. Wiese, Schulgesetze und Verordnungen, I., 22, II., 262).

Dies ist also das Zonalsystem mit Variationen in den drei Zonen, wonach (Classe III.) ein Director sogar weniger als 1200 Thaler Gehalt haben kann. Seiner Stellung erscheint diese Besoldung nicht entsprechend.

Das Zonalsystem in den Besoldungskategorien ist aber — wie anerkannt — ein unrichtiges, weil es den Ort, nicht die gleiche Tüchtigkeit der Dienstleistung ohne Rücksicht auf den Ort zum Maasstab der Renumeration macht. Es ist desshalb bei der Reorganisation der Justiz in Preussen im Jahre 1849 verlassen und einheitliche Besoldungsmaasstäbe nach bestimmten Kategorien durch den ganzen Staat in seinem damaligen Umfang dafür eingeführt.

Die Gymnasiallehrer scheinen uns mit Recht einen gleichen Anspruch erheben zu können. Wir würden daher annehmen, dass ohne Rücksicht auf den Functionsort

ein Director 1200 bis 1800 Thlr.,
 ein ordentlicher Lehrer 600 bis 1300 Thlr.

als einen billigen Lohn für sein schweres Amt fordern könnte. Wir würden zu diesem Zweck die Directoren in sieben, die

ordentlichen Lehrer in acht Gehaltclassen theilen, in denen sie nach dem Alter mit je 100 Thlr. Zulage ascendiren, ohne den Ort zu verändern. Der Vortheil für den Dienst ist augenfällig: ein tüchtiger Mann kann der Stelle erhalten werden, ohne an seinem Einkommen Schaden zu leiden.

Das Bestehen von städtischen Gymnasien neben den königlichen macht nicht einmal eine Rechnungsschwierigkeit. Denn, da die Staatsbehörden bei uns nur wohlfundirte Communal-Unterrichtsanstalten zulassen sollen, solässt sich eine Einrichtung mit Leichtigkeit treffen, vermöge deren die bestehenden und neu zu errichtenden Stadtgymnasien in den Canon der Gesammtgymnasien an einer ihrer Wichtigkeit entsprechenden Stelle aufgenommen und demgemäss auch zur Zahlung höherer Lehrergehälte bei dem Vorrücken des betreffenden Lehrers in eine höhere Durchschnittsclassen angehalten werden. —

Ein zweiter Punkt, der uns einer Aenderung bedürftig erscheint, ist die bessere Vertheilung der Schülerzahl auf den Gymnasien.

Zweckmässigere
Repartition der
Schülerzahl.

Die leitenden Behörden sind — wie uns scheint — bei der Genehmigung neuer Communalgymnasien in Preussen mit grosser, vielleicht zu grosser Liberalität bisher zu Werk gegangen. Wir halten dafür, dass 22 Gymnasien in der mit etwa drei Millionen Einwohnern bevölkerten Provinz Preussen eine zu grosse Zahl sei und dass diese Gymnasien, die oft sich in dem Raum von wenigen Meilen getrennt vorfinden, unter einander wirklich vorhandene Lücken nicht ausfüllen.

Die Vermögenstitel mehrerer derartiger Anstalten scheinen anfechtbar zu sein. Es würde sonst nicht die auffallende Erscheinung zu Tage treten, dass kurze Zeit nach der Gründung von Communalgymnasien schon Staatssubventionen in verschiedenen Formen für sie beharrlich in Anspruch genommen werden.

Ein unleugbarer Uebelstand ist aber bei einer grossen Anzahl von Gymnasien die Ueberfüllung der unteren, die Leere der oberen Classen, die Anwesenheit zahlreicher Schüler in allen Classen, die unter allen Formen Unterstützungen für sich von vorne herein in Anspruch nehmen, weil sie sonst nicht subsistiren können.

Wir sind nun zunächst der Meinung, dass die Zahl der letzteren Schüler auf ein gewisses geringes Maass von vollen Freistellen beschränkt werden muss, die talentvollen und durch

Moralität sich auszeichnenden, ebenso sehr bedürftigen, als würdigen Schülern nach gewissen, allgemein gültigen Regeln zu verleihen sind. Auf Unterstützung zur Erlernung der klassischen Wissenschaften hat Niemand Anspruch. Abhängigkeit im Geldpunkt aber zieht gar nicht selten Abhängigkeit der Gesinnung nach sich und schadet dem Charakter.

Die Ueberfüllung der unteren Gymnasialclassen bis zur Secunda hin hat hauptsächlich ihren Grund in der damit verbundenen Berechtigung zum einjährigen Militärdienst. Sie wird verschwinden und eine grössere Ausgleichung unter den Classen in der Schülerfrequenz eintreten, wenn die Militärverwaltung ihre Ansprüche für die Ableistung des Freiwilligendienstes höher stellt. Bis jetzt ist sie langsam damit vorgegangen, in etwa dreissig Jahren vom Tertianerzeugniss bis zum Zeugniss des einjährigen Besuchs der Secunda. Sie schreitet aber unaufhaltsam damit vor. Nicht per saltum, jedoch in nicht zu langer Zeit lässt sich erwarten, dass sie ein Abiturientenzeugniss fordern wird. Damit wird der doppelte Vorthail erreicht, dass der ganze Gymnasialcursus absolvirt werden muss und dass dem Militärdienst nur solche junge Leute aus den Gymnasien zugeführt werden, die zum Portéepee-Fähnrich, damit jedenfalls zum Reserveofficier nach praktischer Dienstleistung qualificirt sind. —

Im Verlage von **Julius Springer** in Berlin sind erschienen:

Adolar Thiel, Rath am Königlichen Appellationsgericht zu Insterburg, **Das Expropriations-Recht und das Expropriations-Verfahren** nach dem neuesten Standpunkt der Wissenschaft und der Praxis. Lexicon 8. brochirt. Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

Rudolf Gneist, Dr., **Verwaltung Justiz Rechtsweg Staatsverwaltung und Selbstverwaltung** nach englischen und deutschen Verhältnissen mit besonderer Rücksicht auf Verwaltungsreformen und Kreisordnungen in Preussen. 38³/₄ Bogen. Brochirt Preis 3 Thlr. In englischem Einband gebunden Preis 3 Thlr. 10 Sgr.

Das Werk enthält eine gedrängte Darstellung des preussischen Verwaltungsrechts, verglichen mit dem englischen, nebst Gesetzesvorschlägen über die Reform der preussischen Polizeiverwaltung, des Armen- und Schulwesens, der Communalsteuern, der Geistlichen Verwaltung — Reformen der Justizverwaltung und der Rechtsanwaltschaft — sowie über Einführung des Rechtsweges in die Verwaltung und Behandlung der Kompetenzconflikte.

Zur Vorlage des Unterrichts- und Dotationsgesetzes. Von einem deutschen Pädagogen. Preis 6 Sgr.

Inhalt: Geschichtliche Vorbemerkungen. — Die Prinzipienfrage. — Die einzelnen Unterrichtsgegenstände und deren methodische Behandlung. — Die confessionelle Frage und die Stellung der Schule zu Kirche und Staat. — Aeussere Organisation und materielle Lage der Volksschule.

Rudolf Gneist, Dr., **Das Englische Verwaltungsrecht** mit Einschluss des Heeres, der Gerichte und der Kirche geschichtlich und systematisch. Zweite völlig umgearbeitete Auflage. Vollständig in zwei Bänden. (87 Bogen mit Inhalt und Register.) Erster Band: Geschichte des englischen Verwaltungsrechts. Zweiter Band: Das heutige englische Verwaltungsrecht. Preis für beide Bände 6 Thlr.

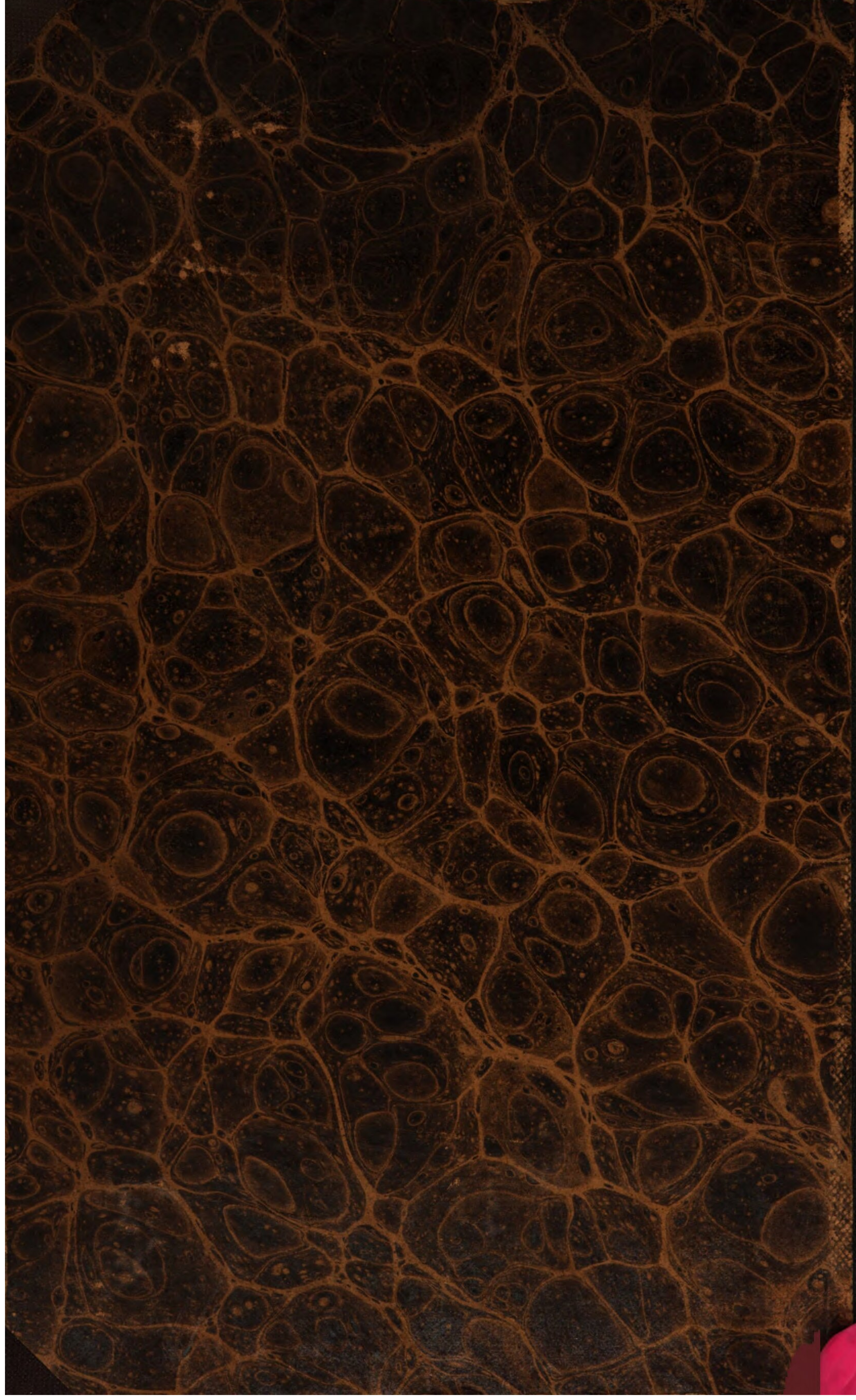
— **Geschichte und heutige Gestalt der englischen Communalverfassung** oder des Selfgovernment. Zweite völlig umgearbeitete Auflage. (II. Haupttheil des englischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts.) Vollständig in zwei Bänden. (91 Bogen mit Inhalt und Register.) Preis 6 Thlr.

Adolf Samuely, Dr., **Das Princip der Ministerverantwortlichkeit.** Brochirt: Preis 24 Sgr.

Homersham Cox. M. A. Barrister-at-law, **Die Staatseinrichtungen Englands.** Eine gedrängte Darstellung des englischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts. Mit Genehmigung des Verfassers aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von H. A. Kühne, Appellationsgerichts-Rath: gr. 8. Preis 3 Thlr.

Alpheus Todd, Bibliothekar des Repräsentantenhauses von Canada, **Ueber die parlamentarische Regierung** in England, ihre Entstehung, Entwicklung und praktische Gestaltung. In zwei Bänden. Aus dem Englischen übersetzt von R. Assmann, Kreisgerichts-Rath a. D. gr. 8. 35 Bogen. Brochirt: Preis 2 Thlr. 25 Sgr. In englischem Einband gebunden: Preis 3 Thlr. 7¹/₂ Sgr.

Hofmann, Dr., Stadt-Schulrath, **Die öffentlichen Schulen und das Schulgeld.** Preis 10 Sgr.



Thiel, Adolar

Das wissenschaftlich-juristische Bildungswesen

Bd.: 1

Berlin 1869

Jur.is. 193 p-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10740858-2